

Preußische Allgemeine



Nr. 2 · 10. Januar 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Land im Dunkeln

Die Folgen der Energiewende für unsere Bürger, die heimische Wirtschaft und die europäischen Nachbarn Seite 2



Niedergang Die außen- und sicherheitspolitische Bilanz der Ampel Seite 3



Konflikt Der Streit um die Polnische Post in Danzig vor 100 Jahren Seite 11

BILDER: PAPHOTO/THETHEFLORIAN GAERTNER; PACCHRIS/EMIL JANSEN; WIKIMEDIA / DERHEKER;

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Es ist an der Zeit, grundsätzlich zu werden

Im beginnenden Wahlkampf zelebrieren die Parteien bislang das gewohnte Klein-Klein. Was fehlt, ist eine frohe Botschaft für unser Land

Im neuen Jahr 2025 kommen die deutschen Parteien gleich zur Sache. Wo sonst gediegene Neujahrsempfänge und besinnliche Klausuren für allenfalls laue Schlagzeilen sorgen, zwingt die auf den 23. Februar vorgezogene Bundestagswahl die Akteure schnell in die politische Arena zurück – und zu Bekenntnissen, wie sie sich jeweils die nähere Zukunft unseres Landes vorstellen.

Wer in die vorliegenden Wahlprogramme und auf die bisherigen Auftritte der Kandidaten schaut, findet darin jedoch vor allem viel Klein-Klein und auch Altbekanntes wie die Forderung nach Einführung einer Reichensteuer oder einer Mütterrente oder auch die Aufhebung der lästigen Schuldenbremse. Je nach politischer Ausrichtung der Wähler werden diese die jeweiligen Forderungen mal für mehr, mal für weniger sinnvoll erachten.

Was bislang kaum bis gar nicht zur Sprache kommt, ist der grundsätzliche Zustand unseres Landes. Ist die Bundesrepublik noch das „beste Deutschland, das es je gab“, wie es maßgebliche Repräsentanten des Staates lange behaupteten? Gilt beispielsweise noch das alte Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen, das dieses Land seit den Tagen des Wirtschaftswunders allen einheimischen Bürgern und Zuwanderern geben und halten konnte? Sind wir noch ein Staat, in dem ein Leben in Frieden und Freiheit selbstverständlich ist? Und sind wir noch das von aller Welt geachtete Land der Dichter und Denker, der Erfinder und Ingenieure?

Das Dogma der Alternativlosigkeit

Wer sich die einschlägigen Statistiken ansieht, kann diese Fragen kaum noch bejahen. So liegt Deutschland im internationalen Vergleich bei Kategorien wie dem Bildungsniveau seiner Schüler, dem Pro-Kopf-Geldvermögen der Bürger, den Energiekosten für die Verbraucher oder auch der inneren Sicherheit bestenfalls

noch im oberen Mittelfeld. Dramatisch ist auch die Entwicklung der Firmeninsolvenzen, die nach Jahren eines kontinuierlichen Rückgangs seit 2021 wieder deutlich zugenommen haben.

Auch dort, wo Statistiken kaum Auskunft geben, hat sich die Lage verändert. Immer öfter äußern Bürger, dass sie sich in der Öffentlichkeit nicht mehr sicher fühlen, oder dass sie sich nicht mehr trauen, frei ihre Meinung zu äußern. Als bedrohlich empfunden werden zudem gesellschaftliche Trends wie der „geschlechterbewusste Sprachgebrauch“ (Gendern) oder auch die als „Wachsamkeit für die Diskriminierung von Minderheiten“ („Wokeness“) getarnten Bemühungen, zahlreiche überlieferte Werte und Maßstäbe unserer Gesellschaft zu ersetzen.

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl stellt sich die Frage, ob die Bundesbürger diese und weitere Entwicklungen einfach hinnehmen müssen – oder ob sie mit ihrer Stimmabgabe nicht wenigstens einen Teil davon beeinflussen können. Allzu oft wird in diesem Zusammenhang in Politik und Medien die Auffassung vertreten, dass die Spielräume für eine aktive Gestaltung längst knapp geworden sind. So behauptete dieser Tage ein Beitrag von „Focus online“, dass auch eine anders zusammengesetzte Bundesregierung weder die deutsche Klimapolitik verändern, noch die Atomkraft wiedereinführen, noch das Bürgergeld kürzen und auch

nicht die Zuwanderung begrenzen könne, da sowohl internationale Verträge als auch EU-Recht als auch Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts hier klare Vorgaben machten.

Diese Auffassung zu Ende gedacht, stellt sich die Frage, ob die Deutschen wirklich hinnehmen müssen, dass tausende einheimische Unternehmen im Namen einer Transformation zur „klimaneutralen Industriegesellschaft“ in die Pleite oder ins Ausland getrieben werden. Fraglich ist auch, warum sie zusehen sollen, wie ihre letzten Kernkraftwerke demontiert werden, während weltweit rund einhundert neue Atomreaktoren errichtet werden. Und in Sachen Bürgergeld zeigt schon der Vergleich zur zuvor geltenden Hartz-Gesetzgebung, dass die Politik durchaus Gestaltungsspielräume hat.

Das Recht auf klare Antworten

Seit Jahren die meisten Emotionen schürt die Frage der unkontrollierten Zuwanderung, die seit 2015 zu einem erheblichen Anstieg bei schweren Straftaten wie Mord, Raub und Vergewaltigungen sowie zu zahlreichen Terroranschlägen geführt hat. Hier stellt sich die schlichte Frage, ob sich die Deutschen wirklich daran gewöhnen müssen, dass im Grunde jeder öffentliche Raum ein Hochrisikogebiet ist, auf dem stets mit fürchterlichen Anschlägen wie jüngst in Magdeburg zu rechnen ist – oder ob die Politik nicht doch Mittel und

Wege hat, den noch vor wenigen Jahren gewohnten Zustand inneren Friedens wiederherzustellen.

Was all jene, die wie der „Focus“-Beitrag der Meinung sind, dass nationale Politik kaum noch Spielräume für eine umfassende politische Gestaltung hat, übrigens nicht bedenken, ist die Frage, warum die Deutschen für ihren Staat dann noch so hohe Steuern und Abgaben zahlen sollen. Wofür, zum Beispiel, hat die amtierende Bundesregierung die Zahl der Planstellen allein in den Bundesministerien von rund 20.400 auf über 22.000 angehoben, wenn am Ende weite Teile des politischen Handelns für „alternativlos“ erklärt werden? Und warum braucht der Bundestag auch nach der jüngsten Reform noch immer 630 Abgeordnete, wenn etwa das US-Repräsentantenhaus bei der vierfachen Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten mit gerade einmal 435 Parlamentssitzen auskommt?

Insofern sollten sich die Wähler – ganz gleich, welcher Partei ihre Vorliebe gilt – nicht mit dem bisherigen Klein-Klein abspeisen lassen, sondern vielmehr mutig fragen, welche grundsätzliche Vorstellung vom künftigen Weg unseres Landes die um ihre Stimme werbenden Parteien haben – und wie sie diese umzusetzen gedenken. Keinesfalls zu akzeptieren brauchen sie Aussagen, dass politisches Handeln alternativlos ist. Am allerwenigsten der Niedergang der letzten Jahre.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Habecks fatale LNG-Pleite kostet die deutschen Steuerzahler Milliarden Seite 4

Kultur

Grundgesetz des Mittelalters – 800 Jahre „Sachsenspiegel“ Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein tobt ein Streit um einen Bau, der das Gesicht der Altstadt bedroht Seite 13

Lebensstil

Verrückt nach braunen Bohnen – die Deutschen und ihre Liebe zum Kaffee Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 02
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Extreme Wetterabhängigkeit bei Stromerzeugung – Für eine Industrienation ein verheerender Zustand. Grüne Politik treibt Strompreise exorbitant in die Höhe – Erste Länder wollen Trasse zu Deutschland kappen

Riskantes Spiel mit der Dunkelflaute

Deutschlands grüne Energiewende macht unsere Nachbarn wütend und uns selbst immer abhängiger

VON WOLFGANG KAUFMANN

Aufgrund der von Grünen propagierten Energiewende steht die Stromversorgung in Deutschland zunehmend auf wackeligen Füßen. Parallel zur Stilllegung von 19 Kern- und 17 Kohlekraftwerken gingen 31.000 Windkraft- und 3,7 Millionen Photovoltaikanlagen in Betrieb. Diese sollen zusammen bis zu 168 Gigawatt Strom produzieren können, also rund das Doppelte des rechnerischen Maximalbedarfes. Hört sich vielversprechend an.

Doch diese Leistung ist extrem wetterabhängig, wie sich zuletzt am 7. und 8. November beziehungsweise 11. und 12. Dezember 2024 zeigte. Damals wehte kein bisschen Wind, und die Sonne versteckte sich hinter dicken Wolken – ein Zustand, den man Dunkelflaute nennt.

Infolgedessen lieferten die Erneuerbaren Energien zeitweise ganze 0,1 Gigawatt, wobei der Bedarf bei knapp 70 Gigawatt lag. Der wurde dafür zum Teil durch die noch vorhandenen Kohle- und Gaskraftwerke gedeckt. Darüber hinaus kamen aber auch bis zu 19 Gigawatt – was immerhin der Leistung von 15 Kernkraftwerken entspricht – aus der Schweiz, Frankreich, Tschechien, Österreich, Norwegen, Dänemark, Schweden, Polen und Belgien.

Und solche Situationen wird es durch den weiteren Wegfall der vom Wetter unabhängigen Grundlastkapazitäten künftig immer öfter geben. Wie die deutschen Übertragungsnetzbetreiber im jüngsten Bericht zur Leistungsfähigkeit des nationalen Stromnetzes schrieben, sind in den nächsten Jahren sogar Szenarien denkbar, in denen 65 Gigawatt oder mehr fehlen. Das wiederum wäre fatal, denn die Höhe der Stromimporte aus dem Ausland ist wegen der vorhandenen Übertragungsmöglichkeiten auf 23 Gigawatt begrenzt.

Dennoch behauptet der zu den Grünen gehörende Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, „dass es gelingt, bei der Energiewende voranzukommen, ohne dass die sichere Versorgung beeinträchtigt wird“. Dahingegen sprechen Fachleute wie der Experte für Energiesicherheit und Katastrophenschutz Stefan Spiegelsberger vom „instabilsten Netz ...“, das dieses Land die letzten 50 Jahre hatte“. Und tatsächlich strafen die Zah-

len über die Häufigkeit der Redispatch-Maßnahmen Müller Lügen: Während zwischen 2000 und 2010 im Durchschnitt drei bis sechs Notfalleingriffe pro Jahr erfolgten, um einen kompletten Netzzusammenbruch durch manuelles Einschreiten zu verhindern, mussten die Ingenieure in den Netzleitstellen 2024 erschreckende 20.000 Mal aktiv werden.

Keine Versorgungssicherheit

Aufgrund der plötzlich extrem erhöhten Nachfrage aus Deutschland während der letzten beiden Dunkelflauten stiegen die Strompreise in Teilen Europas auf Rekordwerte. Während der Börsenpreis für die Megawattstunde normalerweise bei rund 70 Euro liegt, kletterte er im Dezember zeitweise auf bis zu 936 Euro. Das hatte unter anderem zur Folge, dass Industrieunternehmen wie die Anke Oberflächentechnik in Essen oder die ESF Elbestahlwerke Feralpi in Riesa ihre Produktion wegen Unrentabilität einstellen. Das wiederum veranlasste den stellvertreten-

den Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Holger Lösch, zu dem Vorwurf, „dass die Versorgungssicherheit bei der Energiewende sträflich vernachlässigt wurde“.

Darüber hinaus kam auch aus Norwegen und Schweden, wo die Strompreise infolge der hohen Nachfrage aus der Bundesrepublik ebenfalls ungeahnte Höhen erreichten, wütende Kritik an der deutschen Energiepolitik. So schimpfte in der „Financial Times“ der sozialdemokratische norwegische Minister für Erdöl und Energie, Terje Aasland: „Das ist eine absolut beschissene Situation.“

Die christdemokratische schwedische Energieministerin Ebba Busch legte nach: „Es ist schwer für eine industrielle Wirtschaft, sich für ihren Wohlstand auf die Gnade der Wettergötter zu verlassen ... Kein politischer Wille ist stark genug, um die Gesetze der Physik außer Kraft zu setzen – nicht einmal der von Herrn Habeck ... Ich bin wütend auf die Deutschen. Wir benötigen ein Riesenkabel nach Deutsch-

land ...“, weil Deutschland sein Energiesystem nicht in Ordnung bringt.“

Stromnetz zu Deutschland kappen

Aus der Frustration unserer skandinavischen Nachbarn erwächst nun der Wunsch, sich zukünftig vom deutschen Stromnetz abzuschotten. In Norwegen setzt die nationalkonservative und wirtschaftsliberale Fortschrittspartei Aasland unter Druck, die „Preisinfektion“ aus dem Süden zu stoppen und die über Dänemark führende Stromverbindungsleitung nach Deutschland zu kappen.

Und tatsächlich will die in Oslo regierende Koalition aus Sozialdemokraten und Zentrumsparter nun mit genau diesem Vorschlag im aktuellen Parlamentswahlkampf punkten: Statt der für 2026 geplanten Erneuerung der Trasse solle deren Außerbetriebnahme erfolgen, damit der in Norwegen billig produzierte Strom zukünftig auch im Lande bleibe. Den bundesdeutschen Stromverbrauchern stehen also harte Zeiten bevor.



Es herrscht totale Dunkelflaute: Keine Sonne scheint und es weht noch nicht einmal ein laues Lüftchen. Somit lässt sich weder aus Wind noch durch das Sonnenlicht Energie gewinnen
Bild: picture alliance/Jochen Tack/Jochen Tack

WEGEN VORSATZ

Blackout – niemand wird uns helfen

Dunkelflauten, bei denen Windräder und Photovoltaikanlagen keinen Strom liefern, können nicht nur zum unkontrollierten totalen Stromausfall, dem Blackout, sondern auch zu einem Brownout führen. In diesem Fall greifen die Netzbetreiber ein, indem sie entweder einzelnen Regionen beziehungsweise Großverbrauchern den Strom für eine bestimmte Zeit abstellen oder die Spannung herunterregeln. Bei der letzteren Variante leuchten alte Glühbirnen bräunlich statt hellgelb – daher die Bezeichnung Brownout.

Ein solcher drohe noch in diesem Winter, prognostiziert jetzt Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der RWE AG, die zu den führenden Energiekonzernen in Europa zählt. Dabei bezog er sich auf die beiden Dunkelflauten vor Jahresende: „Die ganze Situation war mehr als nur ein Warnschuss“, denn Phasen, in denen Wind und Sonne nur eine begrenzte Menge an Strom produzieren ..., sind normal.“ Gleichzeitig bezweifelte er, dass das Ausland auch bei Dunkelflauten an eisigen Januartagen hinreichend ausshelfen könne, wenn der Strombedarf hierzulande noch zehn Gigawatt höher liege als im November oder Dezember. Tatsächlich ist die Importkapazität nach oben hin begrenzt. Außerdem zeigen unsere Nachbarstaaten eine zunehmende Abneigung, für die mutwilligen Verfehlungen der deutschen Energiepolitik geradezustehen.

Allerdings lehnt Krebber es trotz der prekären Gesamtsituation ab, wieder zur Kernkraft zurückzukehren: Diese „hilft nicht bei den aktuellen Engpässen“ und sei zu teuer. Für sinnvoller hält der RWE-Chef den raschen Zubau anderer „sicherer Kapazitäten“. Deren Umfang müsste jedoch beträchtlich sein. Für 21 Gigawatt zusätzlicher Leistung wären immerhin 168 neue Gaskraftwerke nötig. Kostenpunkt: mindestens 60 Milliarden Euro. Investoren dafür gibt es allerdings nicht. Ebenso wurden noch keine geeigneten Standorte gefunden. Und dann weiß auch niemand, woher das für den Betrieb nötige Gas eigentlich kommen soll.

DOMINOEFFEKT

Strommangel wegen fataler Kettenreaktion

Diverse Szenarien und Vorfälle machen deutlich, wie anfällig das kontinentaleuropäische Stromnetz ist

Das europäische Stromverbundsystem befindet sich in einer ebenso fundamentalen wie gefährlichen Umbruchphase. Diese ist durch mangelhaft geplante und unkoordinierte Systemveränderungen gekennzeichnet. An die Stelle leicht zu steuernder grundlastfähiger Großkraftwerke, die als Netzstabilisatoren fungieren, treten immer mehr kleine dezentrale Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen, deren Produktion extrem schwankt. Allein in Deutschland stieg die Zahl der Stromerzeuger seit 2005 von rund 1000 auf zwei Millionen. Das macht das Gesamtsystem sehr viel komplexer und damit auch stör anfälliger, womit ein paneuropäischer Blackout droht.

So herrschte am 8. Januar 2021 nach der Abschaltung mehrerer Kohle- und Kernkraftwerke eine Dunkelflaute in Deutschland, wodurch der Stromverbrauch das Angebot überstieg. Darüber hinaus gab es auch in Frankreich und Spanien Strommangel. Deshalb wurden 7000 Megawatt Strom aus Kohlekraftwerken auf dem Balkan nach Nordwesten geleitet, was zur Überlastung des europäischen Verbundnetzes führte. Infolgedessen fiel eine Schaltanlage in Kroatien aus.

Der daraus resultierende Dominoeffekt bescherte den Verbrauchern auf dem Balkan einen großflächigen Stromausfall. Die Leistungsabkopplung lag hier in der Größenordnung von 225 Megawatt. Nur

durch das blitzschnelle Reagieren der Netzbetreiber in Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Kroatien und der Nordwesttürkei entging das übrige Europa dem totalen Blackout.

Schwankungen werden erwartet

Anders war hingegen die Situation am 21. Juni 2024. An diesem Tage erreichten die Temperaturen auf dem Westbalkan bis zu 40 Grad, weshalb die Klimaanlagen auf Hochtouren liefen. Dadurch kam es zu einem kaskadierenden Netzausfall in Albanien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien, der nur mit Mühe auf diese Länder beschränkt werden konnte. Seit März 2022 ist nun auch die Ukraine

Allein in Deutschland stieg die Zahl der Stromerzeuger von 1000 auf zwei Millionen, was das System komplexer und ebenso stör anfälliger macht

an das kontinentaleuropäische Stromnetz angeschlossen. Wie die Untersuchungen von Dirk Witthaut vom Institut für Energie und Klimaforschung am Forschungszentrum Jülich ergaben, bewirkt dies spürbar veränderte Stromflüsse und vermehrte Stromschwankungen im Netz, die aber noch geringe Auswirkungen haben.

Allerdings besteht die akute Gefahr von großangelegten russischen Luft- oder Cyberangriffen auf das ukrainische Netz. Dann könnte es ebenfalls zu einem Blackout in anderen Ländern Europas kommen, was insbesondere für den Fall gilt, dass diese während der Attacken gerade größere Mengen Strom aus den Kraftwerken der Ukraine beziehen wollen. W.K.

Gesicht des außenpolitischen Niedergangs

Wenige Wochen vor der Neuwahl des Deutschen Bundestages ist es Zeit für eine Bilanz der Ampelregierung. Auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik fällt diese alles andere als positiv aus. Was zuvorderst am Kanzler liegt

VON RICHARD DREXL

Zugegeben: Die Invasion der Ukraine durch Russland ab dem 24. Februar 2022 hätte jede Bundesregierung vor gewaltige Probleme gestellt. Wichtige Politikfelder der selbst ernannten „Fortschrittskoalition“ mussten zurückstehen, neue Prioritäten waren gefordert. Die russischen Gewaltakte verwandelten nicht nur Merkels Russlandpolitik – von der SPD ohne Abstriche mitgetragen – in einen Scherbenhaufen. Doch auch unter Bundeskanzler Olaf Scholz blieben überfällige neue Weichenstellungen Mangelware.

Zu Beginn seiner Amtszeit hatte Scholz konsequentes Handeln versprochen. Seine Worte „Wer von mir Führung bestellt, bekommt sie auch“, sollten auch eine neue Ära deutscher Außen- und Sicherheitspolitik einläuten. Die von ihm nach Ausbruch des Ukrainekriegs verkündete „Zeitenwende“ wurde mit einer 100-Milliarden-Euro-Geldspritze für die Bundeswehr und mit flexibleren Waffenexporten rasant angegangen. Bei der EU- und bündnisweiten Organisation der Unterstützung der Ukraine konnte Deutschland die Erwartungen jedoch nicht erfüllen. Rasch musste sich der Kanzler den Vorwurf gefallen lassen, dringend benötigte Waffenlieferungen hinauszuzögern und die Durchhaltefähigkeit der Ukraine durch Halbherzigkeit zu gefährden.

Halbherzige Unterstützung der Ukraine

Wenn insbesondere in der Anfangszeit des offenen Krieges, als Putins Durchmarsch Richtung Kiew gescheitert war, massive Unterstützungen des Westens geleistet worden wären, hätte der Feldzug möglicherweise ein frühes Ende nehmen können. Die russisch-ukrainischen Verhandlungen im Frühjahr 2022 in Istanbul hatten immerhin zu einem paraphierten Ergebnis geführt. Kraftvolle Entscheidungen einerseits kombiniert mit Kompromissfähigkeit andererseits auch gegen Kriegsfalken wie den damaligen britischen Premier Boris Johnson hätten das Zeug gehabt, den Waffengang abzuwürgen.

So wichtig die Abstimmung mit Verbündeten und Partnern ist, so klar ist auch, dass dem deutschen Führungsanspruch konsequente Entscheidungen hätten folgen müssen, wollte man nicht zum Maulhelden mutieren. Dies gilt sowohl für diplomatische Aktivitäten zur Beendigung des Schießkrieges, als auch für Waffenhilfen und Unterstützungsleistungen. Doch statt energischer Maßnahmen verkleideten schöne Worte das Verschleppen, Verschieben und Vertrösten. Parallel dazu wurde der Kampfeswille der Ukrainer von Außenministerin Annalena Baerbock, später Verteidigungsminister Boris Pistorius und nicht weniger von Vertretern der Regierungsparteien wie Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Anton Hofreiter und Michael Roth angestachelt. Die Opposition stand dem mit Parolen von Roderich Kiesewetter und Co. wie „die Ukraine muss den Krieg gewinnen“ nicht nach. Schöne Worte sind offensichtlich leichter als Taten – sie können falsche Hoffnungen wecken, aber auch fatale Wirkungen entfalten.

Deutlich wurde die deutsche Zögerlichkeit in der Debatte um die Lieferung von Waffen. Während nicht nur ostmitteleuropäische Staaten klare Positionen einnahmen, wirkte die deutsche Regierung unsicher und zögerlich. Auch die von Scholz gesuchte Abstimmung mit den USA – etwa bei der Lieferung von Kampf- und Schützenpanzern oder auch weitreichenden Raketen – verstärkte den Eindruck, dass Deutschland statt zu führen bei allem und jedem auf der Bremse stand. Dies galt offensichtlich selbst für Gespräche mit der Gegenseite. Weshalb sonst hätte nach zwei Jahren Funkstille das Telefonat von Scholz mit Putin vom November 2024 derart



Verspruch bei seinem Amtsantritt Führung und lieferte dann doch nicht: Bundeskanzler Olaf Scholz, hier bei einem Besuch der Luftwaffenkaserne Köln-Wahn
Bild: Xyz

öffentlich breitgetreten werden müssen? Warum auch wurde der direkte Draht von Altkanzler Schröder zu Putin nicht genutzt? Aber das ging ja nicht, der sollte doch aus der SPD ausgeschlossen werden! Stattdessen führte jede noch so durchsichtige Drohung des russischen Alleinherrschers und seiner Entourage in der deutschen Politik zu argumentativen Schlangenlinien und Verrenkungen.

Deutschlands Weg in die europäische Isolation

So ist es nicht verwunderlich, dass das Verhältnis Deutschlands zu seinen wichtigsten europäischen Partnern, namentlich Frankreich und Polen, unter der Ampelregierung unter die Räder geriet. Die einst so enge deutsch-französische Achse hat wie selten vorher eine Acht im Rad. Nicht nur der alerte Macron betrachtet Scholz' mangelnde Empathie und Teilnahmslosigkeit an europäischer Koordination mit Argusaugen. Auch mit Polen verspannte sich der Austausch – das Land nimmt angesichts konsequenter eigener Entscheidungen zur Stärkung seiner politischen und militärischen Schlagkraft, in enger Anlehnung an die USA, inzwischen eine europäische Schlüsselrolle ein.

Inzwischen zeigt sich ein bedenkliches und nie zuvor gesehenes Muster: Während Deutschlands Nachbarn und Partner ihre Zusammenarbeit intensivieren und sich existentiell wichtige Themen vornehmen, pflegt Deutschland seine Regierungskrise und gerät achselzuckend in die Isolation. Bei Weitem nicht nur ein diplomatisches Problem, sondern ein Punkt, der sich zum sicherheitspolitischen Risiko entwickelt mit der Kernfrage, wie unter diesen Umständen der europäische Pfeiler der NATO gestärkt werden soll.

Schon in der Regierung Merkel hatte kaum jemand die imperiale Seite von Putins verklärtem Blick auf die untergegangene Sowjetunion als potente Bedrohung auf dem Schirm. Ein Helmut Schmidt wusste als kühl

kalkulierender Realist sehr genau, dass Verhandlungen nur fruchten, wenn sie aus einer Position der Stärke heraus geführt werden. Und dass ein wirksamer Friede immer auch wehrhaft sein muss. Diese Lehre haben heute tonangebende Sozialdemokraten wie Frank-Walter Steinmeier, Rolf Mützenich und eben Olaf Scholz selbst angesichts des Krieges nicht verinnerlicht. Entsprechend schwach wird Deutschland wahrgenommen. Hier insbesondere auch vonseiten der USA, was uns Donald Trump bald bitter spüren lassen wird. Die derzeitigen Beteuerungen von Rot-Grün, dass der Verteidigungshaushalt künftig stark wachsen solle, sind Wahlkampfgeplänkel und nicht ernst zu nehmen. In drei Jahren Ampelkoalition war offensichtlich die Kraft zu neuen Prioritäten nicht vorhanden.

Ambivalente Außenpolitik zwischen Moskau, Washington und Brüssel

Ein deutliches Zeichen deutscher strategischer Unterbelichtung ist die Ostsee-Erdgasleitung Nord Stream 2. Sie hatte von Beginn an für Diskussionen und Spannungen mit europäischen Partnern wie auch den USA gesorgt. Dieses Projekt wurde zu einem politischen Kristallisationspunkt sondergleichen. Den russischen Angriffskrieg nutzte US-Präsident Biden, das Projekt förmlich auf die Abschussliste zu setzen. Bei Scholz' Antrittsbesuch in Washington äußerte Biden unmissverständlich: „We will bring Nord Stream 2 to an end“ (Wir werden Nord Stream 2 zu einem Ende bringen). Der Kanzler nahm das emotionslos hin, als hätte sein Vorgesetzter gesprochen – ein Eindruck, der sich im weiteren Verlauf seiner Amtszeit verfestigen sollte.

Generell wirkt die Bundesregierung in zentralen sicherheitspolitischen Fragen ohne klaren eigenen Kompass. Statt auf einen ausgewogenen Kurs zu setzen und abgestimmte eigene Interessen zu verfolgen, zeigte sie gegenüber Washington eine erstaunliche Bereitschaft zur Unterordnung. Ein prominenten

tes Beispiel ist die Entscheidung des Kabinetts, völlig überbewertete F-35-Kampfflugzeuge in den USA zu beschaffen. Die Bomber sollen die nukleare Teilhabe Deutschlands im Rahmen der NATO sichern – geradezu ein Symbol für die strategische Abhängigkeit zu Lasten der eigenen Souveränität.

Devote Gesten gegenüber Washington

Ein weiteres Zeichen devoter Unterordnung ist die einsame Entscheidung von Kanzler Scholz, von einer Dienstreise nach Washington die in Deutschland nicht abgestimmte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen mit nach Hause zu bringen. So richtig diese Entscheidung inhaltlich sein mag, so falsch ist es, nicht vorher den nationalen Konsens zu suchen und nicht die Öffentlichkeit zu beteiligen. Deutschland gibt jeglichen Gestaltungsspielraum auf, wenn derartige Entscheidungen faktisch in Washington getroffen und in Berlin lediglich umgesetzt werden. Die Formulierung und Durchsetzung eigener Interessen unterblieb trotz Nationaler Sicherheitsstrategie – womit diese den Status leblosen Papiers behält.

Die potentielle Gefährdung der europäischen Friedensordnung durch russische Muskelspiele spätestens ab dem Georgienkrieg 2008 hatte zu keinen nennenswerten Konsequenzen deutscher und europäischer Politik geführt. Statt Defizite anzugehen, wurden ab 2011 die eigenen Streitkräfte nochmals massiv reduziert. Der ewige Frieden schien ungefährdet und die Freiheit ein selbstverständliches Gut. Statt Abschreckung sendete die Bundesregierung weitere Signale der Schwäche, die Wladimir Putin gerne zur Kenntnis genommen hat.

Die sicherheitspolitische Führungslosigkeit Deutschlands zeigt sich in jedem Ressort der Bundesregierung. Während Baerbock dutzendfach den Nahen Osten befliegt und die Chinesen belehrt, bleiben die NATO und europäische Partner Zuschauer ihrer feministischen Außenpolitik. Der Wechsel an der Spitze des Verteidigungsministeriums von Christine Lambrecht zu Pistorius sorgte zwar für eine stärkere Wahrnehmung verteidigungspolitischer Belange, doch auch Pistorius scheiterte an der Mammutaufgabe, die Bundeswehr zu reformieren und die Erwartungen der NATO-Partner zu erfüllen. In seinem Bemühen, der mutigen Einführung des Begriffes „Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr“ Taten folgen zu lassen, findet Pistorius bisher in der eigenen Partei kaum Unterstützung. Es blieb bei der Fixierung auf Sozialausgaben und überholten Prioritäten.

Ein alarmierendes Fazit

Die Bilanz der Ampelregierung in der Außen-, Bündnis- und Sicherheitspolitik ist verheerend. Statt Führungsstärke zeigt sich eine Mischung aus Zögern, Orientierungslosigkeit und mangelnder Abstimmung. Deutschland, noch bis vor wenigen Jahren weit über Europa hinaus ein bedeutender politischer Faktor, verspielt seine internationale Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit. Und dies in einer Phase gewaltiger Herausforderungen. Die Unfähigkeit der EU zur koordinierten Tat, der Ukrainekrieg, die Zukunft der NATO, das Verhältnis zu den USA und zur Weltmacht China und vieles mehr erfordern abgestimmtes und entschlossenes Handeln. Die Ampelregierung wurde diesen Anforderungen nicht gerecht. Wer sich innenpolitisch nicht zu neuen Prioritäten aufraffen kann, ist zu außenpolitischer Mitgestaltung nicht in der Lage. Dies ist auch eine deutliche Warnung an jede neue Bundesregierung.

● **Richard Drexel** ist Oberst a.D. und seit 2014 Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. Zuletzt erschien „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise“ (FinanzBuch 2021). www.m-vg.de

Inzwischen zeigt sich ein bedenkliches Muster: Während Deutschlands Nachbarn und Partner ihre Zusammenarbeit intensivieren und sich existentiell wichtige Themen vornehmen, pflegt Deutschland seine Regierungskrise und gerät achselzuckend in die Isolation

● MELDUNGEN

Billiges Wohnen wird unmöglich

Berlin – Der Plan der Ampelregierung, den Rückgang bei Sozialwohnungen zu stoppen, ist gescheitert. Der Bestand lag Ende 2023 bei 1,072 Millionen. 2014 waren es noch 1,456 Millionen gewesen. Die gescheiterte Bundesregierung hatte im Koalitionsvertrag 2021 festgeschrieben, jedes Jahr für 100.000 neue Sozialwohnungen zu sorgen. Doch dieses Ziel wurde weit verfehlt, weil viel zu wenig gebaut wurde. Die Zahl geht zudem seit Jahren zurück, weil viele bisherige Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung fallen und danach teurer vermietet werden dürfen. Die Mieten sind bei Sozialwohnungen staatlich reguliert. Wohnen dürfen dort nur Menschen, bei denen Behörden einen besonderen Bedarf sehen. Nach einer bestimmten Zeit können die Wohnungen normal am Markt vermietet werden. P.E.

Ärger um neues Uni-Gesetz

Düsseldorf – Die NRW-Landesregierung hat auf Betreiben der Ministerin für Kultur und Wissenschaft, Ina Brandes (CDU), eine Änderung des Hochschulgesetzes vorgelegt, die den Namen „Hochschulstärkungsgesetz“ trägt und ein neues „Hochschul-sicherheitsrecht“ etablieren soll. Der Kern besteht darin, auf „jede Beeinträchtigung des sozialen Geltungsanspruchs und der Handlungs- und Entschlussfreiheit hinsichtlich der persönlichen Lebensgestaltung“ der Hochschulmitarbeiter und Studenten mit scharfen Maßnahmen wie Betretungs- und Kontaktverboten sowie dem Entzug von Lehr- und Prüfungsbefugnissen zu reagieren. Dabei sollen die Sanktionen bereits greifen, wenn auch nur der Verdacht auf einen „Sicherheitsverstoß“ vorliegt. Gegen das besagte Gesetz, das noch vom Landtag bestätigt werden muss, opponieren mittlerweile 121 Professoren der juristischen Fakultät aus NRW. Sie fordern daher vehement, den Entwurf zurückzuziehen. (siehe Seite 8) W.K.

Weniger Lesekompetenz

Paris – Jeder fünfte Erwachsene in Deutschland hat inzwischen ernsthafte Probleme damit, zumindest auf Grundschulniveau lesen und rechnen zu können. Das ergab die im Zehn-Jahres-Rhythmus jetzt wieder durchgeführte internationale Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu den Alltagskompetenzen der Menschen in den Mitgliedsländern. So scheiterten immerhin 22 Prozent der 16- bis 65-Jährigen hierzulande bereits am Verständnis des Satzes: „Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihr Kind bis 10 Uhr hier ist.“ Trotzdem liegt die Bundesrepublik damit noch im OECD-Mittelfeld, wofür allerdings vor allem die Leistungen der über 55-Jährigen ohne Migrationshintergrund verantwortlich sind. Die besten Ergebnisse in der Studie erzielten die Finnen und Japaner, während Chile ganz am Ende rangierte. Gleichzeitig stellte die Studie aber einen flächendeckend generellen Rückgang der Les-, Schreib- und Rechenfähigkeiten in sämtlichen Mitgliedsstaaten der OECD fest. W.K.



Der grüne Wirtschaftsminister Habeck: Grinst gern, auch wenn er Steuergelder wie hier beim LNG-Terminal auf Rügen versenkt

WIRTSCHAFT

Habecks fatale LNG-Pleite

Die neuen Terminals sind kaum ausgelastet – Milliarden an Steuergeld versenkt

VON HAGEN RITTER

Staatliche Bürgschaften für den angeschlagenen schwedischen Batteriehersteller Northvolt haben Bundeskanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck den Vorwurf eingebracht, viel zu leichtfertig mit Steuergeldern umzugehen.

Nun wachsen aber auch noch Zweifel, wie sinnvoll das Engagement der bisherigen Ampelregierung beim Bau von Flüssiggasterminals überhaupt war.

Denn damit in Brunsbüttel, Stade, Wilhelmshaven und auf Rügen LNG-Terminals gebaut werden konnten, hat der Bund Milliarden Euro in die Hand genommen. Bislang sind die Anlagen aber nur gering ausgelastet. Laut Daten von Gas Infrastructure Europe nutzen die fünf LNG-Terminals in Deutschland derzeit maximal rund 25 Prozent ihrer Kapazitäten. Die Anlage im Hafen von Mukran auf Rügen ist derzeit sogar nur zu knapp 14 Prozent ausgelastet. Für die Gasversorgung Deutschlands wird mit weitem Ab-

stand weiterhin Pipelinegas genutzt. Lediglich die Rolle des Hauptlieferanten ist seit des Überfalls auf die Ukraine von Russland auf Norwegen übergegangen.

Besonders stark ist die Kritik an Bundeswirtschaftsminister Habeck im Fall des LNG-Terminals, das auf der Insel Rügen im Hauruck-Verfahren entstanden ist. Standort der Anlage ist der Hafen Mukran an der Ostküste von Deutschlands größter Insel. Gegen das im September eröffnete LNG-Terminal laufen mehrere Klagen. Anwohner, Umweltverbände und ebenso örtliche Gemeinden auf der Insel hoffen auf eine Stilllegung der Anlage.

LNG vorsätzlich zweckentfremdet

Klage eingereicht hat auch die Gemeinde Binz. Anlass ist der Umstand, dass in der Anlage in Mukran bereits Flüssiggas umgeschlagen wurde, das aber gar nicht ins deutsche Gasnetz eingespeist, sondern nach Schweden weitertransportiert wurde. Gerechtfertigt worden war der Bau der Anlage gegen breiten Widerstand allerdings mit dem Argument, dass sie nach

dem Wegfall von russischem Pipelinegas die Energieversorgung Deutschlands mit abzusichern soll.

Das Bundeswirtschaftsministerium hatte zudem auf eine frühere Anfrage selbst eingeräumt, dass sich Milliarden-Ausgaben der Bundesregierung für die Flüssiggasanlagen nur dann rentieren würden, wenn von den Terminals auch wirklich Gas in das deutsche Netz eingespeist wird.

Gegenüber der „Berliner Zeitung“ erklärte der Bürgermeister von Binz, Karsten Schneider, dass die Weiterverschiffung von LNG nicht dem eigentlichen

117

Millionen Euro wurden allein für angebliche Charterkosten für das Spezialschiff „Transgas Power“ vom Bund bereitgestellt.

Zweck der Anlage in Mukran diene. Der parteilose Bürgermeister erklärte weiter: „Der Bau und Betrieb war und ist ein gigantischer Fehler der Politik.“

Falsche Versprechungen

Für zusätzlich großen Unmut sorgt bei den Bewohnern der Insel, dass die Bundesregierung einen Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Binz in Aussicht gestellt hat, um den Bürgern das Flüssiggas-Terminal schmackhaft zu machen. Aus Sicht des CDU-Fraktionschefs Daniel Peters im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wurde den Bürgern damit allerdings eine Mogelpackung präsentiert: „Die als Verhandlungserfolg inszenierte Ertüchtigung der Bahnstrecke Berlin-Stralsund entpuppt sich bei näherem Hinsehen als großer Schwindel, da sie bereits seit 2016 im Bundesverkehrswegeplan verankert ist.“

Damit die Flüssiggasanlagen gebaut werden konnten, hatte die Bundesregierung vier Milliarden Euro in die Hand genommen. Mit Genehmigung der EU-Kommission hat die Ampel die Errichtung von vier schwimmenden LNG-Terminals in Brunsbüttel, Stade sowie an zwei Standorten in Wilhelmshaven entsprechend gefördert.

Fragwürdige Bürgschaften

Für den Ausbau des Hafens Mukran hat der Bund dem Land Mecklenburg-Vorpommern rund 36 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zudem waren in den Haushaltsplanungen für 2023 und 2024 rund 117 Millionen Euro für Charterkosten für das Spezialschiff „Transgas Power“ bereitgestellt worden. Benötigt wird das Schiff, um das per Tanker antransportierte LNG wieder in den gasförmigen Zustand zu bringen.

Obendrein hat der Bund den Bau einer rund 50 Kilometer langen Anschluss-Pipeline vom Rügener Terminal zum Festland mit knapp 1,4 Milliarden Euro über eine Bürgschaft abgesichert. Auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Leif-Erik Holm (AfD) hatte die Ampelregierung im Jahr 2023 geantwortet, es sei unwahrscheinlich, dass die Garantie fällig werde. Laut der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums sei dem Gasnetzbetreiber Gascade bereits durch die Bundesnetzagentur in Aussicht gestellt worden, die Bau- und Nebenkosten der Anschluss-Pipeline über die Netzentgelte wieder hereinholen zu können. Zur Kasse gebeten werden damit die Gaskunden.

Bereits vor einem Jahr erklärte der Schweriner Bundestagsabgeordnete Holm zum eher unverständlichen Festhalten des Bundes an dem Projekt auf Rügen: „Der Bund steckt finanziell zu tief drin, das Risiko einer milliarden schweren Investitionsruine ist groß.“

GESUNDHEITSWESEN

Gefahr im weißen Kittel: Falsche Ärzte aus Syrien

Immer wieder praktizieren Araber als Fake-Mediziner, weil ihre Unterlagen viel zu lasch geprüft werden

Seit dem faktischen Ende des Bürgerkriegs in Syrien behaupten etliche Politiker und Medien, dass die Rückwanderung syrischer Mediziner in deren Heimat zu erheblichen Versorgungslücken in der Bundesrepublik führen würde. Dies ist maßlos übertrieben: Von den 428.000 praktizierenden Ärzten hierzulande stammen lediglich 5758 aus Syrien. Davon sind rund 5000 in Kliniken beschäftigt, wo ihr Anteil letztlich bei zwei Prozent liegt.

Dazu kommt die Frage der Qualifikation von Medizinern aus dem arabisch-islamischen Raum, die jetzt durch den Fall des „Dr. Google“ wieder ins öffentliche Bewusstsein rückte. Diesen Spitznamen trug der aus Saudi-Arabien stammende Magdeburg-Attentäter Taleb Al-Abdumohsen. Der angebliche Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, welcher bis

zu seiner Bluttat als Stationsarzt im Maßregelvollzug von Bernburg arbeitete, machte immer wieder durch schwere Fehlleistungen von sich reden. Deshalb bestehen ernsthafte Zweifel, dass er überhaupt Medizin studiert hat. Beispielsweise konsultierte er ständig das Internet, um Diagnosen zu stellen und Medikamente zu verschreiben. Und damit ist er kein Einzelfall. So stand 2023 ein syrischer Arzt vom Klinikum Detmold vor Gericht, weil durch dessen eklatante Inkompetenz ein 13-jähriges Mädchen gestorben war.

Bereits 2012 flog ein Ägypter ohne Medizinstudium auf, der seit 1995 an den Uni-Krankenhäusern von Marburg und Magdeburg gearbeitet und bei der Einstellung selbstproduzierte Unterlagen präsentiert hatte. Ein weiterer falscher „Doktor“ und „Schönheitschirurg“ aus dem

Iran wurde 2019 wegen Titelmisbrauchs und fahrlässiger Tötung einer Patientin im Zusammenhang mit deren fehlgeschlagener Gesäß-Vergrößerung angeklagt.

Darüber hinaus trieben auch etliche Hochstapler aus Libyen ihr Unwesen an deutschen Kliniken. Aufsehen erregte ein „Flüchtling“, der sein Medizinstudium in Tripolis abgebrochen hatte, aber bis 2018 an Krankenhäusern in Kassel, Melsungen, Hildesheim und Kemnath praktizierte, wofür er fünf Jahre Haft erhielt. Möglich wurde dies wegen der Gutgläubigkeit seiner Arbeitgeber, die auf die primitiv gefälschten Zeugnisse hereinfielen.

Das ausländische Betrüger ohne echtes Medizinstudium es so leicht haben, ihre Qualifikation vorzugaukeln, resultiert auch aus dem übertriebenen Datenschutz hierzulande. Kliniken, die an der

Echtheit der Urkunden aus Syrien, Libyen und anderen orientalischen Ländern zweifeln, stoßen schnell auf Widerstand, wenn sie Rückfragen an die Behörden oder Landesärztekammern richten. Zudem scheuen Kollegen der falschen Ärzte oft davor zurück, ihren Verdacht laut zu äußern, da ihnen sogar die Kündigung wegen „Mobbing“ oder „Rassismus“ droht.

Syrische Ärzte können aber auch zum Problem werden, wenn sie echte Mediziner mit nachweislicher Approbation sind. So kam 2021 zutage, dass der Orthopäde Alaa M., der im Raum Kassel praktizierte, zwischen April 2011 und Ende 2012 in Gefängnissen von Damaskus und Homs Regimekritiker gefoltert und getötet hatte. Er schreckte auch in Deutschland nicht davor zurück, syrische Flüchtlinge zu bedrohen. Wolfgang Kaufmann

TERRORISMUS

Bestens informiert – aber untätig

Politiker überschlagen sich nach Magdeburger Anschlag mit Forderungen, die längst erfüllt sind

VON HERMANN MÜLLER

Nach dem Anschlag von Magdeburg wiederholt sich ein Muster, das bereits nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 und der Messerattacke von Solingen im August 2024 zu beobachten war: Politiker überschlagen sich mit Forderungen nach strengeren Gesetzen, nach Vorratsdatenspeicherung und zusätzlichen Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden. In den Hintergrund gerät dabei die Frage, warum längst bestehende Möglichkeiten nicht genutzt werden.

Nach dem Magdeburger Anschlag liegt von Sachsen-Anhalts Innenministerin Tamara Zieschang (CDU) die Forderung nach mehr Vernetzung zwischen Bund und Ländern vor: „Wir brauchen eine gemeinsame polizeiliche Datenplattform. Alle Landespolizeien und auch der Bund sollten von überall und jederzeit Zugriff auf Informationen haben, die für die tägliche Arbeit von Relevanz sind“, so Zieschang. Auch der SPD-Politiker Lars Castellucci, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, fordert eine einheitliche Datenbank für alle Polizeibehörden. „Wir brauchen ein besseres Gesamtbild von solchen Tätern, insbesondere wenn sie nicht in so ein Raster passen, wie wir es gängig haben: Islamist, rechts, links.“

Abwehrzentrum schon 20 Jahre alt

Aus dem Blick geraten ist mit solchen Forderungen, dass in Deutschland bereits seit zwanzig Jahren eine Kooperationsplattform existiert, über die Sicherheitsbehörden Informationen austauschen können. Die Rede ist vom Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum (GTAZ). Gegründet wurde das GTAZ als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA. Bei dem in Berlin-Treptow angesiedelten Zentrum arbeiten insgesamt 40 Behörden zusammen: Beteiligt sind neben den Verfassungsschutz- und Polizeibehörden von Bund und Ländern auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Zollkriminalamt, der Bundesnachrichtendienst, der Militärische Abschirmdienst und Vertreter der Generalbundesanwaltschaft.

Faktisch steht in Deutschland damit seit der Gründung des GTAZ im Jahr 2004



Der Ort des Schreckens: Magdeburgs menschenleerer Weihnachtsmarkt am Tag nach der Tat Bild: imago/dts Nachrichtenagentur

eine Superbehörde zur Terrorabwehr zur Verfügung. Ob es insbesondere für die enge Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum eine gesetzliche Grundlage gibt, ist unter Verfassungsrechtlern dagegen umstritten. Das GTAZ firmiert deshalb offiziell auch nur als „Kooperationsplattform“ für Behörden, nicht aber als eigenständige Behörde.

Dessen ungeachtet treffen sich Vertreter der beteiligten Behörden in der Einrichtung im Berliner Südosten zu täglichen Lagebesprechungen. Bei diesen Treffen geht es um ganz konkrete Fälle von Gefährdungen, denen Terroranschläge oder Attentate zugetraut werden.

Erst wenige Wochen vor dem Magdeburger Anschlag hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser in einem Festakt zur GTAZ-Gründung im vergangenen Oktober das Zentrum als „zentralen Pfeiler für unsere Sicherheit“ bezeichnet. Wie Bundesinnenministerium und Bundeskriminalamt anlässlich des 20. Gründungs-

jubiläums mitteilten, wurden bislang 24 islamisch motivierte Anschläge verhindert. Angesichts dieser Bilanz stellt sich die Frage, warum nicht auch der Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt verhindert werden konnte.

Die Voraussetzungen wären eigentlich durchaus günstig gewesen. Der tatverdächtige Taleb A. hatte seine Absichten nämlich keineswegs verheimlicht. Er war über Jahre in sozialen Medien extrem aktiv gewesen. Seit März 2016 postete er mehr als 100.000 Beiträge. Darin drückte er einerseits nicht nur Sympathien für die AfD aus, sondern immer wieder auch seine Unterstützung für Israel.

Taleb A. drohte ganz offen

Daneben fiel Taleb A. aber auch durch handfeste Drohungen auf, die, wenn sie von einheimischen Rechtsextremisten geäußert worden wären, vermutlich sehr schnell Reaktionen von Staatsanwaltschaften und Sicherheitsbehörden zur Folge gehabt hätten: Auf X, ehemals Twit-

ter, erklärte er etwa erst vor wenigen Monaten: „Ich versichere Ihnen: Wenn Deutschland Krieg will, werden wir ihn haben. Wenn Deutschland uns töten will, werden wir sie abschlagen, sterben oder voller Stolz ins Gefängnis gehen.“

Offenbar ist Taleb A. tatsächlich auch Thema im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum gewesen. Am 6. Februar 2015 sollen im GTAZ Vertreter des Landes Mecklenburg-Vorpommern das Bundeskriminalamt über mögliche Anschlagpläne von Taleb A. informiert haben.

Hintergrund waren seinerzeit Drohungen des saudi-arabischen Staatsbürgers gegenüber der Landesärztekammer von Mecklenburg-Vorpommern sowie gegen eine Kommunalbehörde in Stralsund. Am Ausbleiben eines Austauschs zwischen Bundes- und Landesbehörden oder dem Fehlen einer Möglichkeit zur Vorratsdatenspeicherung kann es somit nicht gelegen haben, dass Taleb A. nicht genügend als ernsthafte Gefahr wahrgenommen wurde.

WAHLEN 2025

Linker Durchmarsch bei Berliner SPD

Nur Vertreter des dunkelroten Flügels erringen aussichtsreiche Listenplätze zur Bundestagswahl

Die Berliner SPD hat ihren früheren Spitzenkandidaten und Regierenden Bürgermeister Michael Müller auf ihrer Kandidatenliste für die Bundestagswahl 2025 unberücksichtigt gelassen. 2021 stellten die Sozialdemokraten Müller noch als Spitzenkandidaten auf, aber der Rest der Liste bestand schon damals fast ausschließlich aus Vertretern des linken Parteiflügels. Seinerzeit erreichte die Berliner SPD sieben Bundestagsmandate. Nach den aktuellen Umfragen dürften es nur noch vier sein. Auf den ersten vier Plätzen finden sich ausschließlich stramm linke Sozialdemokraten.

Auf Platz eins steht Ruppert Strüwe aus Berlin-Zehlendorf, der seit 2016 Sprecher der SPD-Landeslinken „Berliner Linke“ ist. Im Bundestag ist „Mobilität“ sein Betätigungsfeld. Er plädiert für eine „sozial-ökologischen“ Verkehrswende. Auf

Platz zwei wurde die frühere Juso-Vorsitzende Annika Klose platziert. Sie betätigte sich im Sommer 2017 im Rahmen einer „Sea-Eye“-Mission als „Flüchtlingshelferin“, arbeitete dann zehn Monate als Gewerkschaftssekretärin für Presse und Gleichstellungspolitik beim DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg.

Der in der Türkei geborene Hakan Demir, Platz drei der Liste, erregte 2021 öffentliche Aufmerksamkeit, als er im Vorfeld der damaligen Bundestagswahl im gemäßigten SPD-Bezirk Neukölln (der Heimat von Heinz Buschkowsky) den von der Parteiführung favorisierten Kandidaten verdrängte. Auf Platz vier der aktuellen SPD-Liste steht die in Rumänien geborene Ana-Maria Trăsnea, die sich schon während ihrer Schulzeit bei dem Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ betätigte und dafür mit

einem Vorstandsposten der Aktion Courage e. V. belohnt wurde. 2021 bis 2023 war sie dann Staatssekretärin für „Engagement-, Demokratieförderung und Internationales“ in der Berliner Senatskanzlei. Einer normalen beruflichen Tätigkeit ist offenbar keiner der vier Kandidaten je nachgegangen.

Ex-Bürgermeister Müller warnt

Die beiden gemäßigten Landesvorsitzenden Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel hatten zuvor ein anderes Kandidatentableau ausgehandelt mit Michael Müller auf Platz zwei und Klose als Spitzenkandidatin. Aber die Parteilinken wollten offenbar nicht „teilen“. Müller kommt nun nur in den Bundestag, wenn er seinen Wahlkreis Wilmersdorf-Charlottenburg direkt gewinnt. Danach sieht es aber nicht aus. Müller warnt die Berli-

ner SPD vor einem Linksruck und wirft der Landes-SPD vor, die politische Mitte „ein Stück weit“ aufzugeben. Es sei „kein kluger Weg“, sich einseitig links zu profilieren. Stattdessen sei es wichtig, unterschiedliche Milieus sowie unterschiedliche Wähler anzusprechen. Den Ostteil der Stadt hat die SPD offenbar aufgegeben – kein Kandidat kommt von dort.

Als Strippenzieher hinter dem Durchmarsch des linken Flügels wird der Spandauer SPD-Bezirkschef Raed Saleh vermutet. Dessen Favorit Helmut Kleebank erreichte jedoch nur Platz fünf. Um fünf Mandate zu erreichen, müsste die Berliner SPD sich noch verbessern. Die SPD-Basis scheint weniger linksorientiert zu sein als die Delegierten. In einer Mitgliederbefragung zur Kür der Landeschefs setzten sich Böcker-Giannini und Hikel im Mai 2024 gegen zwei linke Bewerber durch. F.B.

KOLUMNE

Eine Schande

VON THEO MAASS

Vor Weihnachten hatten Bürger auf dem Soldatenfriedhof von Halbe etwa 5300 LED-Kerzen auf den Gräbern aufgestellt. Auch Blumen waren abgelegt worden. Im Rahmen der Streifen-tätigkeit und wegen Zeugenhinweisen waren Polizei und Ordnungsamt dann am Freitag, den 27. Dezember, vor Ort, und ließ Lichter und Blumen wegräumen. Auf Fragen protestierender Bürger behaupteten die Beamten, es handle sich um einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

Als die Angelegenheit eine breitere Öffentlichkeit erreichte, sagte Polizeisprecherin Ines Filohn, die Beamten hätten die Friedhofsordnung durchgesetzt. Die Polizei-Aktion sei aber keine Störung der Totenruhe gewesen. Mittlerweile ruderte die Polizei in der brandenburgischen Stadt zurück: Die Polizeiaktion sei ein Fehler gewesen. Bei künftigen derartigen Anordnungen bleibt jeder Polizeibeamte künftig aufgefordert gemäß Paragraph 36 Beamtenstatusgesetz zu „Remonstrieren“, wenn er an der Rechtmäßigkeit der Befehle Zweifel hat. Nach dem Weihnachtsskandal von Halbe können sich auch einfache Beamte mit Unwissenheit nicht mehr herausreden.

Am Neujahrstag haben dann mehrere hundert Bürger die Soldatengräber mit neuen Lichtern geschmückt. Dennoch: Die Polizeiaktion darf für die dienstlich und politisch Verantwortlichen nicht ohne Konsequenzen bleiben, und die Hintergründe müssen aufgeklärt werden. Waren es höhere Polizeibeamte oder Instanzen des zuständigen Innenministers, welche die Entfernung der Grablichter veranlasst haben? Die AfD hatte die erneute Schmückung der Kriegsgräber unterstützt. Wie wird sich der Ministerpräsident Brandenburgs, Dietmar Woidke (SPD), verhalten? Was sagt die oppositionelle CDU dazu? In einer Zeit, in der deutsche Politiker längst wieder deutsche Soldaten in Kriege schicken, sollten die Soldaten bedenken, was ihnen später in der Heimat blühen kann, wenn es die „falsche Politik“ gewesen ist, die sie in den Einsatz schickte.

MELDUNG

Anschlag auf Kirche geplant

Potsdam – Nach Hinweisen eines ausländischen Nachrichtendienstes an das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die Polizei Brandenburg am ersten Weihnachtsfeiertag einen Jugendlichen aus Teltow-Fläming in Gewahrsam genommen. Der 15-Jährige mit irakischen Wurzeln steht im Verdacht, einen Anschlag auf eine Berliner Kirche geplant zu haben. Nach Polizeiangaben sollen sich die Informationen auf die Anschlagplanung an Heiligabend verdichtet haben. Am ersten Weihnachtsfeiertag hat ein Spezialeinsatzkommando die Wohnung des Verdächtigen in der Stadt Zossen durchsucht. Wie die ARD berichtete, stand der festgenommene Jugendliche über das Kommunikationsprogramm „Telegram“ in Kontakt mit Personen, die mutmaßlich zur Terrororganisation Islamischer Staat (IS) gehören. Den deutschen Sicherheitsbehörden war der 15-Jährige Verdächtige bislang nicht als Extremist bekannt gewesen. H.M.

MELDUNGEN

Geheimdienst warnt vor Islam

Paris – Bertrand Chamouland, der Generalinspekteur des französischen Inlands-Sicherheitsdienstes Direction centrale de la Sécurité publique (DCSP), hat in einem Interview mit der Tageszeitung „Le Monde“ vor dem wachsenden Einfluss islamistischer Kräfte gewarnt. So gebe es in Frankreich mittlerweile 100.000 Angehörige der Muslimbruderschaft, was eine Verdopplung gegenüber 2019 sei. Laut Chamouland versuchen diese Islamisten, alle wichtigen Lebensbereiche zu infiltrieren und vor allem im Bildungswesen sowie der Verfassung Fuß zu fassen und ihr Gedankengut zu verbreiten. Dem DCSP-Chef zufolge setzt die Bruderschaft auf eine „sehr geschmeidige Rhetorik“, um zu verbergen, dass sie ein Kalifat unter der Rechtsordnung der Scharia anstrebe. Darüber hinaus verfolge sie die Strategie, die Islamisten als Opfer der „islamfeindlichen“ französischen Staatsmacht hinzustellen, wenn diese gegen radikale Bestrebungen vorgehe. W.K.

Russland testet Inlands-Netz

Moskau – Wie die russische Nachrichtenagentur Interfax meldet, wurden im Dezember versuchsweise drei Regionen des Landes für die Dauer von zwei Tagen vom weltweiten Internet abgekoppelt, um die Funktionsfähigkeit eines rein nationalen Netzwerkes namens RuNet zu erproben. Der Test fand unter der Kontrolle des Föderalen Dienstes für die Aufsicht im Bereich der Informationstechnologie und Massenkommunikation (Roskomnadsor) statt. Zweck des Ganzen sollte laut Interfax die Sicherstellung der Funktionsweise wichtiger Internetdienste im Falle von Cyberangriffen aus dem Ausland sein. Der Aufbau des russischen „Staatsinternets“ RuNet erfolgt bereits seit einigen Jahren, wozu auch jährliche Feldversuche mit der Ersatzinfrastruktur gehören. Da diesmal die Unruheregionen Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien betroffen waren, vermuten westliche Geheimdienste, dass Moskau das RuNet auch zur Aufstandsbekämpfung nutzen wolle. W.K.

Geburtenrate in Indien sinkt

Neu-Dehli – Nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 galt es, das Bevölkerungswachstum rapide zu senken. Inzwischen liegt die Rate jedoch nur noch bei 1,6 Kindern pro Frau und somit deutlich unter der Schwelle von 2,1, die zum Erhalt der Bevölkerungsstärke notwendig wäre. Anfang Dezember 2024 forderte der wirkungsreiche Chef der Hindu-nationalistischen Freiwilligenbewegung RSS, Mohan Bhagwat, eine Geburtenrate von drei Kindern pro Frau. Die RSS ist die Mutterorganisation der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) von Premierminister Narendra Modi. Als Gründe für die sinkende Geburtenrate gibt „The India Express“ hohe Kosten für Wohnraum und Bildung an sowie die Emanzipation der Frauen, von denen in dem konservativ geprägten Land erwartet werde, Beruf und Weiterbildung aufzugeben, sobald sie Mutter geworden sind. CRS

UKRAINE

Zweifelhafte Einberufungsbefehle

Die Macher der international hochgelobten Onlineseite „DeepStateMap“ sollen plötzlich an die Front

VON HERMANN MÜLLER

In der Ukraine hat sich in den letzten Jahren mit der „DeepStateMap.live“ ein Projekt entwickelt, das weltweit ein Vorbild für gemeinnützigen und modernen Journalismus darstellen kann. Dem einzigartigen Medienprojekt droht nun allerdings das Aus. Die Macher dieses Kanals sollen laut Meldungen aus der Ukraine Mobilisierungsbefehle erhalten haben.

Bei dem bereits 2020 gestarteten „DeepState UA“ handelt es sich um ein Online-Projekt, das im Konflikt mit der Russischen Föderation zweifelsfrei auf der ukrainischen Seite steht. Hauptangebot war seit Kriegsbeginn im Februar 2022 eine täglich aktualisierte Online-Karte zum Frontverlauf in der Ukraine. „DeepStateMap.live“ war damit seit dem Beginn des Krieges im Februar 2022 nicht nur für Ukrainer eine wichtige Orientierungshilfe. Weltweit nutzen auch Journalisten, Militärexperten und Privatpersonen, die Informationen zum Kriegsverlauf, die von den Beteiligten des Projekts akribisch zusammengetragen wurden. Mit Hilfe von etwa 100 Mitarbeitern und

Freiwilligen wurden in öffentlich zugänglichen Quellen aussagekräftige Fotos und Videos vom Kampfgeschehen ausgewertet. Die Freiwilligen verglichen dabei die Lage von Gebäuden und Straßen auf den Aufnahmen mit Satellitenbildern, um sicherzustellen, dass Angaben über den Aufnahmeort stimmen.

Informationen zum Frontverlauf

Resultat war eine Online-Karte, die so gute Informationen zum Frontverlauf enthielt, dass sie auch von lokalen Rettungskräften und von der ukrainischen Armee genutzt wurde. Die Macher achteten bei ihrer Arbeit allerdings sorgsam darauf, dass keine Informationen veröffentlicht werden, die der russischen Armee einen Vorteil verschaffen könnten. Im Fall, dass Informationen militärische Aktivitäten gefährden, kam „DeepStateMap“ auch Bitten ukrainischer Befehlshaber nach, die Karte erst mit zeitlicher Verzögerung zu aktualisieren. Der staatliche Dienst für Notfallsituationen in der Ukraine zählte sogar zu den offiziellen Partner der Onlineseite.

Insgesamt war das Angebot bislang so gut, dass „DeepStateMap“ jeden Tag

gleich mehrere Millionen Male angeklickt wurde. Im Februar 2024 meldeten die Seitenmacher, dass die Online-Karte zum Frontverlauf seit Kriegsbeginn bereits eine Milliarde Zugriffe hatte. Die „Neue Zürcher Zeitung“ und andere Medien lobten daher „DeepStateMap“ noch im Frühjahr 2024: „Wer die Lage im Donbass verstehen will – oder nun jene in Charkiw –, kommt um diese Karte kaum herum.“

Nun sieht sich der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Oleksandr Syrskij, allerdings dem Vorwurf ausgesetzt, durch die Einberufung der Journalisten das innovative Medienprojekt zum Schweigen bringen zu wollen. Hintergrund ist aus Sicht einiger Militärblogger, dass die Armeespitze um Syrskij in der aktuellen Lage keine Berichte von „DeepStateMap“ über ukrainische Niederlagen sehen will.

Die ukrainische Abgeordnete Mariana Bezuhla warf auf dem Social-Media-Kanal Facebook Armeechef Syrskij sogar vor, eine Offensive gegen das innovative und erfolgreiche Medienprojekt zu führen. Laut der Abgeordneten im Verteidigungsausschuss, haben die Mitarbeiter von „DeepState“ Mobilisie-

rungsbefehle zum Dienst in der Infanterie erhalten. Bezuhla bezeichnete DeepState als „die letzte Bastion von mehr oder weniger adäquaten Informationen über den Frontverlauf“. Die Politikerin weiter: „Wir alle kennen ‚DeepState‘ seit Beginn der groß angelegten Invasion. Jeden Tag ist es fast die einzige Quelle, um zu verstehen, was geschieht, sowohl für Zivilisten als auch für das Militär. Der Angriff der Altgedienten auf das Projekt ist eine weitere Dimension ihrer völligen Rückständigkeit und ein Beweis dafür, dass wir wirklich Geiseln sowjetischer Dummköpfe sind.“



Nach Einberufungsbefehl: Die Online-Initiatoren von „DeepStateMap“ müssen demnächst an der Front den Feind ins Visier nehmen

Falschmeldungen wurden enttarnt

Teil des Erfolges von „DeepState“ war es, dass das Projekt trotz seiner eindeutig pro-ukrainischen Haltung gegenüber Regierung und Armeeführung nicht unkritisch war. In Analysen zum Verlauf der ukrainischen Sommeroffensive 2023 gingen die Macher der Onlineseite beispielsweise mit der eigenen Armeeführung hart ins Gericht. Die Aktivisten scheuten sich auch nicht, Falschmeldungen als solche zu entlarven, wenn sie von Regierungsvertretern in Kiew bewusst in Umlauf gebracht wurden.

Zudem stellt „DeepStateMap“ für die Menschen in der Ukraine auch ein alternatives Angebot zum sogenannten „Telemarathon“ dar. Gleich zu Kriegsbeginn hat die ukrainische Regierung die größten TV-Kanäle des Landes in einem Programm vereint. Im Telemarathon zeigen die öffentlich-rechtlichen und mehrere Privatsender seitdem alle so ziemlich dieselben Nachrichten und Stellungnahmen von Regierung und Armee. Kritik an Präsident Selenskyj kommt in diesem „ver-einten Programm“ nur selten vor.

EUROPA

Also doch: EU-Staaten können Asylrecht einschränken

Die neue EU-Kommission unterstützt Maßnahmen zur „Abwehr hybrider Bedrohung“

Die anhaltenden Versuche der Russischen Föderation und Weißrusslands, Migranten über die Grenzen in benachbarte EU-Staaten zu bringen, könnten jetzt dazu führen, dass die EU endlich reagiert und betroffene Mitgliedstaaten unterstützt, zu wirksamen Maßnahmen zu greifen. Denn beide genannten Länder setzten Migranten „als Waffe“ ein und würden die Menschen für ihre politische Zwecke instrumentalisiert, heißt es in Brüssel.

Bereits seit mehreren Jahren werden Menschen aus afrikanischen und asiatischen Staaten vom belarussischen Diktators Alexander Lukaschenko, aber ebenso von Moskau, dazu gebracht, illegal die Grenzen zu den benachbarten EU-Staaten zu überqueren. Betroffen sind davon vor allem Polen und die baltischen Staaten Lettland und Litauen, aber auch Finn-

land und das Nicht-EU-Land Norwegen. Nach Angaben der EU-Kommission habe die Zahl der irregulären Einreisen 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 65 Prozent zugenommen. Die Migranten haben dabei zu 90 Prozent ein russisches Studenten- oder Tourismusvisum.

Die EU-Kommission will die betroffenen Mitgliedstaaten nun bei „der Abwehr hybrider Bedrohungen im Zuge des Einsatzes von Migration als Waffe“ unterstützen. Dabei plant sie, den betroffenen Mitgliedstaaten zu erlauben, auch das Asylrecht temporär einzuschränken, was Finnland bereits getan hat. Dies könnte auch in Form von „Pushbacks“ geschehen, bei denen Asylsucher gleich an der Grenze abgewiesen würden. Die Kommission hatte dazu eine Publikation vorgestellt, welche die für Sicherheit zuständi-

ge Vizepräsidentin der Kommission, Henka Virkkunen, vorgestellt hat. Die Finnin verwies darauf, dass immer mehr Migranten von den weißrussischen Behörden mit militärischen Gegenständen ausgerüstet würden, um gewaltsam gegen Grenzsicherer vorgehen zu können. Einen toten polnischen Grenzsicherer soll es bereits aufgrund dessen gegeben haben. Diese Grenzdurchbrüche seien ein Versuch, die EU an einer empfindlichen Stelle zu treffen und zu destabilisieren, sagte die EU-Kommissarin.

Der polnische Regierungschef Donald Tusk hatte schon im Oktober angekündigt, im Kampf gegen die irregulären Migranten die Anwendung des Asylrechts auszusetzen. Nun wird er in seinem Vorhaben klar von der EU-Kommission unterstützt. Dies müsse aber im Einklang

mit europäischen und internationalen Regeln geschehen, schränkte Virkkunen ein. Demnach dürften die nun erlaubten Maßnahmen nur in definierten Fällen, verhältnismäßig und zeitlich begrenzt eingesetzt werden.

Die EU-Kommission wies darauf hin, dass der Schengener Grenzkodex eine Aussetzung des Asylrechts in bestimmten Situationen zulasse, etwa wenn es darum geht, die Sicherheit sowie Recht und Ordnung zu erhalten. Auch beim Prinzip des „nonrefoulement“, also der Nichtzurückweisung von Migranten an Grenzen, gibt es nach der Genfer Konvention ausdrücklich Ausnahmen. Sie sind möglich, wenn von Migranten eine Gefahr für die Sicherheit des Landes ausgeht. Bei der EU geht jetzt Sicherheit vor dem Asylrecht – es geht also doch. Bodo Bost

VON PETER ENTINGER

Das Jahr 2024 war für die deutsche Automobilindustrie ein Desaster. Täuschen nicht alle Vorzeichen und liegen nicht alle Experten in ihren Einschätzungen daneben, dann wird das neue Jahr sogar noch miserabler. „Es wird noch schlimmer“, prognostiziert Automobil-Experte Helmut Becker. Er war 24 Jahre Chefvolkswirt bei BMW, leitet das Institut für Wirtschaftsanalyse und Kommunikation (IWK) und ist als Berater in der Auto-Branche tätig. „Seit der 2018 verschärften EU-Gesetzgebung schrumpft die Auto-Produktion in Deutschland um rund ein Viertel. Das ist weg und kommt nicht wieder. Ohne Änderung in den politischen Rahmenbedingungen setzt sich dieser Prozess fort“, lautet seine Prognose.

Dabei sind die Probleme teilweise hausgemacht. Der Wegfall der E-Auto-Prämie in Deutschland hat die Nachfrage 2024 einbrechen lassen. Die Werke sind nicht ausgelastet, wegen der schärferen EU-Flottenziele für den CO₂-Ausstoß ab 2025 drohen hohe Strafzahlungen. Ein großes Problem sei dabei die Politik selbst, sagt Branchenexperte Frank Schwöpe, der Automobilwirtschaft an der Fachhochschule des Mittelstands in Köln und Hannover lehrt: „Das ewige Hin und Her bei der Elektromobilität verunsichert die Kunden.“

Vor allem die Zulieferer geraten in wirtschaftliche Schieflage

Ex-BMW-Manager Becker hält hauptsächlich das von der EU-Kommission verordnete Verbrenner-Aus für fatal. Er bezeichnet die herkömmlichen Motoren als einzigen Gewinnbringer: „Als ob die EU mit einem Anteil von acht Prozent am globalen CO₂-Ausstoß das Weltklima im Alleingang retten könnte. Das ist absurd.“

Die Probleme bei Volkswagen sind derzeit in aller Munde. Ohne Arbeitsplatzabbau wird es nicht gehen. Doch die ganz Großen in der Branche sind nach Expertenmeinung immer noch stark genug, um ein weiteres schlechtes Jahr aufzufangen. „Viel schlimmer sind die kleinen und mittleren Zulieferer dran, und das umso stärker, je mehr sie in ihrem Geschäftsmodell von Elektroautos abhängen“, sagt Becker. Man geht von Auftragsrückgang und Umsatzeinbrüchen von 40 Prozent aus. Die Deindustrialisierung des Auto-standorts Deutschland werde 2025 ohne politische Notbremung ungebremst fortschreiten. Beckers bitteres Fazit: „Das merkt halt keiner, außer die Betroffenen selbst.“ Hohe Standortkosten, eine viel zu starke Konkurrenz bei den E-Autos und vor allem die Absatzschwäche im chinesischen Markt sind die größten Probleme.



Zu teuer, unbeliebt und optisch unattraktiv: E-Autos aus deutschen Werkhallen sind Ladenhüter wie hier bei Ford in Köln

AUTOMOBILWIRTSCHAFT

„2025 wird es noch schlimmer werden!“

Die Top-Entwickler sind weg, der Standort Deutschland zu teuer, die Kunden verunsichert, das E-Auto-Image miserabel – nur eine neue Politik könnte helfen

Doch die Manager in den Chefsesseln reagieren nicht, gehen weiterhin auf Kuschelkurs mit der Politik. Es ist wie immer den Betriebsräten und Gewerkschaften vorbehalten, gegen Stellenabbau und Werksschließungen zu protestieren. Doch an der grundsätzlichen Problematik ändert das nichts. Und es dürften weitere Schwierigkeiten dazukommen.

US-Strafzölle schaden Deutschland

Die vom designierten US-Präsidenten Donald Trump angekündigten Strafzölle auf Importe könnten die deutschen Autobauer dabei doppelt hart treffen. Zum einen auf die Fahrzeuge selbst, zum anderen aber auch bei der Lieferkette. Im schlimmsten Fall könnte Deutschland ein Mangel an Batterien drohen. „Es sieht nicht gut aus“, sagt Ferdinand Dudenhöf-

fer, Gründer des CAR-Institute in Bochum. Die aktuellen Quartalsergebnisse seien schlicht katastrophal. Derzeit sehe man, dass immer weniger Aufträge kommen. Zudem ist man bei der Elektromobilität einen Schlingerkurs gefahren, wobei sich die Hersteller nicht vehement genug gegen ein Verbrenner-Verbot gewehrt haben. Nun ist das beschlossene Sache und die Konkurrenz bei den E-Autos enteil.

„Die deutsche Elektrophobie und die Phantomdebatte um die Technologieoffenheit treiben uns international immer mehr ins Abseits“, sagt Felix Kuhnert, Automobil-Experte bei der Wirtschaftsberatungsgesellschaft PwC Deutschland und Elektro-Lobbyist. Das „Know-how“, sprich Fachkräfte im Auto-Sektor, habe längst inzwischen das Weite gesucht. Für Entwickler ist Deutschland eben kein at-

traktives Land mehr. Dass man mit Autos aber nach wie vor Geld verdienen kann, beweisen nicht nur die Chinesen. Der japanische Hersteller Toyota blickt auf ein gutes Jahr zurück, und der französische Autobauer Renault hat Kleinwagen aufgelegt, die beim Volk gut ankommen.

Neue Rahmenbedingungen nötig

Immerhin: Der eine oder andere Konzern hat mittlerweile reagiert. So will BMW mit der sogenannten „Neuen Klasse“ Modelle auf den Markt bringen, die technologisch auf Augenhöhe mit der Konkurrenz aus China und gleichzeitig preislich wettbewerbsfähig sein sollen. Ex-BMW-Manager Becker ist jedoch skeptisch: „Ohne Änderung der politischen Rahmenbedingungen durch die neue Bundesregierung wird es nicht gehen!“

MARKETING

Geld sparen – kostenfrei lesen und informiert sein

Werden Sie als kluger Empfehlungsgeber ein smarterer PAZ-Botschafter

Von wegen guter Rat ist teuer. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Jedenfalls bei der PAZ. Denn wer hier einen guten Rat an andere weiter gibt, der tut sich und anderen nicht nur etwas Gutes, sondern hilft gleich doppelt.

Denn zum einen trägt man sinnvoll dazu bei, wichtige und richtige Informationen an andere weiterzugeben. Gerade heutzutage in Zeiten von Fake-News ein enorm wertvoller Beitrag zur Meinungsbildung. Zum anderen aber spart man als Abonnent bares Geld. Wie? Man empfiehlt die PAZ an jemanden weiter. Der schließt als neuer Leser ein Abo ab und schon reduziert sich der eigene Abo-Preis um die Hälfte. Und weil Abonnenten ehrlich überzeugt sind, überzeugen sie auch andere von ihrer Zeitung – von der PAZ. Deshalb entfällt der Abo-Beitrag für ein

Jahr komplett, wenn man zwei neue Leser als Abonnent überzeugt, indem man die PAZ erfolgreich empfiehlt.

Jetzt fragen Sie sich als Leser: Ist das eine Werbung oder eine Werbeaktion? Klare Antwort von uns: Ja, ist es! Und Sie fragen sich vielleicht auch: Soll ich für die PAZ jetzt etwa neue Leser gewinnen? Und wieder lautet die unverblümt ehrliche Antwort: Ja, sollen Sie!

Warum wir das nicht selbst machen? Ganz einfach: Weil Sie es besser können. Denn auf Ihren Rat, auf Ihre Empfehlung hören andere. Menschen, die Sie kennen, die Sie Freude und Bekannte nennen, bei denen ist Ihr Rat doch etwas wert. Sie sind als Leser und Abonnent quasi der beste Botschafter, den die Preußische Allgemeine Zeitung nur haben kann. Genau deswegen sollen Sie aktiv werden, als unser groß-



tiger PAZ-Botschafter, als jemand, dem man in Sachen Vertrauen und Überzeugung bereits Vorschusslorbeeren entgegenbringt. Denn einem Freund traut und vertraut man – auch seinen Ratschlägen, Tipps und Empfehlungen.

Aus dieser Tatsache haben kluge Geschäftsleute schon ein ganzes Businesssystem installiert. Man nennt es Empfehlungsmarketing oder auch Network-beziehungsweise Multilevelmarketing. Eine Branche, die im letzten Jahr fast 170 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet hat. Mit nichts anderem als mit Empfehlungen. Es funktioniert also – auch für Sie!

Der neue Abonnent nennt einfach ihren Namen als Tippgeber, bestenfalls noch Ihre Abo-Nummer und schon halbiert sich Ihre Abobeitrag für ein Jahr oder fällt ganz weg. JE

MELDUNGEN

Kraftwerke müssen her

Berlin – Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. bezeichnet den Zubau von steuerbaren Kraftwerkskapazitäten als „hochgradig zeitkritisch“. Wie es in einer Mitteilung des Verbandes heißt, sind zusätzliche steuerbare Kraftwerke unverzichtbar, um die Schwankungen von Wind- und Sonnenenergie auszugleichen und die Stabilität des Stromnetzes sicherzustellen. An eine neue Bundesregierung richtet der Bundesverband die Forderung, sich mit der Schaffung steuerbarer Kraftwerkskapazitäten gleich zu Beginn ihrer Amtszeit zu befassen. Hintergrund der Forderung ist der Umstand, dass Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die Pläne für ein neues Kraftwerksgesetz in dieser Legislaturperiode endgültig aufgegeben hat. Laut dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz scheitert die Umsetzung des Gesetzes zur Förderung neuer Gaskraftwerke an fehlenden parlamentarischen Mehrheiten. H.M.

Ausgeweitete Produkthaftung

Brüssel – Die EU hat ihre Produkthaftungsrichtlinie auch auf Software-Produkte ausgedehnt. Laut der Neufassung der Richtlinie „Product Liability Directive“ sollen Hersteller von Software direkt den Verbrauchern gegenüber für Schäden haften. Laut der modernisierten Richtlinie können Verbraucher wegen fehlerhafter Software nun neben ihrem eigentlichen Vertragspartner auch direkt den Hersteller belangen. Hat der Softwarehersteller seinen Sitz außerhalb der EU, haften stattdessen der Importeur oder etwaige Bevollmächtigte des Herstellers. Der Branchenverband Bitkom e.V. hatte bereits in einer Frühphase der Richtlinienmodernisierung die Ausweitung der Produkthaftung grundsätzlich begrüßt, allerdings auch gewarnt, dass ein erhöhtes Haftungsrisiko für Software-Entwickler zu steigenden Preisen für Software führen und Folgen für den Innovationsstandort Europa haben kann. H.M.

Güterverkehr unter Druck

Moskau – Nicht nur internationale Sanktionen und die Suche nach neuen Märkten im asiatischen Raum haben den russischen Güterverkehrsmarkt unter Druck gesetzt. Auch gesetzliche Änderungen des russischen Staats wie die Verschärfung der Umweltauflagen an Kraftfahrzeuge stellten Logistikunternehmen 2024 vor große Probleme. Die Modernisierung der Fuhrparks führte ebenso zu Kostensteigerungen wie strengere Vorgaben für Ruhezeiten der Fahrer. Letzteres brachte längere Lieferzeiten und höhere Betriebskosten mit sich. Veränderte Steuer- und Zollvorschriften, Schwankungen der Kraftstoffpreise, Inflation, steigende Preise für Ersatzteile, Ausrüstung und Wartung sowie ein scharfer Wettbewerb zwangen die beteiligten Unternehmen, nach neuen Möglichkeiten zur Kostenoptimierung zu suchen. Unternehmen, die zwecks Kundenbindung günstigere Tarife anbieten, konnten nur noch geringe Gewinnmargen verzeichnen. MRK

ANALYSE

Auswanderungswelle:
Schwund der Eliten

JENS EICHLER

Während immer mehr kommen, gehen auch immer mehr. Dabei verschiebt sich das Ungleichgewicht im Bereich Bildung zunehmend in die falsche Richtung. Denn bei ungebremstem Zustrom kulturfremder Menschen aus bildungsfernen Schichten verlassen gleichzeitig immer mehr hochgebildete Frauen und Männer mit deutschem Pass die Heimat. Übrig bleiben die Ungebildeten, was sich insbesondere in der Wirtschaft und im wachsenden Problem des Fachkräftemangels niederschlägt.

Allein im Jahr 2023 wanderten 265.000 Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit aus. Damit stieg die Abwanderung im Vergleich zu 2020 um satte 12,5 Prozent – und der Trend hält an. Dabei handelt es sich größtenteils um Top-Qualifizierte, die dem deutschen Arbeitsmarkt und damit der Wirtschaft als Leistungsträger fehlen.

Wie die Beratungsgesellschaft Ernst & Young in einer Studie deutlich machte, wollen auch immer mehr Studenten im Ausland beruflich durchstarten. „Die Bereitschaft, ihr familiäres oder studentisches Umfeld zu verlassen, hat bei Studierenden zugenommen“, sagt Jan-Rainer Hinz, Mitglied der Geschäftsführung und Leiter Personal bei EY der Zeitung „Die Welt“.

Die Beweggründe für die Auswanderlust sind recht unterschiedlich. Den meisten geht es um ein besseres Leben. „Besser“ heißt aber nicht einfacher. Denn Leistungsträger sind auch immer Leistungswillige, und die fühlen sich eben in dem jetzigen Deutschland ausgebremst. Wer was kann und etwas erreichen will, wird hier immer öfter schief angesehen oder gar mit Argwohn beäugt. Für rund 40 Prozent der Auswanderer sind es berufliche Gründe und Aspekte rund um die Karriere, warum man Deutschland verlassen will. Weniger Neid, mehr Anerkennung, bessere Aufstiegschancen stehen mit 86 Prozent ganz hoch im Kurs. Aber auch die Hoffnung auf weniger Bürokratie spielt eine große Rolle – 72 Prozent der Auswanderer erhoffen sich dies.

Ein Beispiel: Wer eine kleine Firma in Deutschland als GmbH gründen will, der muss zuerst 25.000 Euro Stammka-

pital als Einlage auf ein Geschäftskonto einzahlen. Unabhängig davon, dass es schon bei vielen klugen Köpfen an dieser Summe scheitert, steht man vor dem nächsten Problem. Wer es schon mal gemacht hat, der kennt das lauernde Dilemma: Geht man mit dem Geld zur Bank, kann man kein Geschäftskonto eröffnen, weil man noch keine Geschäftsunterlagen besitzt. Die aber bekommt man nur, wenn man wiederum ein Geschäftskonto eröffnet hat. Schuster Voigt aus dem Hauptmann von Köpenick lässt schon grinsen! Wer schon einmal eine GmbH-ähnliche Unternehmung in den USA gegründet hat, weiß, wie einfach es sein kann. Denn eine Limited Liability Company (LLC) – ein Mix aus Personen- und Kapitalgesellschaft – lässt sich für rund 500 US-Dollar über einen entsprechenden US-Anwalt oder noch günstiger über die Onlineseite der amerikanischen Finanzbehörde IRS gründen. Danach kann man bei jeder US-Bank ein Geschäftskonto eröffnen – ohne die Einzahlung horrenden Summen. Das alles ist an einem halben Tag erledigt. Man kann sich vorstellen, dass allein dieser Umstand viele Menschen lockt, woanders selbstständig zu werden, statt in Deutschland.

Aufgrund dessen sind auch die Startchancen ungleich erfolgversprechender. Ein weiterer Auswanderungsgrund ist die Bildung und das hier immer weiter sinkende Niveau. War Deutschland einst Garant für beste Ausbildung, produziert unser Schulsystem nur noch haufenweise Pisa-Versager. Das unentwegte Absinken des Niveaus und die Verbannung jeglicher Leistungskultur lässt die Leistungswilligen flüchten. Und die neuen Bildungschancen wollen Auswanderer dann auch ihren Kindern bieten. Weitere Gründe, das Land zu verlassen, sind zu hohe Steuern und Abgaben, staatliche Bevormundung, und selbst das Wetter spielt eine Rolle.

Innerhalb Europas ist die Schweiz vor Österreich und Norwegen das beliebteste Auswanderungsland der Deutschen. Im Bereich Übersee sind es immer noch die USA, die mit ihrem Versprechen vom amerikanischen Traum leistungshungrige Menschen anziehen. Man kann auch sagen: Lieber New York als Neukölln.



Trotz ihres unsinnigen Gesetzes: Ina Brandes (CDU) hatte ihren Spaß bei der Debatte um das widersinnige Hochschulgesetz

LEITARTIKEL

Sturm gegen NRW-Gesetz

HERMANN MÜLLER

In einem universitären Seminar zum Antidiskriminierungsrecht wurde die Frage aufgeworfen, ob starkes Übergewicht als Behinderung angesehen werden müsse. Das führte zu der Beschwerde, dass das Gespräch über Adipositas bei einigen Studenten Unbehagen ausgelöst habe. Was bislang noch eher Anlass für Gelächter oder Kopfschütteln bietet, könnte bald das Karriereende einer Lehrkraft besiegeln, wenn das geplante neue „Hochschulstärkungsgesetz“ in Nordrhein-Westfalen tatsächlich in Kraft tritt. Dann besäßen die Universitäten des schwarz-grün regierten Bundeslandes das Recht, dem Verantwortlichen für den angeblichen „Übergriff“ das Betreten der Uni zu verbieten sowie sämtliche Lehr- oder Prüfungsbefugnisse zu entziehen – und zwar bereits im bloßen Verdachtsfall.

Mit anderen Worten: Jeder, der sich an einer Universität in NRW benachteiligt fühlt, weil sein „sozialer Geltungsanspruch“ oder seine „persönliche Lebensgestaltung“ nicht ernst genug genommen wird, hätte künftig die Möglichkeit, Mit-

studenten, Kollegen, Vorgesetzte und Lehrkräfte zu denunzieren und beruflich sozial ins Aus zu katapultieren.

Normalerweise müssten jetzt alle Studenten und Universitätsangehörigen in NRW Sturm gegen diesen Orwellschen Gesetzentwurf laufen, der noch 2025 gel-

zugunsten unzähliger selbst ernannter Opfergruppen verkommen. Denn bislang machten lediglich 121 Juraprofessoren Widerspruch gegen das juristische Monstrum geltend, für das nicht etwa eine ideologisch verbohnte und verbotsbesessene grüne Ministerin verantwortlich zeichnet, sondern die CDU-Karrierefrau Ina Brandes.

Dabei nehmen die Lehrstuhlinhaber, die gegen das Vorhaben opponieren, kein Blatt vor den Mund, was zeigt, dass zumindest in den juristischen Fakultäten zwischen Bielefeld und Bonn noch einiges an Zivilcourage vorhanden ist. Professoren wie der renommierte Verfassungsrechtler Julian Krüper von der Ruhruniversität Bochum haben vollkommen recht, wenn sie Brandes attestieren, sie wolle an den Hochschulen in NRW durch die „starke Subjektivierung der Eingriffstatbestände die Freiheit von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium“ beschneiden.

Auch in diesem Fall gilt daher wieder einmal: Infame Denksätze in Kombination mit handwerklichem Dilettantismus führen geradewegs ins reale Chaos.

„Hier wird die Freiheit von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium beschnitten“

tendes Recht werden soll. Doch offenbar haben viele angehende oder gestandene Akademiker kein Problem mit Hochschulen, welche von Orten der intellektuellen Freiheit zu staatlich regulierten Zwangsanstalten mit Rede- und Denkverboten

NACHRUF

Jimmy Carter – der beliebte Ungeliebte

Über Tote soll man bekanntlich nicht schlecht sprechen. Aber die Wahrheit sollte es dennoch sein. Umso mehr wunderte man sich, als nach dem Tod des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter am 29. Dezember eine wahrhafte Glorifizierung stattfand, die den Mann aus Georgia über den grünen Klee lobte.

Tatsache ist, dass er es 1978 schaffte, die beiden Erzfeinde Ägypten und Israel mit ihren damaligen Staatspräsidenten Anwar as-Sadat und Menachem Begin in Camp David an einen Tisch zu bringen, was im März 1979 im israelisch-ägyptischen Friedensabkommen gipfelte. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Carter dabei lediglich nur noch die zuvor geleistete Arbeit von US-Außenminister Henry Kissinger zu finalisieren brauchte.

Ansonsten war seine vierjährige Amtszeit geprägt von ausufernden Staatsschulden, extremer Wirtschaftsflaute, hohen Arbeitslosenzahlen, ebenso hoher Infla-

tion, US-Geiseln im Iran und dem Einmarsch der Russen in Afghanistan. Experten sprechen bis heute von einem innenpolitischen Komplettversagen der vom Demokraten Carter geführten Regierung und einem außenpolitischen Desaster.

Die Quittung erhielt der stets freundlich lächelnde frühere Erdnussfarmer bei den US-Wahlen 1980. Der ihn an Charis-

ma, Sachverstand und politischem Gespür überlegene Kontrahent Ronald Reagan gewann in 44 US-Bundesstaaten teilweise haushoch. Für Carter votierten hingegen nur sechs.

Doch der krachend abgewählte Demokrat blühte nach seiner politischen Karriere erst richtig auf. Das soziale Engagement des gläubigen Katholiken war einzigartig. Er baute Häuser für Obdachlose, legte dabei selbst Hand an, sammelte Millionen US-Dollar an Spenden und erhielt 2002 schließlich den Friedensnobelpreis für seine stetigen Bemühungen um den Frieden. So gründete er das Carter Center für Menschenrechte und war als Privatmann und privater Diplomat immer wieder als Vermittler in verschiedenen Konflikten von Afrika, Südamerika, im Nahen Osten im Golfkrieg als auch im Jugoslawienkrieg unterwegs. Carter wurde 100 Jahre alt und war bis dato der am längsten lebende Ex-US-Präsident. S.C.



Der Demokrat Jimmy Carter war von 1977 bis 1981 der 39. Präsident der Vereinigten Staaten

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Das Grundgesetz des Mittelalters

800 Jahre „Sachsenspiegel“ – Die deutsche Anwendung des mittelalterlichen Rechtsbuch endete erst vor 125 Jahren

VON MARTIN STOLZENAU

Am 1. Januar 1900 endete im deutschen Kaiserreich offiziell die Rechtsprechung auf der Grundlage des historischen „Sachsenspiegels“. Er wurde vom Bürgerlichen Gesetzbuch abgelöst. Der „Sachsenspiegel“ gilt neben dem Mühlhäuser Reichsrechtsbuch als das älteste Dokument der deutschen Rechtsgeschichte und erlangte europäische Bedeutung. Auf seiner Grundlage wurde außer im deutschen Reich auch in anderen Ländern lange Recht gesprochen.

Als Verfasser der Rechtsprosa gilt der ritterliche Schöffe Eike von Repgow aus Anhalt, der in dem Werk den Grafen Hoyer von Falkenstein, den damaligen Stiftsvogt von Quedlinburg, als seinen Lehnsherrn bezeichnet. Die Ausarbeitung mit vielen Abbildungen nahm Repgow wohl vor rund 800 Jahren auf der Burg des Grafen, dem Falkenstein im Harz, vor.

Im Vorwort formulierte der Autor: „Spiegel der Sachsen / Soll dieses Buch sein genannt, / Darin der Sachsen Recht ist bekannt, / Wie in einem Spiegel die Frauen Ihr Antlitz pflegen zu schauen.“ Repgow verdeutlichte zudem seine Absicht, „die Pflicht gegenüber dem Recht lehren“ zu wollen. Das Buch, das aus einem Land- und einem Lehnrechtsteil besteht und mutmaßlich nach einer der ersten, nicht erhaltenen lateinischen Fassung von 1220/21 um 1227 von Repgow ins Niederdeutsch-Elbstfälische seiner Heimat übersetzt wurde, fand in Abschriften besonders im Sog der vielgestaltigen Übernahme des „Magdeburger Stadtrechts“ schnelle Verbreitung im ganzen Reich sowie auch in Teilen Europas wie den Niederlanden, Polen, dem Baltikum oder Russland. Das Buch legt erstmalig Land- und Lehnrecht schriftlich fest. Damit wurde es zum Vorbild für andere mittelalterliche deutsche Rechtsschriften wie den „Schwabenspiegel“ von 1275 oder den „Deutschenpiegel“, ebenfalls um 1275 entstanden.

Über Eike von Repgow wurde viel geschrieben und spekuliert. Neben seiner Buchschöpfung sind allerdings nur wenige Fakten aus seinem Leben quellenmäßig gesichert. Vieles in früheren Darstellungen beruht auf Zuschreibungen. Nachgewiesenermaßen entstammte er einer



Wertvolle Abschrift aus dem Jahr 1385: Eine aufgeschlagene Seite des „Sachsenspiegel“

Bild: imago/Funke Foto Services

edelfreien Familie aus Reppichau zwischen Dessau und Köthen in Anhalt, wo er um 1180 geboren wurde. Aus seiner für damalige Verhältnisse ungewöhnlichen Bildung, die durch den „Sachsenspiegel“ dokumentiert ist, lassen sich mit Sicherheit privilegierte Ausbildungsstätten schließen wie eine Klosterschule seiner anhaltinischen Heimat und die Domschulen von Halberstadt oder Magdeburg.

Repgow beherrschte die lateinische Sprache und kannte sich bestens in der lateinischen sowie frühen deutschen Dichtung aus. Darüber hinaus verfügte er über sehr gute Kenntnisse zur Bibel und war bis ins Detail mit dem überlieferten Gewohnheitsrecht und dessen Rechtsanwendung im Gerichtsgebrauch vertraut.

Ketzerische Rechtsinhalte

Ein Mann mit seinen Kenntnissen war sicherlich nicht nur der Vertraute seines Lehnsherrn, des Stiftsvogtes von Quedlinburg, sondern auch ein Berater der damals mächtigen Askanier, die unter Albrecht dem Bären bis 1170 zwischen Alt-

mark und Thüringen sowie Unterelbe und Oder herrschten, ehe das riesige Territorium im Erbgang zersplittert wurde.

Zu Repgows Lebenszeit regierte über den anhaltischen Teilbesitz Fürst Heinrich I., ein Enkel Albrechts, der sich Graf von Ascharien sowie Fürst von Anhalt nannte und in die Literaturgeschichte als Minnesänger Eingang fand. 1212 trat er im Stammland der Askanier die Nachfolge an. Damit war Heinrich I. auch Landesherr des Grafen Hoyer von Falkenstein, auf dessen Burg der Legende nach Repgow den „Sachsenspiegel“ geschrieben haben soll. Mit großer Wahrscheinlichkeit hatte Repgow dank Hoyer als Quedlinburger Stiftsvogt Zugang zur umfangreichen Stiftsbibliothek gehabt, was für den Autor unverzichtbar war.

Bis heute ist aber, abgesehen von der bewiesenen Lehnsabhängigkeit zum Grafen Hoyer, der exakte Status von Repgow unklar. In vielen Schriften wird ihm die Ausübung des Schöffenamtes am Falkensteinischen Landgericht zugeschrieben, was seine detaillierten Rechtskenntnisse

erklären würde. Doch selbst für dieses Schöffenamts fehlt ein eindeutiger Quellenachweis.

Zu Repgow sind insgesamt sechs Urkunden überliefert, die aus der Zeit zwischen 1209 und 1233 datiert sind und ihn als Zeugen in Rechtssachen benennen. Für 1227 ist der Erwerb eines Stadthauses in Magdeburg erwiesen, was häufige Aufenthalte in der erzbischöflichen Residenz vermuten lässt. Andererseits deuten Formulierungen im Rechtsbuch auf eine eher kritische Haltung zur Kirche hin. So ist davon die Rede, dass „der Mensch durch Gott frei geschaffen“ worden sei, „Unfreiheit nicht von Gott“ komme. Hinzu kommt eine eindeutige Zurückweisung unangemessener kirchlicher Ansprüche.

Da wundert es nicht, dass vom damaligen Papst allein 14 Artikel des Rechtsbuches als „ketzerisch“ verdammt wurden. Doch dieser römische Einspruch konnte dessen Verbreitung nicht aufhalten.

Neben den Rechtsinhalten umfasst der frühe „Sachsenspiegel“ Illustrationen, welche die Handlungsanweisungen bild-

haft ergänzen. Die Palette reicht von der Darstellung der drei Stände sowie von Randgruppen außerhalb dieser Struktur und die Welt der Adligen in ihrer Vielschichtigkeit über den Gerichtsalltag mit Gerichtsherren, Schöffen, Gerichtsdienner, Schergen sowie Henker bis zu Gerichtsurteilen mit dem Dieb am Galgen und Verurteilten, die gerädert werden.

Auffällig ist allerdings, dass in der Rechtsprosa die Bereiche des Dienst-, Hof- und Stadtrechtes fehlen. Das Buch ist in vier frühen Bilderhandschriften, die sich in Dresden, Oldenburg, Wolfenbüttel sowie Heidelberg befinden, zahlreichen späteren Abschriften und Drucken sowie in einigen Fragmenten überliefert. Im Jahr 2002 erschien der „Sachsenspiegel“ als Band 3355 in Reclams Universal-Bibliothek letztmalig als Nachdruck.

Einige besonders progressive Rechtsgrundsätze fanden ihren Niederschlag sogar in der bundesdeutschen Rechtsprechung. Dazu gehören die Artikel über die „Schuldunfähigkeit für Schwangere sowie Geistesranke“ und die „Wirkungslosigkeit von in Unfreiheit abgegebenen Versprechen“. Ebenso dazu zählt der „Grundsatz vom rechtlichen Gehör“, das „Widerstandsrecht“ und das „Gleichheitsprinzip“, das die Forderung nach Gerechtigkeit gegenüber jedermann beinhaltet.

Zuletzt berief sich ein Lübecker Gericht 1988 in einem Rechtsstreit um einen Schatzfund unter der Erde auf Repgow. Im Sachsenspiegel heißt es unmissverständlich: „Jeder Schatz, unter der Erde begraben tiefer denn ein Pflug geht, gehört der königlichen Gewalt.“

In den vergangenen Jahrhunderten entstanden viele Schriften, die sich mit der Rechtsprosa befassen. In Reppichau, auf Burg Falkenstein im Harz, in Dessau, Magdeburg und Halberstadt erinnern Denkmäler an den Autor, der vermutlich in der zweiten Jahreshälfte 1233 gestorben ist. Das exakte Todesdatum und die Grablage sind heute unbekannt.

Dafür erinnert in Berlin der Repgow-Platz an den Autor des „Sachsenspiegel“. Bis ins 20. Jahrhundert gehörte eine Marmorbüste des Rechtsgelehrten zur Denkmalgruppe IV für den Brandenburger Markgrafen Albrecht II. in der ehemaligen Berliner Siegesallee. Und im Nordflügel des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig gibt es eine Repgow-Skulptur.

KINO

Versöhnung mit der Vergangenheit

Filmstart von „A Real Pain“ – Mit einer berührenden Reise durch Polen versuchen zwei Cousins, ein familiäres Trauma zu bewältigen

Heimatvertriebene und deren Angehörige kennen diese Sehnsucht: einmal die Welt der familiären Wurzeln zu besuchen. Es dient vor allem dem eigenen Seelenheil, um einen inneren Frieden zu finden mit dem, was die Familie durchmachen musste und was noch 80 Jahre später bei Söhnen, Töchtern, Enkeln nachwirkt.

Offene Wunden tragen auch die zwei jungen Vertreter einer Bekenntnisgeneration mit sich herum, die in dem Kinofilm „A Real Pain“ („Ein echter Schmerz“, Kinostart am 16. Januar) von New York aus in die Republik Polen reisen. Die beiden Cousins begeben sich auf die Spuren ihrer verstorbenen jüdischen Großmutter, die den Holocaust überlebt hat und nach dem Krieg in den USA ein neues Zuhause fand.



Abschied vom besten Kumpel: Benji (Kieran Culkin, l.) und David (Jesse Eisenberg)

In Warschau treffen David und Benji zunächst auf eine kleine Reisegruppe, mit der sie historische „Sehenswürdigkeiten“ abklappern. Man sieht sie im Warschauer Ghetto und bei Selfies vor deren Mahnmalen, bei der Besichtigung eines jüdischen Friedhofs und – nach einer wirren Zugfahrt nach Lublin – im Konzentrationslager Majdanek. Nachdem sie sich von der übrigen Gruppe getrennt haben, lassen sich die Cousins von Lublin aus mit dem Taxi zum Endpunkt ihrer Reise bringen: dem kleinen Ort, in dem ihre Großmutter lebte, bevor sie deportiert wurde.

Viel Spektakuläres passiert auf diesem nostalgischen Road-Trip nicht. Es ist vor allem das brüderliche Verhältnis der beiden Protagonisten, das hier hervorsteht

und in dem sich das Trauma der Vergangenheit manifestiert. Man hält zusammen, egal was passiert. Vor allem der von Kieran Culkin gespielte Benji glänzt als neurotischer Kiffer, der einen Suizidversuch überstanden hat und durch auffälliges Sozialverhalten manche Konventionen sprengt, so als wolle er seiner Großmutter posthum Gerechtigkeit widerfahren lassen. Vor einer Woche wurde Culkin dafür mit dem Golden Globe belohnt.

Auf den Leib geschrieben hat ihm diese Rolle der Schauspieler Jesse Eisenberg der den bedächtigen, um Ausgleich bemühten David spielt. Der aus dem Film „The Social Network“ bekannte Eisenberg hat auch Regie geführt in dieser berührenden Reise in die Vergangenheit. H. Tews

„EMDEN“

Erster neuer Kreuzer der Reichsmarine

Der Bau des ersten Kreuzers der Reichsmarine war geprägt und erschwert durch den vorangegangenen Ersten Weltkrieg und das Versailler Diktat, das den Krieg für das Deutsche Reich beendete. Deutschland war durch Kriegs- und Reparationslasten verarmt, und die Sieger beschränkten den Aufbau der Reichswehr nicht nur quantitativ, also hinsichtlich Menge und Größe, sondern auch qualitativ hinsichtlich der Effektivität und Modernität der Waffen.

1920 erließ der Chef der Admiralität, der Kommando- und Verwaltungsbehörde der Reichsmarine, die Weisung zu Entwurfs- und Planungsarbeiten für den ersten deutschen Nachkriegskreuzer. Am 8. Dezember des Folgejahres wurde auf der Reichsmarinewerft Wilhelmshaven der Kiel gelegt. Beim Neubau orientierte man sich an den Schiffen der ab 1914 gebauten „Cöln“-Klasse, der neuesten Kreuzer der Kaiserlichen Marine.

Gerne hätte man in Deutschland an einem der nach dem Weltkrieg noch vorhandenen unfertigen Rümpfe weitergebaut, aber das verboten die Siegermächte. Ebenso verboten sie die Verwendung moderner Zwillingslafetten zu einem der modernsten seiner Zeit gemacht hätten. So wurde eine Neuplanung mit wesentlich weniger effektiven Einzelgeschützen notwendig. Wenigstens verboten die Alliierten nicht, dass der Rumpf fast vollständig geschweißt und nicht mehr genietet wurde, was Gewicht einsparte.

Dafür trieb nun die von dem durch die Kriegs- und Reparationslasten gebeutelten Reich zwecks Abwälzung der Lasten auf seine eigenen Bürger betriebene Hyperinflation der Jahre 1922 und 1923 die Kosten für den Neubau in ungeplante Höhen und erschwerte eine solide Finanzierungsplanung. Die dadurch bewirkten Verzögerungen führten dazu, dass die „Emden“ erst am 7. Januar 1925 vom Stapel lief und am 15. Oktober des Jahres in Dienst gestellt wurde.

Für Modernisierungsarbeiten wurde sie 1933 bis 1934 kurzzeitig außer Dienst gestellt. Im Rahmen der Arbeiten wurde die Feuerkraft erhöht und die Feuerung der Dampfkessel von Kohle auf Öl umgestellt. Entsprechend der Planung wurde der Kreuzer insbesondere vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges primär als Schulschiff eingesetzt.

Vor 80 Jahren befand sich die „Emden“ zur Überholung in der Königsberger Schichauwerft. Um nicht in die Hände der vorrückenden Roten Armee zu fallen, wurde sie von dort mit den Särgen Paul von Hindenburg und seiner Ehefrau aus dem gesprengten Reichsherenmal Tannenberg von Eisbrechern nach Pillau geschleppt, wo das Passagierschiff „Pretoria“ die sterblichen Überreste übernahm. Für die „Emden“ ging es von Pillau aus eigener Kraft mit rund tausend Flüchtlingen an Bord weiter nach Kiel zur Fortsetzung der Werftarbeiten. Nachdem der Kreuzer dort von Bomben am 9./10. April 1945 schwer beschädigt worden war, wurde er in die Heikendorfer Bucht geschleppt und dort von der eigenen Besatzung erst auf Grund gesetzt und nach seiner Außerdienststellung am 26. April am 3. Mai schließlich gesprengt. 1948 wurden die Reste abgebrochen.

Manuel Ruoff



Insassen eines britischen Konzentrationslagers: Internierte burische Farmbewohner, überwiegend Frauen und Kinder

SÜDAFRIKA

Der Burenkrieg wird asymmetrisch und schmutzig

Vor 125 Jahren garieten die bis dahin siegreichen Buren gegen die Briten in die Defensive und gingen daher zur Guerillataktik über. Die Gegner reagierten mit verbrannter Erde und Konzentrationslagern

VON WOLFGANG REITH

Zu Beginn des Jahres 1899 betrug die Stärke der britischen Truppen in Südafrika 7000 Mann. Im August erfolgte eine Verstärkung um 2000 und im September eine weitere um 10.000 Mann. Dies konnte als Anzeichen dafür gesehen werden, dass die Briten sich auf einen Krieg mit den Buren vorbereiteten. Der brach dann am 11. Oktober 1899 auch tatsächlich aus (siehe PAZ vom 11. Oktober 2024). An jenem Tag befanden sich bereits 27.000 britische Soldaten im Feld und weitere Verstärkungen wurden erwartet. Am 31. Oktober traf der neue Oberbefehlshaber, General Redvers Henry Buller, mit einem Armeekorps in Kapstadt ein. Dadurch stieg die Truppenstärke auf 50.000 Mann an. Dieser Streitmacht standen anfänglich 46.000 burische Kämpfer entgegen.

Beide Seiten standen zunächst in Abwehrstellung. Doch schon bald konnten die Buren trotz ihrer leichten zahlenmäßigen Unterlegenheit einige spektakuläre Siege erringen. So gelang es Piet Joubert, dem Generalkommandanten der Südafrikanischen Republik, die Briten, die sich nach einer Niederlage auf die Ortschaft Ladysmith zurückgezogen hatten, zu belagern, während Burengeneral Piet Cronjé gleichzeitig Mafeking belagerte, wo sich 5000 Briten befanden. Damit waren plötzlich mehr als vier Fünftel der britischen Streitkräfte eingeschlossen. Zur Entlastung der Belagerten kam es zu weiteren Truppenverstärkungen aus Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland und Indien. Dennoch erlitten die Briten in der sogenannten Schwarzen Woche, der zweiten Dezemberwoche 1899, an gleich drei Fronten schwere Niederlagen. General Buller, der die immer noch in Ladysmith eingeschlossenen Einheiten entsetzen sollte, gelang es trotz einer Streitmacht von 23.000 Mann und 72 Geschützen nicht, den aus 5000 Buren bestehenden Belagerungsring zu durchbrechen, die sich durch eine überlegene Treffsicherheit auszeichneten. Nachdem er zehn Geschütze verloren und

1100 Gefallene zu beklagen hatte, zog sich Buller mit dem Rest seiner Armee zurück.

Das war die Stunde der Gamechanger. Zu jenem Zeitpunkt befanden sich bereits zwei zusätzliche Divisionen auf dem Weg nach Südafrika, und eine dritte war abfahrbereit. Gleichzeitig nahm man einen Wechsel im Oberbefehl vor. General Buller wurde durch Feldmarschall Frederick Sleigh Roberts und dessen Generalstabschef, Horatio Herbert Kitchener, ersetzt. Am 20. Dezember 1899 ernannt, kamen die beiden in Kolonialkriegen bewährten Offiziere zusammen mit weiteren Truppenverstärkungen von 60.000 Mann am 10. Januar 1900 in Kapstadt an und planten sofort ihren Feldzug. Ende Januar bestanden ihre Streitkräfte inzwischen aus 97.698 Mann, mit denen man gezielt gegen die Kommandos der Buren vorging. Dadurch trat die Wende im Kriegsverlauf zugunsten der Briten ein.

Wechsel im Oberkommando

Am 11. Februar eröffneten Roberts und Kitchener eine Offensive mit insgesamt 30.000 Mann. In der Schlacht am Paardeberg vom 18. bis zum 27. Februar konnten die 5000 Buren unter General Cronjé der Übermacht des Gegners letztlich nicht standhalten und mussten kapitulieren. Und dann ging der britische Vormarsch

rasch weiter. Bereits am 13. März 1900 wurde Bloemfontein besetzt und am 24. Mai der Oranje-Freistaat zum britischen Territorium erklärt. Eine Woche später, am 31. Mai, fiel Johannesburg, und am 5. Juni zog Roberts, der inzwischen ein Heer von 100.000 Mann befehligte, in das fast gänzlich geräumte Pretoria ein. Der Widerstand der Buren schien gebrochen. Am 1. September 1900 wurde auch die Südafrikanische Republik annektiert und zur britischen Kronkolonie Transvaal.

Angesichts der erdrückenden zahlenmäßigen Unterlegenheit hatte der Kriegsrat der Buren bereits am 17. Mai des Jahres bei einem Treffen beschlossen, von offenen Feldschlachten zu einem den Gegner zermürbenden Guerillakrieg überzugehen. Die eigene Streitmacht sollte künftig als kleine, unabhängige Einheiten agieren, was ihnen größere Beweglichkeit ermöglichte. General Christiaan de Wet hatte diese Taktik bereits zuvor praktiziert, als er immer wieder unberechenbar zuschlug und so mehrere kleine Siege gegen die Briten errang.

Gleichwohl meldete Roberts Anfang September 1900 nach London, der Krieg sei mehr oder weniger siegreich beendet. Als er dann aber sah, dass der Widerstand der Buren ungebrochen war, ordnete er an, alle Farmhäuser an den Bahnlinien nieder-

zubrennen. Damit gestand er ein, dass der Krieg auf militärischem Wege nicht zu gewinnen war. Am 27. November 1900 verließ Roberts Südafrika, und sein bisheriger Stabschef Kitchener folgte ihm als Oberkommandierender.

60.000 Man Verstärkung

„Der Revolutionär schwimmt im Volk wie ein Fisch im Wasser“, formulierte es einst Mao Zedong. Lässt man sich auf dieses Bild des chinesischen Kommunisten und Theoretikers des Guerillakrieges ein, dann versuchte Kitchener bildlich gesprochen, den Burenkämpfern das Wasser abzugraben. Er führte die vor ihm bereits von den Briten begonnene Taktik der verbrannten Erde fort, mit der dem Feind allmählich die Basen entzogen werden sollten. Die Farmen in den Guerillagebieten wurden zerstört, die Ernten vernichtet und die Farmbewohner, vor allem Frauen und Kinder, in Konzentrationslagern (concentration camps) interniert.

Kitcheners Taktik enthielt auch Elemente aus „search and destroy“ (suchen und zerstören) sowie „clear and hold“ (säubern und halten). Einerseits ließ er berittene Kolonnen Burenkommandos aufspüren, jagen und neutralisieren. Andererseits ließ er systematisch Blockhäuser errichten, die anfangs an den Eisenbahnlinien die Bahnverbindungen sicherten und sich schließlich von dort aus wie ein Netz über das ganze Land erstreckten, um es sichern und befrieden zu können.

Die wohl umstrittenste Maßnahme waren die Errichtung und der Betrieb der Konzentrationslager, ein von Kitchener selbst eingeführter Begriff. Nicht ohne Grund zogen sie einen Sturm der Entrüstung in aller Welt nach sich. Denn schlechte Ernährung, mangelnde Hygiene und unzureichende ärztliche Betreuung führten zu Krankheiten und Epidemien, die bis zum Ende des Krieges rund 25.000 Frauen und Kindern das Leben kosteten. Im Oktober 1901 zählte man in 40 Lagern 118.000 Weiße, darunter 74.000 Frauen und Kinder, zudem 43.000 Schwarze. Und je mehr Menschen aufgenommen wurden, desto katastrophaler wurde die Situation. Die liberale Opposition im britischen Parlament sprach von „barbarischen Methoden“, und selbst Alfred Milner, Gouverneur der Kapkolonie, der auch die beiden annektierten Gebiete verwaltete, räumte ein, dass die Einrichtung solcher Lager wohl ein Fehler gewesen sei.

Die kriegsgefangenen burischen Kämpfer wurden in entfernte Regionen des Empires abtransportiert, so etwa nach Indien, Ceylon, Bermuda oder St. Helena. In dortigen Lagern befanden sich bei Kriegsende noch 26.600 Männer.

Gleichwohl ging der „Kleinkrieg“ der Buren, wie man die Guerillaaktionen damals bezeichnete, mit unverminderter Härte weiter. Anfang 1901 gab es immer noch fast täglich Überfälle auf britische Militäreinrichtungen und Eisenbahnlinien. Im Laufe des Krieges entwickelten die Buren ihre Streitkräfte zu einer echten „Volksarmee“. Jungen im Alter von neun Jahren kämpften an der Seite ihrer Väter und Großväter. Zwar waren sie im Gegensatz zu den Briten schlecht ausgerüstet, hatten aber den Vorteil, dass sie das Gelände kannten, ausgezeichnete Reiter waren und vorzüglich mit ihren Handfeuerwaffen operierten.

Auf burischer Seite kämpften während des dreijährigen Krieges rund 52.000 Mann, davon 30.000 aus der Südafrikanischen Republik, 20.000 aus dem Oranje-Freistaat und 2000 sogenannte Rebellen aus der Kapkolonie und Natal. Die britischen Streitkräfte vor Ort hingegen zählten 550.000 bis 600.000 Mann. Diese haushohe quantitative Überlegenheit konnten die Buren nicht kompensieren. Das führte letztlich zum Ende des Krieges, obwohl etliche Generale der Buren im Feld unbesiegt blieben. Am 31. Mai 1902 wurde der Burenkrieg mit dem Frieden von Vereeniging beendet. Damit war auch das Ende der letzten Burenrepubliken Oranje-Freistaat und Südafrikanische Republik besiegelt.

Britische Oberbefehlshaber im Zweiten Burenkrieg



Redvers Buller wurde 1899 Oberbefehlshaber. Nach diversen Niederlagen wurde „Reverse Buller“ (Rückzugs-Buller) durch Frederick Roberts ersetzt.



Frederick Roberts brachte mit seinem Generalstabschef Herbert Kitchener und 60.000 Mann Verstärkung die Kriegswende zugunsten Englands.



Herbert Kitchener folgte im November 1900 Roberts im Oberbefehl, als jener nach England zurückkehrte in der Annahme, der Krieg sei bereits gewonnen.

ZWISCHENKRIEGSZEIT

Zehn Nadelstiche gegen einen Stadtstaat

In der Freien Stadt Danzig tobte vor 100 Jahren ein Machtkampf um die Rechte der Polnischen Post

VON FEDOR M. MROZEK

Am 5. Januar vor 100 Jahren staunten die Bürger der Freien Stadt Danzig nicht schlecht, als sie an zehn Häusern von polnischen Mitbürgern roter Briefkästen gewahrt wurden, auf denen als Emblem der weiße polnische Adler des großen Nachbarlandes prangte. Parallel zur Anbringung der polnischen Briefkästen begann die Herausgabe von Briefmarken für den Danziger Hafen, kenntlich gemacht durch den zusätzlichen Aufdruck „PORT GDANSK“ zu „POSCITA POLSKA“. Was zunächst wie eine lokale Petitesse daherkam, geriet in den folgenden Monaten zu einem Streitfall der Weltpolitik, der den UN-Vorläufer Völkerbund in Genf sowie den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag beschäftigen sollte.

Fünf Jahre zuvor, am 10. Januar 1920, war die alte deutsche Hansestadt an der Weichsel mit dem Inkrafttreten des Versailler Diktats aus dem Deutschen Reich herausgetrennt, unter den Schutz des Völkerbundes gestellt und am 15. November zur Freien Stadt Danzig erklärt worden. Deutschland hatte sich am 28. Juni 1919 dem Diktat der Siegermächte des Ersten Weltkrieges beugen und die zu über neun Zehntel von Deutschen bewohnte Stadt abtreten müssen, nachdem es sich vergeblich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 zugrundeliegenden 14 Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilson berufen hatte.

Als Kompromiss zwischen französischer Billigung und britischer Ablehnung einer Einverleibung in die Republik Polen war dann die Idee eines Freistaates in Versailles in den Artikeln 100 bis 108 verankert worden. Zur Posthoheit hieß es in Artikel 104, in einem Abkommen sei Polen „die Überwachung und Verwaltung des Post-, Draht- und Fernsprechverkehrs zwischen Polen und dem Hafen von Danzig zu gewährleisten“.

Vertragswidrige Ausdehnung

Demgemäß wurde die direkte Verbindung des Hafens mit Polen in der Pariser „Konvention zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig“ vom 9. November 1920 festgehalten, auf die sich auch die Verfassung des Stadtstaates vom 14. Juni 1922

bezieht, wenn sie mit Genehmigung des Völkerbundes die allgemeine Posthoheit in Artikel 57 für Danzig postuliert: „Das Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-, sowie Fernsprechwesen der Freien Stadt ist, unbeschadet des nach Artikel 104 des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 geschlossenen Abkommens, Angelegenheit des Staates.“

Den Umfang des polnischen Postwesens regelte am 24. Oktober 1921 das Warschauer Abkommen in seinen Artikeln 149 bis 168, woraufhin zunächst eine Paketsichtungsstelle in Weichselmünde etabliert wurde. Neben dem Paketdienst bearbeitete man Briefsendungen in geschlossenen Postbeuteln, und beide Versandarten bedienten den Postverkehr mit Polen sowie Übersee. Aus der Paket-

sichtungsstelle erwuchs am neuen Standort auf der Weichselinsel Holm am 1. November 1922 das Postamt „Gdansk Nr. 1“, das im Jahr darauf seinen dritten Standort am Hafenskanal fand. Das Ersuchen der polnischen Regierung nach einer Briefsichtungsstelle im Hauptbahnhof wurde zwar vom Hohen Kommissar Richard Haking abschlägig beschieden, jedoch vom Senat am 18. April 1923 bestätigt; sie erhielt den Namen „Gdansk Nr. 2“. Am 23. Oktober 1924 folgte das Postamt „Gdansk Nr. 3“ in dem von den Alliierten übereigneten Garnisonlazarett am Heveliusplatz. Dieses Backsteingebäude sollte am 1. September 1939 neben dem polnischen Munitionsdepot auf der Westerplatte internationale Berühmtheit als getarnte Festung erlangen.

Der Anschlag auf die Danziger Souveränität basierte auf der vertragswidrigen Ausdehnung des Postgebietes über den Hafen hinaus, denn die polnischen Postboten begannen sogleich mit der Zustellung im Stadtgebiet, und wurde zunächst vom Völkerbund auch mehrfach als Anschlag auf die Danziger Souveränität anerkannt. Auf Antrag des Senatspräsidenten Heinrich Sahn reagierte der Hohe Kommissar Mervyn MacDonnell sofort und forderte zunächst die polnische Regierung über deren Vertreter vor Ort auf, die Briefkästen wieder abzunehmen. Das verweigerte der polnische Generalkommissar.

Sodann drohte MacDonnell Warschau damit, gegebenenfalls den Danziger Senat zur Selbsthilfe zu autorisieren. Da Sahn

um Deeskalation bemüht war, schritt er nicht zur Tat, sondern forderte gar die Bevölkerung am 8. Januar auf, Anschläge auf die illegalen Briefkästen zu unterlassen: „Wer Danzig wahrhaft liebt, bewahrt die Ruhe!“ Besonders beliebt war zuvor die Bemalung der roten Kästen mit schwarzen und weißen Streifen gewesen, sodass sich das Bild der alten deutschen Nationalfarben ergeben hatte.

Völkerbundsrat knickt ein

Am 2. Februar erkannte der Völkerbundsrat in Genf formell auf einen Verstoß gegen die völkerrechtlich geltenden Verträge. Nach einem polnischen Revisionsbegehren delegierte der Völkerbundsrat am 13. März die Begutachtung an den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Dieses vom September 1922 bis April 1946 bestehende internationale Gericht entschied am 11. Mai 1925 weitestgehend zugunsten Polens.

Entgegen seiner früheren Auffassung schloss sich der Völkerbundsrat nun dem Haager Gutachten an, gemäß dem die polnische Post über den eigentlichen Hafen hinaus tätig werden dürfe. Und er ließ mit Hilfe eines Ausschusses ein Dreivierteljahr lang eine Karte ausarbeiten, gemäß der die Stadt überwiegend zum Hafengebiet gehöre.

Damit erfüllte sich eine Ankündigung des polnischen Staatspräsidenten Stanislaw Wojciechowski, der bereits im Mai 1923 eine härtere Gangart im Sinne einer Politik der Nadelstiche in Aussicht gestellt hatte: „... Polen ist seit Jahren bemüht, Danzig durch Wohlwollen und Zugeständnisse zu gewinnen. Diese Zeitepoche ist als beendet zu betrachten. Man muss Danzig all diejenigen lebenswichtigen Säfte unterbinden, die es Polen entnimmt, und dies so lange, bis in Danzig eine andere dauerhafte Richtung die Oberhand gewinnt, die keinen Kampf noch Entgegensetzung von Schwierigkeiten will, sondern eine loyale Zusammenarbeit sucht und Polen als Großmacht anerkennt, die an Danzig nicht nur geschriebene, sondern natürliche Rechte hat. Danzig hat nur zwei Wege, entweder einen Wirtschaftskampf mit Polen, in dem wir mit völliger Rücksichtslosigkeit Widerstand leisten werden, oder ein loyales Vorgehen der Freien Stadt gegenüber dem großen polnischen Reich.“



In der Zwischenkriegszeit ein Vorposten des großen Nachbarn im deutschen Stadtstaat: Briefkasten der Polnischen Post in Danzig

STAATSSYMBOLIK

Aus dem Reichs- wird der Bundesadler

Bundespräsident Theodor Heuss ordnete vor 75 Jahren die Übernahme des Wappens der Weimarer Republik an

Das deutsche Wappen ist das älteste heute noch bestehende europäische Hoheitszeichen. Die Wurzeln des Bundesadlers reichen bis in die Antike zurück, bis zu den goldenen Adlern der römischen Caesaren. Nach dem Untergang des weströmischen Imperiums trat das Heilige Römische Reich (deutscher Nation) dessen Nachfolge an, und dessen Kaiser stellten sich in die Tradition der römischen Imperatoren. Um diesen Anspruch auf Nachfolge zu bekräftigen, soll Kaiser Karl der Große auf seinem Palast zu Aachen einen metallenen, vermutlich goldenen Adler anbringen lassen haben.

Mit dem Aufkommen des Wappenwesens wurde im 12. Jahrhundert das Gold des Adlers zur Schildfarbe und der Adler aus Gründen des Kontrastes schwarz. Da Gold nicht auf Pergament haftet, wurde dazwischen das mennigfarbene Rot als

Grundierung verwendet. Dadurch, dass an der Grenze zwischen dem Gold des Wappenschildes und dem Schwarz des Adlers die Goldbeschichtung abblätterte und das Rot hervorkam, entstand die rote Bewehrung des Adlers.

Das sogenannte Alte Reich ging in den napoleonischen Kriegen unter. Sein Nachfolger, der Deutsche Bund, war eher ein Staatenbund denn ein Bundesstaat. Sieht man von der erfolglosen 48er Revolution ab, so stellte sich die Frage nach einem deutschen Staatssymbol ernsthaft erst wieder nach der Gründung des kleindeutschen Reiches im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71. Es wurde auf den Adler des Alten Reiches in seiner ursprünglichen einköpfigen Form zurückgegriffen.

Das Ende des Kaiserreiches überlebte der Adler, aber ohne die Beigaben, die auf

das Kaisertum der Hohenzollern und die privilegierte Stellung Preußens im Reich verwiesen, denn beide waren vergangen. Schlicht und modern, wie es dem Selbstverständnis der Weimarer Republik entsprach, sollte der Adler nun daher kommen. Nicht zuletzt für diese Aufgabe wurde extra das Amt des Reichskunstwarts erschaffen.

Mitte der 20er Jahre erhielt das deutsche Wappen seine heute gültige Form. 1926 wurde das heutige Bundeswappen von Tobias Schwab entworfen. Im darauffolgenden Jahr wurde es bei der Reichswehr eingeführt. 1928 benutzte es die deutsche Mannschaft erstmals bei den Olympischen Sommerspielen in Amsterdam. Noch im selben Jahr wurde Schwabs Kreation das Wappen des Reiches. Wenn das deutsche Wappentier ohne Umrahmung dargestellt wird, geschieht dieses

bis zum heutigen Tage meist in einer sechseckigen Stilisierung. Hierfür lieferte Sigmund von Weech 1920 den Entwurf.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten konzentrierten sich diese darauf, Schwarz-Rot-Gold durch Schwarz-Weiß-Rot zu ersetzen. Das Wappentier des Reiches versahen sie erst allmählich mit ihrem Hakenkreuz. Das kann zu dem für einen in der Bundesrepublik aufgewachsenen Historiker verblüffenden Plänen führen, dass ihm in einem historischen Dokument aus der Zeit des Nationalsozialismus die Unterschrift einer NS-Größe in Kombination mit dem ihm seit Kindheitstagen vertrauten Bundesadler zu begegnen scheint.

Gründe für diesen scheinbaren Widerspruch sind neben der partiellen Trägheit der Nationalsozialisten bei der Nationalsozialisierung der Weimarer Staats-

symbolik das Streben der zweiten deutschen Republik, bis auf wesentliche machtpolitische Ausnahmen und Brüche grundsätzlich an die Traditionen der ersten anzuschließen. Analog zu einer Bekanntmachung des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert vom 11. November 1919 gab der erste Bundespräsident Theodor Heuss am 20. Januar 1950 in Abstimmung mit der Bundesregierung bekannt, „daß das Bundeswappen auf goldgelbem Grund den einköpfigen schwarzen Adler zeigt, den Kopf nach rechts gewendet, die Flügel offen, aber mit geschlossenem Gefieder, Schnabel, Zunge und Fänge von roter Farbe. Wird der Bundesadler ohne Umrahmung dargestellt, so sind das gleiche Bild und die gleichen Farben wie beim Adler im Bundeswappen zu verwenden, doch sind die Spitzen des Gefieders nach außen gerichtet.“

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Antifaschistische Aktion (Antifa) terrorisiert ihre Widersacher auf vielerlei Weise. Dazu gehört seit 1974 auch das Ausspionieren tatsächlicher oder vermeintlicher „Nazis“. Damals begann die „Antifa-Kommission“ des Kommunistischen Bundes mit systematischen Recherchen, in deren Folge immer wieder „Feindeslisten“ entstanden. Hierbei handelte es sich um Zusammenstellungen von Daten wie Namen und Wohnadressen sowie Angaben über Arbeitgeber, Treffpunkte, Hobbys und persönliche Schwachstellen von „Rechten“, zumeist ergänzt um Fotos der Betroffenen und mehr oder weniger offene Aufrufe zu Gewaltaktionen gegen diese Personen.

So hieß es in einem Antifa-Pamphlet, die „Faschisten ... sollen mit Schmerzen, Stress und Sachschaden rechnen und dadurch möglichst isoliert, gehemmt, desorganisiert und abgeschreckt werden“. Für den Verfassungsschutz ist dieses Vorgehen Teil der Strategie der Antifa, ein „Klima der Angst“ zu erzeugen, durch das „der politische Gegner um jeden Preis aus der Öffentlichkeit gedrängt und von der Bekundung unliebsamer Meinungen abgehalten“ werden solle.

Vor diesem Hintergrund kann nicht verwundern, dass rechtsradikale Gruppierungen wie der „Studentenbund Schlesien“ ab 1978 ebenfalls „Feindaufklärung“ betrieben, nicht zuletzt um – so der Publizist und NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler – „die Rufmord- und Nachredenzentralen der Linken sowie ihre ... Verleumdungsspezialisten zu benennen, zu kennzeichnen und öffentlich zu machen“.

Durchsetz von V-Leuten

Vier Jahre später gaben Personen aus dem Umfeld der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) dann eine Broschüre namens der „Der Einblick“ heraus, in der die Grundzüge der „Anti-Antifa-Arbeit“ skizziert und angebliche „Volksfeinde“ aufseiten der Linken enttarnt wurden. Daraus entwickelte sich eine eigenständige Anti-Antifa-Bewegung, deren Ziel „die endgültige Zerschlagung von Anarchos, Rot-Front und Antifa sowie die Ausschaltung aller destruktiven, antideutschen und antinationalistischen Kräfte in Deutschland“ sein sollte.

Nach dem zunehmend häufigeren Auftreten der sogenannten Autonomen Antifa und des dezidiert gewalttätigen „Schwarzen Blocks“ im Verlaufe der 1980er Jahre radikalisierte sich die rechtsextreme Szene in gleicher Weise, indem sie ab 1997 militante „Freie Kameradschaften“ bildete. Dazu kam später noch eine Professionalisierung der Anti-Antifa-Arbeit. So wurden die Sozialen Netzwerke im Internet ganz gezielt nach persönlichen Informationen über Gegner durchforstet und die Ergebnisse der Recher-



Auslöser für die „Anti-Antifa“: Aggressive Linksextremisten, hier auf einer Demo vergangenen Sommer in Hamburg

Bild: picture alliance/ABBfoto

EXTREMISMUS

Die rechtsextreme „Anti-Antifa“ – Realität oder Schattenboxen?

Seit Jahrzehnten propagieren Aktivisten vom rechten Rand eine aggressive Antwort auf linksextreme „Antifaschisten“ – Auch V-Leute des Verfassungsschutzes haben hier kräftig mitgemischt

chen dann von ausländischen Servern aus im Internet verbreitet, um die deutsche Justiz auszumanövrieren. Dabei fungierte die Website „Nürnberg 2.0“ als zentrale „Erfassungsstelle zur Dokumentation“ einer „systematischen und rechtswidrigen Islamisierung Deutschlands“ und sämtlicher „Straftaten linker Faschisten zur Unterdrückung des Volkes“. Besonders umfangreich geriet die Feindesliste der Gruppe Nordkreuz, die 2018 bereits mehr als 24.500 Namen von linken Aktivisten, Politikern und Künstlern sowie Helfern von Asylsuchern enthielt.

Im Januar 2021 gab das Bundeskriminalamt bekannt, dass es insgesamt 24 Auflistungen politischer Gegner mit mehr oder weniger direkten Gewaltaufrufen kenne, wobei das Amt aber keine Angaben zu den Urhebern machte. Dennoch schrieben die Medien diese Listen zumeist den „Neonazis“ zu. Auf jeden Fall erfolgte am 14. September 2021 die Einführung des Paragraphen 126a des Straf-

gesetzbuches, der das „gefährdende Verbreiten personenbezogener Daten“ mit bis zu drei Jahren Haft bedroht.

Allerdings bleibt offen, welche Rolle die Sicherheitsbehörden in dem Prozess der Eskalation bis 2021 gespielt haben, auf den der Gesetzgeber schließlich reagierte. Fest steht nur, dass auch V-Leute des Verfassungsschutzes in maßgeblicher Weise involviert waren. Ein typisches Beispiel hierfür ist Kai Dalek. Zunächst spionierte der gebürtige Berliner bis 1987 die linke Szene in West-Berlin für den Verfassungsschutz aus. Dann wechselte er aus privaten Gründen ins oberfränkische Marktrodach-Oberrodach, wonach ihn sogleich der bayerische Verfassungsschutz unter seine Fittiche nahm und auf Rechtsextremisten ansetzte.

Dalek gelang es dabei, in der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) des führenden deutschen Neonazis Michael Kühnen bis zum Vizechef aufzusteigen und 1990 auch die Leitung des

„Antikommunistischen Aktionsbündnisses“ (ANTIKO) innerhalb der GdNF zu übernehmen. Darüber hinaus engagierte sich Dalek gemeinsam mit einem weiteren V-Mann des Verfassungsschutzes namens Tino Brandt in der Anti-Antifa Ostthüringen, welche das konspirative Ausspähen und Bedrohen politischer Gegner über die Grenzen der einzelnen Bundesländer hinweg koordinierte.

Von „Zerschlagung“ keine Spur

Als ANTIKO-Chef baute Dalek ab 1993 unter dem Pseudonym „Undertaker“ das „Thule-Netz“ auf. In diesem Computernetzwerk für rechtsextreme Führungskader kursierten zahlreiche Personenprofile von „Feinden“ – verbunden mit der expliziten Aufforderung, den „Sumpf trocken-zulegen“. Eine der Listen Daleks aus dem Jahr 1999 enthielt Daten von mehr als 200 Personen des linken Spektrums „zum Verwenden und Verbreiten“. Der V-Mann, welcher angeblich bis zu 150.000 D-Mark

vom Verfassungsschutz erhalten hat, pflegte im Übrigen auch Kontakte zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU), der für zehn Morde und 43 Mordversuche verantwortlich gemacht wird.

Unabhängig von der Rolle solcher Personen wie Dalek an der Spitze der Anti-Antifa stellt sich natürlich auch die Frage nach der tatsächlichen Wirksamkeit dieser Gruppierung. Immerhin spricht der jüngste Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom Juni 2024 von 37.000 Antifa-Mitgliedern. Außerdem zeigen die Meldungen aller 17 deutschen Verfassungsschutzämter, dass bundesweit um die 50 Antifa-Gruppierungen existieren, die vom Inlandsgeheimdienst besonders intensiv beobachtet werden. Angesichts dieser Zahlen kann von einer „Ausschaltung“ oder „Zerschlagung“ der Antifa durch ihre Gegner auf der äußersten Rechten keine Rede sein – nüchtern betrachtet wirkten Anti-Antifa-Arbeit eher wie Schattenboxen.

GEHEIMDIENSTE

In der Grauzone des Rechtsstaats

V-Leute des Verfassungsschutzes spielen seit Jahrzehnten eine schillernde Rolle

Laut Grundgesetz ist die Bundesrepublik Deutschland ein Rechtsstaat. Deshalb existieren auch klare juristische Regelungen für den Einsatz von Vertrauensleuten beziehungsweise V-Männern der Sicherheitsbehörden. So handelt es sich bei diesen gemäß Paragraph 9b des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) um Privatpersonen, deren „planmäßige, dauerhafte Zusammenarbeit“ mit dem Verfassungsschutz vor Dritten geheim gehalten werde.

V-Leute sind also weder nur gelegentliche Informanten aus der Szene noch verdeckte Ermittler aus den Reihen der Behörden selbst. Dennoch agieren sie

rechtlich gesehen als sogenannte Verwaltungshelfer, die auf Weisung der sie „betreuenden“ staatlichen Institutionen tätig werden. Deshalb sind ihre Handlungen auch dem Staat zuzurechnen, weswegen diverse Einschränkungen gelten.

Beispielsweise dürfen V-Leute weder zur Gründung von verfassungsfeindlichen Gruppierungen noch zur „steuernden Einflussnahme“ auf solche eingesetzt werden. Vielmehr besteht ihre Hauptaufgabe in der „Aufklärung“. Daher kann von der strafrechtlichen Verfolgung „von im Einsatz begangenen Vergehen“ eigentlich nur dann abgesehen werden, wenn die Tat „zur Gewinnung und Sicherung der Infor-

mationszugänge unumgänglich war“ und keine „höhere Strafe als ein Jahr Freiheitsstrafe zu erwarten ist“ (Paragraph 9a Absätze 2 und 3 des BVerfSchG). Die Praxis sieht allerdings oft ganz anders aus, wie etliche Beispiele zeigen.

So tummeln sich in der hiesigen Islamistszene auch V-Leute, welche offensichtlich mehr als Aufklärung betreiben. Die meisten Details hierzu sind so geheim, dass selbst Untersuchungsausschüsse oder die Parlamentarischen Kontrollgremien für die Dienste auf eine Mauer des Schweigens stoßen.

Deutlich mehr Informationen drangen über die V-Leute im Umfeld linkerster-

roristischer Organisationen an die Öffentlichkeit. Zu diesen gehörte unter anderem Peter Urbach, der ab 1967 mit dem Berliner Verfassungsschutz kooperierte und die Rote Armee Fraktion (RAF) und ähnliche Gruppierungen mit Waffen oder Sprengstoffen versorgte. Eine seiner Bomben wurde 1969 für das fehlgeschlagene Attentat der Tupamaro-„Stadtguerillas“ auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin-Charlottenburg verwendet.

Ebenso aktiv waren V-Leute des Verfassungsschutzes in der NPD. Zeitweise arbeitete jeder siebte Funktionär der Partei für den deutschen Inlandsgeheimdienst. Dazu zählten unter anderem der

NPD-Vizevorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Frenz, der von 1961 bis 1995 für das dortige Landesamt spitzelte, Udo Holtmann, welcher als stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD sowie Herausgeber der NPD-Gazetten „Deutsche Stimme“ und „Deutsche Zukunft“ fungierte und von 1978 bis 2002 im Dienste des Bundesamtes für Verfassungsschutz stand, sowie Tino Brandt, ab 2000 stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Thüringen sowie Mitinitiator und Kopf des mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) verbundenen Netzwerkes „Thüringer Heimatschutz“.

W.K.

ALLENSTEIN

Aufregung um Neubau in der Altstadt

Gegner reichten Klage gegen das gläserne Gebäude ein – Brandschutzvorschriften nicht eingehalten

VON DAWID KAZANSKI

Seit Kurzem steht in der Kaiserstraße in Allenstein ein Gebäude, das manche erfreut und andere abstößt. Es handelt sich um ein modernes, verglastes Bauwerk, das zwischen zwei historischen Bürgerhäusern errichtet wurde: der „Villa mit den Drachen“ in der Kaiserstraße 6 und dem Bürgerhaus in der Kaiserstraße 7.

Die Entstehung des Neubaus geht auf das Jahr 2012 zurück. Der Eigentümer der Fläche, die den Anwohnern jahrelang als wilder Parkplatz diente, beantragte vor fast 13 Jahren eine Baugenehmigung. Bevor die Arbeiten beginnen konnten, führten die Anwohner jedoch einen Rechtsstreit mit dem Bauträger mit dem Argument, dass ein Gebäude an dem vorgesehenen Standort die Lebensqualität verschlechtern würde. Der Fall wurde in den folgenden sechs Jahren in verschiedenen Instanzen vor Gericht verhandelt.

Letztendlich verloren die Anwohner, und die Baugenehmigung wurde 2018 erteilt. Die ersten Bauarbeiten begannen im April 2023. Die Immobilie verfügt über eine Gesamtfläche von etwa 700 Quadratmetern, sie besteht aus fünf Stockwerken und ist mit den benachbarten historischen Häusern verbunden. An seiner höchsten Stelle ist das Gebäude zirka 16 Meter hoch. In dem Objekt sollen Gewerbe- und Einzelhandelseinheiten mit Wohnungen errichtet werden.

Anwohner verloren mehrmals

Einige Bewohner der Stadt vertreten die Auffassung, dass ein modernes Gebäude, das von geschichtsträchtigen Stadthäusern umgeben ist, den Charakter des Stadtzentrums beeinträchtigt. Viele Befürworter des Erhalts der historischen Substanz in der Stadtmitte bezeichnen den Neubau als Katastrophe und einen Verstoß gegen die Grundsätze des guten architektonischen Geschmacks. Befürworter einer Kombination verschiedener



Passt nicht in das Bild der historischen Altstadt: Das umstrittene Gebäude in der Kaiserstraße

Bild: D.K.

Baustile teilen die Empörung der Liebhaber klassischer Häuser nicht, für sie ist es ein Gebäude wie jedes andere. Dennoch scheint die Zukunft des errichteten Objekts fraglich, da im Oktober eine Strafanzeige bei der örtlichen Staatsanwaltschaft eingereicht wurde. Es geht um die Einhaltung der einschlägigen Brandschutzvorschriften. In der Entwurfsphase des Gebäudes, als die entsprechenden Gutachten erstellt wurden, wurde entschieden, dass die neue Immobilie als eine Erweiterung zwischen bestehenden Gebäuden entstehe, was in bestimmten Fällen ermögliche, eine Ausnahme von den baurechtlichen Normen der Brandsicherheit zu gewähren.

Solche Ausnahmen gelten für Aufbauten, Erweiterungen und Umbauten von Gebäuden. Bei der neu entstandenen Immobilie in der Kaiserstraße handele es sich jedoch um ein eigenständiges Objekt, betonte der Sachverständige der Kläger, und daher müssten die allgemeinen Brandschutzanforderungen in Bezug auf die Einhaltung bestimmter Abstände zwischen den Gebäuden erfüllt werden.

Nach den geltenden Vorschriften sollte der Sicherheitsabstand zwischen den Gebäuden mindestens acht Meter betragen. Bei dem modernen Gebäude sind es nur etwa 50 Zentimeter von der Grundstücksgrenze und der Wand des Mietshauses in der Kaiserstraße 6. „Die Baube-

hörde war nicht berechtigt, eine Baugenehmigung für das Bauvorhaben zu erteilen, da bei der Erteilung der Baugenehmigung ein falsches Verfahren (für den Erweiterungsbau und nicht für den Neubau) angewandt wurde und die Interessen der Eigentümer der Nachbargebäude verletzt werden. Es ist nicht gewährleistet, dass das im Rahmen des Projekts errichtete Gebäude keine Gefahr für die Anwohner darstellt und die Nachbargebäude nicht in einer das Eigentum gefährdenden Weise beeinträchtigt“, heißt es in der Stellungnahme des Brandschutzexperten aus dem Jahr 2023 auf die Fragen lokaler Journalisten, die über das umstrittene Gebäude berichteten.

MELDUNGEN

Fehlende Arbeitskräfte

Königsberg – Der Personalmangel im Bausektor der Pregelmetropole ist im Laufe des vergangenen Jahres um 36 Prozent gestiegen. Laut einer Veröffentlichung der Statistikfirma „Avito Works“ suchten Arbeitgeber vor allem Dachdecker, Maurer und Fliesenleger. Obwohl im Königsberger Gebiet Handwerker ein für russische Verhältnisse relativ gutes Gehalt von bis zu umgerechnet 700 Euro erzielen können, belegte die Region 2024 den dritten Platz in der Liste mit dem höchsten Anstieg vakanter Stellen in der Russischen Föderation. MRK

Kirche wird restauriert

Gerdaun – Die im Jahr 1345 erbaute Kirche von Gerdaun soll in diesem Jahr restauriert werden. Die Pächterin, Margarita Pyrko, gab an, dass es sich um erhaltende Maßnahmen mit „ein wenig Rekonstruktion“ handele. Für die Arbeiten wurde Geld aus dem Regionalhaushalt bereitgestellt. Neben dem Dach sollen die Ziegel restauriert, Buntglasfenster und Holztore eingebaut sowie die umgebende Landschaft verschönert werden. Die Fassade wird von Schmutz gereinigt und Schäden werden beseitigt. Seit 2007 hat die Kirche den Status eines Kulturerebes von regionaler Bedeutung. Eine Expertenkommission hat empfohlen, das Fundament zu verstärken, Risse im Gebäude zu reparieren sowie marode Balken zu ersetzen. MRK

Berichtigung In Folge 51/52 vom 20. Dezember 2024 steht in der Bildunterschrift oben: „Kirche Friedland heute und damals“. Richtig heißen muss es: „Kirche Tharau heute und damals“. Wir bitten diesen bedauerlichen Fehler zu entschuldigen.

LITAUISCHES PARLAMENT

Die „Morgenröte Memels“ zog in den Seimas

Die als populistisch geltende Partei wurde drittstärkste Kraft – Vorsitzender wegen antisemitischer Äußerungen in der Kritik

Die Partei „Morgenröte Memels“ („Nemunas aušra“) wurde im November 2023 in Memel gegründet. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2024 wurde sie auf Anhieb drittstärkste Kraft. Seit Dezember ist sie Teil der litauischen Regierung. „Morgenröte Memels“ stützt ihre politische Tätigkeit auf die Prinzipien des Liberalismus, die sich aus der Tradition der klassischen und neuzeitlichen politischen Philosophie und der in der christlichen Kultur geformten Vorstellung vom Individuum und dem Gemeinwohl ableiten, so heißt es auf der Homepage der neuen Partei.

Der Name der Partei symbolisiert den Memelfluss [Nemunas], den längsten Fluss der Republik Litauen. Die Memel wird von Flüssen aus Žemaitija, Suvalkija und Dzūkija gespeist, das sind die drei Landesteile Litauens. Die Symbolik Oberlitauens [Aukštaitija] ist im Parteiemblem abgebildet. Das Wort „Morgenröte“ symbolisiert das Memelgebiet, das mit den Büchern „Morgenröte“ von Jonas

Basanavičius und „Glocke“ von Vincas Kudirka verbunden ist. Mit Memel ist nicht nur der Fluss gemeint, sondern auch die Stadt Memel [Klaipėda]. Im Grunde ist die Partei, die in der am 12. Dezember vereidigten, neuen Regierung drei Experten-Minister stellt, eine Partei des Memellandes, denn drei der vier Spitzenpolitiker der Partei kommen aus dem Memelland.

Am 11. November 2023 fand der Gründungskongress der neuen Partei statt, und der umstrittene Politiker Remigijus Žemaitaitis aus dem benachbarten Heydekrug [Šilutė] wurde ihr Vorsitzender. Zur Gründungsversammlung waren 270 Delegierte erschienen, die von fast 3000 Gründungsmitgliedern der Partei ermächtigt wurden, die Partei „Morgenröte Memels“ zu gründen. Žemaitaitis wurde in geheimer Wahl zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

Žemaitaitis wurde 1982 in Heydekrug geboren. Nach dem Abitur am Gymnasium Heydekrug studierte er Jura in Wilna. Als Jurist ist er spezialisiert auf Handels-

recht. Er war als Berater des Wilnaer Bürgermeisters Juozas Imbrasas tätig, arbeitete als Berater der litauischen Mitglieder der EU-Parlaments Rolandas Paksas und Juozas Imbrasas. Von 2009 bis 2024 war er selbst Mitglied des litauischen Par-



Umstritten: Remigijus Žemaitaitis

laments, von 2018 bis 2019 als Stellvertretender Vorsitzender des „Seimas“ genannten Parlaments. Von 2009 bis 2016 war Žemaitaitis Vorsitzender des Ortsverbandes Schillehnen [Šilalė] der Partei „Ordnung und Gerechtigkeit“, von 2016 bis 2020 Vorsitzender der Gesamtpartei, und von 2020 bis 2022 Vorsitzender der Partei „Freiheit und Gerechtigkeit“. Zwei der drei Stellvertretenden Parteivorsitzenden kommen ebenfalls aus dem Memelland: Lina Šukytė-Korsakė war zuvor Vizebürgermeisterin von Memel, Daiva Žebeliene kommt ebenfalls aus Heydekrug.

Zwischen Mai und Juni 2023 postete Žemaitaitis vier antisemitische Kommentare auf Facebook, die von Politikern, der jüdischen Gemeinschaft Litauens und einer Reihe von Botschaftern in Litauen scharf kritisiert wurden. Litauen war in den 1920er Jahren das Land Europas mit dem höchsten Bevölkerungsanteil an Juden. Ende April 2024 trat der Politiker von allen Ämtern zurück, und im Mai ent-

schied das litauische Verfassungsgericht, dass er gegen die Verfassung des Landes verstoßen habe. Dennoch nahm Žemaitaitis an den Präsidentschaftswahlen 2024 teil und erreichte mit 9,28 Prozent der Stimmen den dritten Platz.

Nach den Wahlen vom Oktober 2024 ging die Partei „Morgenröte Memels“ eine Koalition mit den Sozialdemokraten und der DSVL, der Demokratenunion, ein. Präsident Gitanas Nausėda sagte zwar, er sehe Žemaitaitis nicht als Vizepremier in der künftigen Regierung, da dies Probleme wegen seiner Antisemitismusbelastung bei der Umsetzung einer „aktiven und effektiven“ Außenpolitik verursachen könnte. Um eine handlungsfähige Regierung zu bilden, musste Premierminister Gintautas Paluckas aber auf Žemaitaitis zurückgreifen. Eine Partei, die den Namen „Memel“ im Namen führt, hat es in Litauen seit den 1920er Jahren, als dieser Namen für die deutschstämmigen Bewohner des Memelgebiets stand, nicht mehr gegeben. B. Bost



Pohl, Margarete, geb. **Kalaszewski**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Christiansen, Kunigunde, geb. **Galda**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 10. Januar

Jeschke, Walter Otto, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

Konstanty, Adalbert, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar

Lange, Rudi, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

Piassek, Edith, aus Albrechtshof, Kreis Treuburg, am 11. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Suttka, Hildegard, geb. **Klask**, aus Wapltitz, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar

Trakowski, Gretchen, geb. **Pape**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bandilla, Rosemarie, geb. **Rompel**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 13. Januar

Gisewski, Werner, aus Abrahamsheide, Kreis Mohrungen, am 16. Januar

Horn, Otto, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. Januar

Kopitzki, Anneliese, geb. **Borowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

Raphael, Betty, geb. **Pollehn**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 15. Januar

Schoenig, Willi, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 12. Januar

Siering, Marianne, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 11. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Aarsen, Ruth van, geb. **Brandt**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 11. Januar

Keisker, Hildegard, geb. **Ostrowski**, aus Treuburg, am 12. Januar

Krohm, Luise, aus Ebenrode, am 11. Januar

Mack, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Januar
Rinio, Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 14. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Janz, Gerhard, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 16. Januar

Kalisch, Kurt, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar

Kalwa, Käte, geb. **Beutler**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

Kiko, Ursula, geb. **Wehmeier**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 13. Januar

Rohrmoser, Ingrid, geb. **Bernard**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Januar

Schnieder, Gerda, geb. **Scheffler**, aus Buchwalde, Kreis Mohrungen, am 15. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Jüngling, Hans-Joachim, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Januar

Kaleyta, Helga, aus Lyck, Danziger Straße 13, am 11. Januar

Keesen, Hannelore, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar

Klapper, Irmgard, geb. **Klimaszewski**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 10. Januar

Lange, Karl, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 12. Januar

Scherello, Gustav, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. Januar

Winter, Helga, geb. **Schulz**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 14. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Adaszewski, Elfriede, geb. **Wierczoch**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 10. Januar

Giehoff, Hans, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 14. Januar

Hildebrandt, Carolina, geb. **Schneider**, aus Goldbach-Süd, Kreis Wehlau, am 10. Januar

Martinat, Günter, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 14. Januar

Schickschneit, Kurt, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 13. Januar

Zusendungen für die Ausgabe 4/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 4/2025 (Erstverkaufstag 24. Januar) **bis spätestens Dienstag, den 14. Januar**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Wir gratulieren...

Plidder pladder - Regenschirm

Hochwertiger
Stockschirm
mit
Automatikfunktion,
100 cm
Durchmesser,
Kunststoffgriff und
Stahlstock,
Gewicht: 340 g

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@ostpreussen.de

Je
30,- Euro
incl. Porto und
Verpackung

Stern, Irmgard, geb. **Schirmacher**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Januar

Strack, Waltraut, geb. **Bathlo-mayzik**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 13. Januar

Tacke, Hertha, geb. **Hoffmann**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar

Teske, Martha, geb. **Fröse**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brangewitz, Willi, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar

Busch, Ursula, geb. **Sakrzewski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. Januar

Christochowitz, Heinz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 11. Januar

Jeschik, Karl, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 14. Januar

Kowallik, Ruth, geb. **Laskowski**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 14. Januar

Kristandt, Erna, geb. **Peysse**, aus Fischhausen, am 11. Januar

Matten, Heinrich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 14. Januar

Reimann, Renate, geb. **Frank**, aus Königsberg, Sternwartstraße 10, am 10. Januar

Schönherr, Marianne, geb. **Glowatz**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. Januar

Siegmon, Edith, geb. **Augustin**, aus Hasenberg/Eisingen, Kreis Wehlau, am 15. Januar

Splettstößer, Adeltraut, geb. **Lietke**, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 11. Januar

Terner, Alfred, aus Ebenrode, am 15. Januar

Waschkewitz, Paul, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Januar

Waschnewski, Heinrich, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 16. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Babarski, Gerhard, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 16. Januar

Czinczel, Werner, aus Lyck, am 14. Januar

Denhauser, Urte, aus Lyck, am 13. Januar

Gerteis, Hanne-Lore, geb. **Dietrich**, aus Lyck, am 14. Januar

Jeglinski, Bruno, aus Gusken, Kreis Lyck, am 11. Januar

Linka, Werner, aus Eichthal, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar

Pfaff, Renate, aus Königsberg, am 10. Dezember

Polutta, Siegfried, aus Keipern, Kreis Lyck, am 13. Januar

Rosenberger, Edeltraut, geb. **Andreas**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 16. Januar

Taudien, Christel, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 14. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Prydzuhn, Reinhard, aus Schwalgendorf, Kreis Treuburg, am 13. Januar

Sczapanek, Helmut, aus Schutt-schen, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Röttger, Alexandra, aus Hol-lenau, Kreis Ebenrode, am 11. Januar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Wirken Sie mit an der Stiftung.

Fund Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7202 0014 1001 8349 83
BIC: FUGKDE33



Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

15. bis 16. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

25. bis 27. April: Kulturseminar in Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrien

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

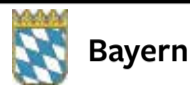
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Chronist; Donnerstag, 27. Februar, 17,30 Uhr: Last-Minute-Führung. Begleitprogramm zur Ausstellung im Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Mittwoch, 29. Januar, 18 Uhr: Jan Rüttinger, Kurator der Ausstellung am Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg, stellt Fritz Krauskopfs Leben, Schaffen und Nachwirken vor.



Bilder von Königsberg – Untergang einer Großstadt
Stuttgart – Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Schloßstraße 92, Führungen zur Ausstellung „Bilder von Königsberg – Untergang einer Großstadt“, Dienstag, 14. Januar, 17,30 Uhr: Erinnerungen an Königsberg; Montag, 17. Februar, 17,30 Uhr: Eine Großstadt und ihr fotografischer

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Jahresrückblick Hof – Sonnabend, 11. Januar, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Jahresrückblick.



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Ostpreußischer Gottesdienst Harburg – Sonntag, 12. Januar, 10 Uhr, Trinitatisgemeinde Harburg, St. Johanniskirche, Bremer Straße 9, erreichbar mit S-Bahn-Linien S3 und S5, Haltestelle Harburg-Rathaus: ostpreußischer Gottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Kaffee und Tee im Gemeindehaus ein.



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Bericht Darmstadt/Dieburg – Der Willkommens-Gruß von Jürgen Pantel, Gerhard Schröder und Christian Keller richtete sich an 35 Heimatfreunde die am 7. Dezember zu unserer vorweihnachtlichen Feier nach Darmstadt-Wixhausen ins Bürgermeister Pohl-Haus gekommen sind, und wünschte eine paar schöne feierliche Stunden.

Das Service Team des Bürgerhauses überraschte uns mit sehr weihnachtlich dekorierten Tischen, die durch Renate Buslaps und Gisela Keller noch mit Blumen, Nüssen und dergleichen verschönert wurden.

Die Egelsbacher Pfarrerin Rebekka Adler sprach nachdenkliche Worte zu unserer heutigen Zeit, besonders auch auf die vorweihnachtliche Zeit bezogen. Ein stilles Gedenken galt unseren Verstorbenen für die je eine Kerze entzündet wurde.

Das Ostpreußen Lied „Land der dunklen Wälder“ sangen wir mit Gitarrenbegleitung von Thomas Ullrich. Unsere Feierstunden wurden begleitet durch sanfte Zithermusik vorgetragen von Herrn Lorenz. Später wurden Weihnachtslieder fröhlich und lebhaft von allen mitgesungen.

Vor dem gemeinsamen Mittagessen wurde ein zu dem Essen passender Vortrag „Stobbes Machandel“ von Rosemarie Kiau vorgetragen. Sie servierte uns dann einen Machandel gemäß dem Trinkspruch: „Eine Pflaume, die muss sein nicht zu groß und nicht zu klein, nicht zu dick und nicht zu dünn, immer nach Geschmack und Sinn, nicht zu rot und nicht zu blass, nicht zu trocken und nicht nass. So muss eine Pflaume sein, so schmeckt der Machandel fein.“

Machandel ist ein besonderer Wacholderbrand, den es bereits ab 1771 schon in Danzig gab. Hergestellt wurde er von Peter Stobbe in Tiegenhof bei Danzig.

Einen weiteren Trinkspruch im ostpreußischen Dialekt trug Gerlinde Groß vor.

Lebhaft wurden Gedichte und Geschichten zur Weihnachtszeit aus den Reihen unserer Mitfeiernden vorgetragen. Ein Nikolaus vor dem Tannenbaum aus Lebkuchen, liebevoll verpackt, wurde als kleines Geschenk von Renate und Reiner Buslaps an alle Teilnehmer verteilt.

Nach dem Vortrag über die Entstehung des Liedes „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“ von Gisela Keller sangen wir dieses Lied gemeinsam mit Gitarrenbegleitung von Thomas Ullrich.

So verging die Zeit wie im Fluge, und nach dem Genuss von gespendetem Kaffee und Kuchen machten sich alle mit dem Wunsch für ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr auf den Nachhauseweg. *Christian Keller*



Versöhnung für Europa Die Ausstellung im Gerhart Hauptmann Haus läuft noch bis zum 31. Januar und hat zum Thema den deutsch-polnischen Versöhnungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere den Brief der polnischen Bischöfe aus dem Jahr 1965 *Bild: GHH*



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf – Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, www.g-h-h.de.

HerStories, läuft bis 28. Februar – Auf den Spuren jüdischer Frauen in Europa. Die Ausstellung beleuchtet die facettenreiche europäisch-jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive von sieben jüdischen Frauenschicksalen aus Deutschland, Polen, Griechenland, Spanien, Ungarn, der Slowakei und Tschechien: Rosa – Katarina – Ludmila – Irena – Vera – Lisa – Dory. Die Geschichten dieser Frauen führen die Besucher auf eine Zeitreise durch das 20. Jahrhundert, beginnend mit den ersten Jahrzehnten, über die Zwischenkriegszeit, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust bis hin zur Nachkriegszeit. Die Lebensgeschichten verweben sich zu einem vielschichtigen Bild des Jahrhunderts aus weiblicher Perspektive – Erfahrungen von Verfolgung, Deportation und Flucht sowie von Überleben, Widerstand und neuen Lebensentwürfen nach der Shoah und dem Zweiten Weltkrieg.

Die Ausstellungstafeln zeigen ihr Aufwachsen in der jüdischen Familie vor dem Krieg, behandeln Themen wie Verliebtsein, Schule und alltägliche Hoffnungen und Herausforderungen. Die Interviews, Memoiren und individuellen Berichte der Frauen ermöglichen wertvolle Einblicke in ihre individuellen Leben, ihre Rollen in der Gesellschaft und ihre (Über-) Lebensstrategien während des Krieges. Das Projekt „HerStories“ wird von der Europäischen Union im Rahmen des Programms „Citizens, Equality, Rights and Values“, kurz CERV, kofinanziert. Zu den Partnern gehören Centropa – Zentrum für Jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts e.V. (Hamburg, Deutschland), das Jüdische Museum Galizien (Krakau, Polen), das Jüdische Museum von Griechenland (Athen, Griechenland), Mozaika (Barcelona, Spanien), Centropa Alipitvany (Budapest, Ungarn) und Jugend- und Kulturprojekt e.V. (Dresden, Deutschland). In Kooperation mit: Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus und Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Düsseldorf e. V.

Versöhnung für Europa, läuft bis zum 31. Januar – Das Thema der

Fortsetzung auf Seite 16

Kulturzentrum Ostpreußen

Die Ausstellung **Steinzeugen – Fotografien mittelalterlicher Architektur zwischen Danzig und Königsberg** läuft vom 14. Januar bis zum 30. März.

Das neue Jahr beginnt im Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, mit einer Ausstellung zu steinernen Zeugen zwischen Danzig und Königsberg. Die Fotografien des Kunsthistorikers Christofer Herrmann dokumentieren die Spuren, die die Ereignisse und Begebenheiten der zurückliegenden Jahrhunderte auf der materiellen Oberfläche der Bau- und Denkmäler im Preußenland hinterlassen haben.

Die Ausstellungseröffnung findet am 14. Januar, um 18 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen statt mit folgendem Programm:

Gunter Dehnert, Direktor Kulturzentrum Ostpreußen – Begrüßung, Dr. Ernst Gierlich, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, – Grußwort, Prof. Dr. Christofer Herrmann – Einführung in das Thema der Ausstellung.



ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Ausstellung ist der deutsch-polnische Versöhnungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere der Brief der polnischen Bischöfe von 1965, der den berühmten Satz „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ enthält. Der Initiator des Briefes, der katholische Bischof Boleslaw Kominek, formulierte den Brief gemeinsam mit den polnischen Bischöfen am 18. November 1965 in Breslau. Zahlreiche Historiker weisen darauf hin, dass ohne den Brief der Prozess der Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen sehr schwierig gewesen wäre. Der Brief veränderte die Haltung der Polen gegenüber den Deutschen grundlegend und trug dazu bei, dass die westdeutsche Öffentlichkeit die neue Oder-Neiße-Grenze akzeptierte. Die Aus-

söhnung führte zu einer Stabilisierung der Lage in unserem Teil Europas und ermöglichte nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die rasche Osterweiterung der EU. Die deutsch-polnische Ausstellung „Versöhnung für Europa“ erinnert auch an weitere Personen und Initiativen auf polnischer und deutscher Seite, die am Aussöhnungsprozess maßgeblich beteiligt waren, darunter Günter Särchen, Alfons Erb, Walter Dirks, Professor Ludwig Raiser. Gleichzeitig werden historisch relevante Ereignisse thematisiert, wie Willy Brandts Kniefall vor dem Ehrenmal des jüdischen Ghettos in Warschau im Jahre 1970 oder die Heilige Messe in Kreislaue [Krzyżowa] am 12. November 1989, bei der Bundeskanzler Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki, der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Polens, Friedensgrüße austauschten.

Eine gemeinsame Veranstaltung von Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Haus Schlesien, dem Zentrum für Erinnerung und Zukunft in Breslau und DPG Köln-Bonn e.V. – Die Ausstellung wurde kofinanziert vom Ministerstwo Kultury i Dziedzictwa Narodowego/Ministerium für Kultur und Nationales Erbe.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Offene Theaterprobe „Teller im Topf“, 25. Januar, 14, 15 und 16 Uhr, generationenübergreifendes Projekt zu Flucht und Vertreibung.

Die Düsseldorfer darstellende und bildende Künstlerin Marlin de Haan und ihr Team beschäftigen sich mit generationenübergreifenden Überbleibseln von Flucht, Vertreibung und Migration. Sie fragen nach Erinnerungen, den Gedächtnislücken, dem Schweigen, nach Familienrelikten und -ritualen: Wie viel Gegenwart lässt sich damit erzählen? Als Zwischenergebnis der vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW geförderten Arbeitsphase bietet das Team eine offene Theaterprobe von je 30 Minuten zum Hineinschnuppeln an. Im Anschluss findet jeweils ein kurzes Publikumsgespräch statt. Die Premiere der Theaterperformance ist für den Herbst 2025 geplant. Eintritt frei! Um Anmeldung wird gebeten unter post@marlindehaan.de Kontaktaufnahme und weitere Informationen zum Projekt unter derselben E-Mail-Adresse.

Ostpreußisches Landesmuseum

Donnerstag, 16. Januar, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: 80 Jahre Kriegsende – das Drama der Flucht über das Haff in Ostpreußen im Januar 1945, Themenabend mit Vortrag von Kurator Dr. Eike Eckert, mit Lesung von Zeitzeugenberichten und einer Podiumsdiskussion mit dem Historiker Dr. Christopher Spatz.

Am 13. Januar 1945 begann die sowjetische Großoffensive, bei der Ostpreußen regelrecht über-

rannt wurde; eine frühzeitige Evakuierung der Zivilbevölkerung hatten die NS-Behörden verhindert. Bereits am 26. Januar hatte die Rote Armee von Süden kommend das Frische Haff erreicht: Ostpreußen war eingekesselt, und der Bevölkerung war der direkte Fluchtweg nach Westen versperrt. Tausende wichen auf das zugefrorene Haff aus, um über die Nehrung noch nach Danzig durchzustoßen. Dort waren sie schutzlos Bombardierungen und Tieffliegern ausgesetzt. Diese Kriegsergebnisse im Januar

1945, die Flucht im strengen Winter und die Gewalt der Rache für zahllose deutsche Kriegsverbrechen nehmenden Eroberer haben im kollektiven Gedächtnis nicht nur der Ostpreußen bis heute tiefe Spuren hinterlassen.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich. Die Veranstaltung wird ausgezeichnet und online übertragen werden.



Einbrüche, Fliegerangriffe und die Hoffnung auf Sicherheit: Die Flucht über das Haff war für viele der einzig mögliche Fluchtweg Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

ANZEIGE

Advertisement for a film titled 'Edith Loerzer' (geb. Peterleit, * 7. 9. 1922 † 2. 12. 2024). The text describes her as a woman from Heinrichswalde/Ostpreußen, Torgau, and mentions her children: Bernd, Gabriele, and Carsta. The film is scheduled for Torgau in December 2024.

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'Abschnitt eines Films', 'der geregelte Zustand', 'Leucht-diode (Abk.)', 'Stadt in Ostfriesland', 'Verschleiß, Abnutzung', 'Radrennfahrer', 'Stadt im Ruhrgebiet', 'Körperform, Gestalt', 'Schaltmodul', 'ungezähmte Male', 'genehmigen (ugs.)', 'Harnstoff (lateinisch)', 'Entwurf, wissenschaftl. Arbeit', 'Ei der Laus', 'Ehelo-sigkeit (kath. Kirche)', 'der Blaue Planet', 'Atommei-ler', 'gefrorenes Wasser', 'gezier-tes Be-nehmen', 'Hände-auflegen als Heil-kunst', 'als Anlage zugefügt', 'Vorname Kästners', 'afro-amerik. Pop-musikstil', 'ungari-scher National-tanz', 'Binde-wort', 'überhaupt', 'Stifter-figur im Naumbur-ger Dom', 'Ver-geltung', 'eine Zahl', 'Tier-abrichter', 'Ausge-bratener Speck-würfel', 'Eingang; Vor-speise (franz.)', 'junges Rind', 'altrö-mische Monats-tage', 'gefährli-che Tiefe, Felsen-kluff', 'germa-nische Gottheit', 'amerik. Schrift-steller (Mark)', 'Ruhe-pause', 'Tauf-zeuge', 'Roll-körper', 'dt. Schau-spieler: ... Schweiger', 'Kanal in dt. Küsten-städten', 'scharfer Falz, Bruch', 'Fischer-fahrzeug im Mit-telmeer', 'besitz-anzei-gendes Fürwort', 'appetit-anregen-des Getränk', 'ein Tas-teninstru-ment spielen', 'Eigelb', 'Fangen, Erliegen von Wild', 'erzäh-lende Vers-dichtung', 'ein Back-werk', 'über-lassen, borgen', 'tschech. Kompo-nist (Friedrich)', 'ein Tas-teninstru-ment spielen', 'Eigelb', 'Kassen-zettel; Gut-schein', 'Bücher-bord', 'Winter-sport-gerät', 'männ-liches Borsten-tier', 'Provi-sorium; Not-lösung', 'Blüten-stands-form', 'Teil-zahlung', 'jap. Autor (Kenza-buro)', 'Mär-chen-, Sagen-gestalt', 'Fluss im Sauer-land (NRW)', 'Götze, Idol', 'Hand-pflege', 'Nerven-zentrum', 'Kopf-be-deckung', 'Box-kampf-stätte', 'poetisch: Atem', 'Bank-, Stahl-fach (engl.)', 'Holz-blas-instru-ment', 'Sinnes-organ', 'europ. Kultur-TV-Kanal', 'rauchen (ugs.)', 'bibli-scher Prophet', 'altes Wege-maß', 'Riesenschlange', 'Wasser-vogel', 'Stein mit einge-schnitt-nem Bild', 'Samm-lung von Schrift-stücken', 'längli-che Ein-fräsung', 'Gebirgs-mulde', 'musika-lische Ver-zierung', 'Nach-tokal', 'internat-ionales Not-signal', 'Kartei-karten-kenn-zeichen', 'Wiederin-gliederung Kranker (Kurzwort)', 'Schul-festsaal', 'erobern; belegen', 'Kranken-haus', 'Rasen-pflanze', 'Wind am Gard-see', 'bestän-dig, gleich-bleibend', 'schul-festsaal', 'schwarz-weißer Raben-vogel', 'Über-bringer', 'schwarz-weißer Raben-vogel'. The puzzle is credited to PAZZ5 01.

Schüttelrätsel

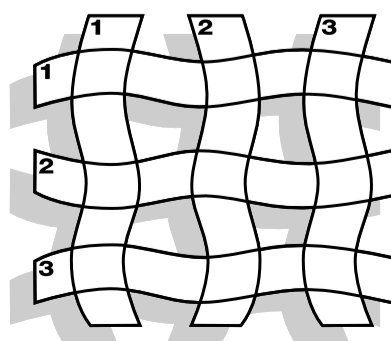
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

A crossword puzzle grid for 'Schüttelrätsel' with letters in the cells and empty spaces for the solver to place the words. The letters shown include ACEI OR, AGIR, ORV, AINR, AEIR, EHKMR, EIMM, ENNU, IRR, AEMMR, AHNN, AIM, EMU, and EEHNR.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für einen Aufzug im Gebirge.

A crossword puzzle grid for 'Mittelworträtsel' with words in the left and right columns and empty spaces in the middle. The words are: 1. BOX, 2. VOLL, 3. BANK, 4. WASSER, 5. WALD, 6. EIS, 7. HITZE. The right column words are: FACH, ARZT, TRAEGER, SCHULE, KLASSE, SPIEL, LUFT.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Kundendienst (engl.)
2 südfz. Stadt an der Rhone
3 Feldscheune

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Mittwoch, 15. Januar, 15 Uhr, TSB-Heim: „Die jüdische Gemeinde in Flensburg“, Teil 3 mit Herrn Jessen.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Heimatbrief Nr. 74 ist versandt

Die 74. Ausgabe unseres Heimatbriefes Kreis Gerdauen ist kurz vor Weihnachten an alle in der Versandkartei erfassten Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen verschickt worden. Sie enthält auf 128 Seiten wieder viele interessante Artikel über das Leben im Kreis früher und heute, über die Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft sowie Kultur und Geschichte unseres Heimatkreises. Unter anderem lesen Sie einen Fluchtbericht von Gerda Giebler, die im Forsthaus Hufenwald aufgewachsen ist, ei-

nen großen Bericht über die Instandsetzung des alten Dorffriedhofs von Groß Bajohren und Geschichten über Winterfreuden in Ostpreußen. Wir berichten über die Geschichte der freiwilligen Feuerwehr in Nordenburg und informieren darüber, wie es mit den Restaurierungsarbeiten in Gerdauen vorangeht.

Wer den Heimatbrief noch nicht erhält, ihn aber gern regelmäßig zugeschickt haben möchte, kann sich in unserer Kreiskartei anmelden. Dies ist jederzeit mit dem unter <https://www.kreis-gerdauen.de/kreisgemeinschaft/heimatbriefe/neuanmeldung.pdf> herunterladbaren Formular möglich. Ausfüllen, unterschreiben und zurücksenden per E-Mail an kreis@kreis-gerdauen.de oder per Post an Walter Mogk, Am Eichengrund 1 f, 39629 Bismark. Die Mitgliedschaft in der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen und der Bezug des Heimatbriefes ist mit keinerlei Kosten oder Verpflichtungen verbunden. Wir finanzieren unsere gemeinnützige und ehren-

amtliche Arbeit ausschließlich über Spenden unserer Mitglieder und Heimatbrief-Empfänger.

Walter Mogk



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Reise zum Stadtjubiläum

Stettin wird am 25. Mai den Auftakt zur achtägigen Reise mit Reiseleitung über Danzig, Lyck und Posen bilden.

Stettin wird auch die Großstadt im Grünen genannt und das mit vollem Recht. Gleich außerhalb sind die schönsten Wälder und die Lebensader der Stadt, das Wasser, lockt zum Segeln, Rudern und anderen Wassersportarten. Der Stettiner Hafen ist ein Kapitel für sich. Für manch einen ist die Hafenslandschaft mit den Dutzenden von Kais und Schiffen, den Hunderten von Kränen nicht weniger interessant als die historischen Bauten der Stettiner Innenstadt.

Nach dem Frühstück am Montagmorgen heißt es: Koffer verladen und Stettin besichtigen. Die Geschichte Stettins reicht bis ins 8. Jahrhundert zurück, als der Ort eine westslawische Fischersiedlung war. Im 12. Jahrhundert eroberte der polnische König Boleslaw III. den lebhaften Handelsplatz

und ließ dessen Bewohner christianisieren. Nach der Blüte der Hansezeit war Stettin westpommersche Hauptstadt und stand später auch unter preußischer Herrschaft.

Das Oderhaff verbindet Stettin mit den Weltmeeren. Auf dem Landweg sind es nur 100 Kilometer bis Berlin. Die vitale Großstadt an der Westgrenze der Republik Polen ist ein wichtiges Wirtschafts- und Kulturzentrum. Das bedeutendste Gebäude der Stadt ist das Schloss der Pommerschen Fürsten nahe der Oder.

Am Nachmittag geht die Reise über Köslin und Stolp weiter nach Danzig. Wenn der Seewind von der Danziger Bucht her landeinwärts bläst und man zwischen den alten Backsteinmauern der Stadt umherschlendert, meint man, etwas von den alten Hansezeiten zu spüren. Und tatsächlich zeigt sich die Danziger Altstadt heute wieder in der alten Pracht, in der sie die reichen Kaufleute einst errichteten.

Nach dem Frühstücksbüffet steht eine Rundfahrt auf dem Programm und einen Spaziergang im Kurörtchen Zoppot. Anschließend geht es weiter nach Gdingen. Das kleine kaschubische Fischerdorf erkundet man am besten bei einem Hafenumrundgang. Im Anschluss geht es über Oliva mit einem kurzen Orgelkonzert in der romanisch-gotischen Kathedrale zurück nach Danzig. Hier steht eine Stadtführung auf dem Programm, in der man einen Überblick über alles Wissens- und Sehenswerte über die Königin der Ostsee erhält.

Weiter geht es nach Allenstein. Die Stadt blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Im Mittelalter und der Frühen Neuzeit

verdienten sich die Stadtbewohner ihren Unterhalt mit Holzflößen, Leinen- und Fischhandel. Zahlreiche Kriege hatten den wirtschaftlichen Niedergang der Stadt zur Folge, sodass um 1800 einige historische Gebäude abgerissen werden mussten. Weiter geht die Fahrt nach Lyck mit einem Aufenthalt für zwei Nächte. Es besteht die Möglichkeit zum Besuch der Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum.

Am Sonnabend führt die Reise nach dem Frühstück weiter nach Posen, wo es eine Stadtführung geben wird. Der günstigen Lage einer im Mittelalter vielbefahrenen Nord-Süd-Verbindung zwischen der Ostseeküste und dem Mittelmeer verdankt Posen seine Bedeutung als Handelsmetropole. Die Tradition der Messestadt geht auf das 15. Jahrhundert zurück. Sehenswürdigkeiten sind unter anderem das Denkmal für die Opfer vom Juni 1956, der Kulturpalast, der alte Markt, die Dominikanerkirche, der Dom sowie das prächtige Rathaus.

Nach dem Frühstück beginnt die Rückreise in die Ausgangsorte. Diese sind Hauptbahnhof Hagen, Abfahrt um 7 Uhr; Hauptbahnhof, Zentraler Omnibus Bahnhof (ZOB) Hannover, Abfahrt um 10 Uhr; ZOB Berlin, Messedamm 8, Abfahrt um 15 Uhr.

Leistungen: Busfahrten im Fernreisebus, eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel Panorama, Stettin, eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel Novotel Centrum, Danzig, vier Übernachtungen mit Halbpension im Hotel Rydzewski, Lyck, eine Übernachtung mit Halbpension, vermutlich im Hotel Ilonn, Posen; sieben Mal

Halbpension als 3-Gang-Abendessen oder Buffet, Zimmer mit Dusche oder Bad/WC, Stadtführung in Stettin und Danzig, Ortstaxe in der Republik Polen.

Ein paar nützliche Informationen: Vom Auswärtigen Amt wird darauf hingewiesen, dass ein ernsthaftes Diebstahlrisiko in den größeren Städten sowie auf Bahnhöfen besteht. Reisegäste sollten deshalb grundsätzlich Schmuck, Uhren, Kameras, Pässe und Brieftaschen beziehungsweise Geldbeutel nicht sichtbar tragen. Gepäck sollte nicht unbeaufsichtigt bleiben.

Einreise für Deutsche: Es reicht ein gültiger Personalausweis oder ein Reisepass. Stromversorgung: 220 Volt Wechselstrom, 50 Hz. Mitnahme eines Adapters empfohlen.

Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen. Sollten die Teilnehmerzahl bis zum 24. März nicht erreicht sein, kann die Reise nicht durchgeführt werden. Anmeldung und weitere Informationen unter Telefon (02334) 9196-91 oder Fax (02334) 1475.



BILD: WIKIPEDIA

Er starb am 10. Januar 1945: Rudolf Borchert. Der Schriftsteller von „Der leidenschaftliche Gärtner“, Redner und Übersetzer wurde in 1877 in Königsberg geboren

Ostpreussisches Landesmuseum

Ausstellung

Bis zum 2. Februar: **Das alte Dorpat 1889 – Tartu in Fotografien des Ateliers Carl Schulz.** Im Jahr 1889 wurde zur Erinnerung an das Dorpater Lehrerseminar eine einmalige Mappe zusammengestellt. Sie enthält 61 Fotografien, die in Sepia-Tönen Aufnahmen der Stadt Dorpat, heute Tartu (Estland) zeigen. Es sind Ansichten von Gebäuden, Denkmälern und Orten, die heute so nicht mehr bestehen oder aber nach 135 Jahren erstaunlicherweise noch immer eindeutig im Stadtbild auszumachen sind. Diese Fotografien gehören zu den frühesten Aufnahmen der Stadt Dorpat, die nur wenige Jahre später offiziell in Jurjew umbenannt wurde. Urheber ist das Fotoatelier Carl Schulz. Für die Geschichte der Fotografie des Landes Estland spielt es als jenes am längsten unter einem Namen geführten Fotogeschäfte eine herausragende Rolle. Es existierte von 1857 bis 1935. Die Ausstellung, die in Kooperation mit dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung Marburg gezeigt wird, präsentiert Fotos aus dieser Sammlung als Originale wie auch vergrößerte Repliken. Die visuellen Zeugnisse zeichnen ein frühes Bild der deutsch-estnischen Stadt Dorpat und seiner Geschichte Ende des 19. Jahrhunderts, die in diesem Jahr als europäische Kulturhauptstadt

Tartu besondere Aufmerksamkeit genießt.

Bis zum 2. März: **„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“ Winter in Ostpreußen.** Die ostpreußischen Winter waren lang und kalt. Bis zu sechs Monate prägten Eis und Schnee die Natur und das Leben. Lag die weite Landschaft unter einer dicken Schneedecke und Eisschicht, so begann ein anderer, oft entbehrungsreicher Alltag. In der unwirtlichen Zeit verlagerte sich die Arbeit ins Innere, es wurde gesponnen, gewebt, repariert und geflickt. Gleichzeitig luden die vereisten Wasserflächen und schneebedeckten Felder, Hänge und Hügel zu Abenteuern auf Kufen, Schlitten und Skiern. Bis heute ist der Winter in Ostpreußen fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler haben ihn in ihren stimmungsvollen Landschafts- und Stadtbildern sowie Tier- und Jagdansichten festgehalten, zahlreiche Bücher erinnern an diese kalte und zugleich malerische Zeit. In der aktuellen Sonderausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums präsentieren wir die eindrucksvollen Werke von Künstlern wie Eduard Bischoff, Reinhold Feussner oder Daniel Staschus. Anhand typischer Objekte – von der Eisaxt bis zum Spinnrad, vom Muff bis zum Schlitten – wird auch das zum Teil beschwerliche alltägliche Leben gezeigt. Abgerundet werden

die Eindrücke durch historische Interviews, in der Ostpreußen und Ostpreußen von ihren Erfahrungen, Eindrücken und Erinnerungen an den Winter erzählen.

Das Ostpreußische Landesmuseum bis zum 2. Februar zu Gast in Richard-Wagner-Zentrum Mitteldeutschland, Merseburg: **Walkürenhauch an der Ostsee. Nationalismus und Romantik in der Literatur Ostpreußens**, Willi-Sitte-Galerie Merseburg. Vor 150 Jahren entstand mit dem Kaiserreich erstmals ein deutscher Nationalstaat. Als Bindeglied für seine Bewohner wurden Traditionslinien einer „deutschen“ Geschichte aus Mittelalter und Antike konstruiert, die auf Bilder und Erzählungen der Romantik zurückgriffen; zugleich suchte man sich zu seinen Nachbarn mit nationalem Pathos abzusetzen. Die Ausstellung in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum begibt sich an Beispielen aus Ostpreußen auf eine assoziative Spurensuche.

Bis zum 28. Februar, Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart: **Bilder von Königsberg – Untergang einer Großstadt. Fotografien von Fritz Krauskopf.** Die Ausstellung in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum zeigt in meisterlichen Fotografien von Fritz Krauskopf die Stadt Königsberg in ihrer letzten Blüte sowie

nach dem zweiten verheerenden Bombenangriff in der Nacht vom 29./30. August 1944. Bilder aus den ersten Tagen des russischen Angriffs auf die Ukraine 2022 werden diesen gegenübergestellt.

Veranstaltungen

Sonntag, 12. Januar, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Kunst und Kultur in Ostpreußen – die Höhepunkte der Sammlung, Führung durch die Dauerausstellung mit Dr. Gisela Aye.** In der Sonntagsführung führt Aye mit besonderem Blick durch die Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums. Die sakralen und profanen Höhepunkte werden in den verschiedenen Bereichen vorgestellt. Die bedeutende Königsberger Kunstakademie, die viele berühmte Künstler hervorgebracht hat, aber auch Einzelphänomene wie Käthe Kollwitz und Lovis Corinth können näher betrachtet werden und viel Wissenswertes über die ostpreußische Kultur entdeckt werden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 15. Januar, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Eine kurze Geschichte des Liberalismus in Russland und seines Scheiterns (19. und 20. Jahrhundert), Vortrag von Prof. Dr. Dietmar Neu-**

tatz (Universität Freiburg). In Russland gab es in den letzten 200 Jahren immer wieder Episoden der Freiheit und der Demokratie, die sich langfristig aber nicht durchsetzen konnten, die sich auch bis heute nicht durchsetzen konnten. Der Vortrag geht der vergessenen Geschichte des Liberalismus in Russland nach und fragt nach den historischen Gründen seines Scheiterns bis heute. Öffentlicher Vortrag im Rahmen der IKGJ Jahrestagung „Demokratie an der Grenze“. Eine Kooperation mit dem Nordost-Institut (IKGN e.V.). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 21. Januar, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Bilder von Ostpreußen.** Der Fotograf Fritz Krauskopf, Vortrag mit Jan Rüttinger in der Reihe „Museum Erleben“. Das heutige Bild von Ostpreußen wurde vor allem durch die meisterhaften Fotografien von Fritz Krauskopf geprägt. Der Fotograf mit seinen Ateliers in Cranz und Königsberg hielt das Leben, die Natur und die Städte Ostpreußens bis Ende 1944 in unzähligen, zum Teil heute als ikonisch angesehenen Bildern fest. In seinem Vortrag gibt Jan Rüttinger Einblicke in die Tätigkeit von Fritz Krauskopf und stellt bedeutende Fotografien und deren Re-

zeption vor.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 22. Januar, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Dorpat und die Grüne Kiste: eine deutschbaltische Familiengeschichte, Lesung mit der Autorin Sophie Pannitschka.** „Was habe ich mit dem Schicksal meiner Großmutter zu tun?“ Mit dieser Frage begibt sich Sophie Pannitschka auf eine Spurensuche. Nach und nach erschließt sich ihr die Geschichte ihrer Familie, einer renommierten Dorpater Fotografendynastie. In der Lesung berichtet die Autorin von den Entdeckungen und Erfahrungen ihrer Reise in die Vergangenheit und erzählt, wie es ist, Antworten auf lang verschwiegene Fragen zu finden und manchmal auch unbeantwortete Fragen zurücklassen zu müssen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,-/ 4,- Euro, Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



DARKEHMEN

Voll unter Strom

Die Elektrifizierung Ostpreußens begann bereits vor knapp 140 Jahren mit einem kleinen Wasserkraftwerk

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Geschichte der Elektrifizierung Ostpreußens begann bereits im Jahr 1886. Vorreiter war dabei die Stadt Darkehmen am Fluss Angerapp. Hier entstand ein erstes kleines Wasserkraftwerk mit 0,5 Megawatt Leistung, welches Strom für die Straßenbeleuchtung lieferte.

Nur vier Jahre später zog Königsberg nach. Das dortige Wasserkraftwerk im Mühlengrund, dessen Bau über eine Million Mark gekostet hatte, versorgte gleich mehrere Stadtteile mit Energie. Durch die Indienstellung der elektrischen Straßenbahn zum 31. Mai 1895 und die Gründung immer neuer energiehungriger Industrieunternehmen war es in der Folgezeit nötig, zusätzliche Kraftwerke in Betrieb zu nehmen. Diese befanden sich im später eingemeindeten Vorort Hufen, in den beiden westlichen Stadtteilen Kossen und Rathshof sowie an der östlichen Stadtgrenze bei Liep. In ihnen wurde allerdings Kohle verstromt.

Weitere Wasserkraftwerke zur Versorgung lokaler Abnehmer entstanden ab 1900 in Tilsit, Insterburg und Allenstein sowie bei Lasdehnen nahe der Grenze zu Litauen an der Scheschuppe, einem Nebenfluss der Memel. Dazu kamen die zwei Wasserkraftwerke an der Pissa bei Gumbinnen und im Dorf Gerwischkehmen neun Kilometer nordwestlich des ersten Standorts.

Russlands Bevölkerung staunte über den Fortschritt Ostpreußens

Die hier erzeugte Energie reichte aus, um den gesamten Nordosten von Ostpreußen mit Strom zu versorgen, was für die damalige Zeit durchaus aufsehenerregend war. Insbesondere zeigten sich Besucher aus Litauen und Russland immer wieder höchst erstaunt über das hohe Maß an zivilisatorischem Fortschritt selbst in den umliegenden Dörfern.



Das Stauwerk in Friedland an der Alle wurde maßgeblich vom ostpreußischen Oberpräsidenten August Winnig (r.) mit 200 Millionen Mark gefördert

Bilder (2): Bildarchiv Ostpreußen; Wikimedia

Die im Nachgang zum Ersten Weltkrieg erfolgte territoriale Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Deutschen Reich sowie der dennoch erfolgte wirtschaftliche Aufschwung sorgten dann ab Anfang der 1920er Jahre für mehrere große Zäsuren in der Energieversorgung der Provinz. Zum Ersten wurde nun ein Verbundnetz geschaffen, das die einzelnen lokalen Stromnetze in Ostpreußen miteinander verband. Zum Zweiten verteuerte sich der Transport der Kohle aus Schlesien für den Betrieb der Kraftwerke, welche keine Wasserkraft nutzten, derart stark, dass die Errichtung von Kohlekraftwerken ins Hintertreffen geriet. Und zum Dritten entstand 1921 die Aktiengesellschaft Ostpreußenwerk (OWAG), deren Aufgabe darin lag, den wachsenden

Strombedarf zu decken, wobei die OWAG ihrerseits ab März 1923 unter dem Dach

170.000

Kubikmeter an Dammmaterial – damit war das Wasserkraftwerk Friedland 1924 der damals größte Tieflandstaudamm Deutschlands

der Vereinigten Industrie-Unternehmungen AG (VIAG) agierte. Dieses Staatsunternehmen managte nun die industriellen Beteiligungen des Deutschen Reiches.

Wichtigstes Projekt der OWAG war dabei die Errichtung zweier neuer Wasserkraftwerke am Fluss Alle, der durch die Masuren und das Ermland fließt und bei Wehlau in den Pregel mündet. Ermöglicht wurden der Bau und die Verlegung der nötigen Stromleitungen durch eine großzügige Zuwendung der Reichsregierung in Höhe von 200 Millionen Mark, welche aus den vorausschauenden Bemühungen des bis März 1920 amtierenden ostpreußischen Oberpräsidenten August Winnig resultierte.

Zum Zeitpunkt des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges waren in Ostpreußen trotz des flachhügeligen Reliefs der Landschaft insgesamt 19 Wasserkraftwerke in Betrieb. Außerdem befand sich in Friedland zusätzlich noch eine große Verteilerzentrale für die Überlandleitungen quer durch die Provinz. Wie die übrige Infrastruktur in Ostpreußen auch, erlitten die Wasserkraftwerke während der sowjetischen Invasion von 1945 diverse Schäden, wobei die Besatzungsmacht jedoch alles daran setzte, die Stromversorgung baldmöglichst wieder herzustellen, um sie für sich zu nutzen. Dies zeigt nicht zuletzt das Beispiel Friedland.

Das Wasserkraftwerk Friedland entstand zwischen 1921 und 1924 an einer Flusschleife der Alle und besaß einen Schüttdamm von 17,6 Metern Höhe und 810 Metern Länge. Das Gesamtvolumen des Dammmaterials lag bei 170.000 Kubikmetern. Damit war das Bauwerk, welches zur Bildung eines Stausees von 30 Kilometern Länge und 500 Metern Breite führte, der seinerzeit größte Tieflandstaudamm in ganz Deutschland. In dem daneben befindlichen Maschinenhaus liefen vier Turbinengeneratoren aus den Schichau-Werken in Elbing, die bis zu 30 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen konnten. Dazu kam eine zweite Staustufe 20 Kilometer flussabwärts in Groß-Wohnsdorf. Der dort entstandene See hatte ebenfalls eine beachtliche Länge von 20 Kilometern und fasste bis zu 4,7 Millionen Kubikmeter Wasser.

Hier wurde der Staudamm vor dem Rückzug der Wehrmacht vermint, entging dann aber aufgrund einer Kommandoaktion der Roten Armee der Sprengung. Danach fungierte die Anlage im Süden viele Jahre als Prawdinsker Wasserkraftwerk Nummer 3, bis sie schließlich 1975 wegen Turbinen- und Generatorenverschleißes stillgelegt werden musste. Ein Beweis ostpreußischer Bau- und Ingenieur-Qualität.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Politik bestimmt die scheinbare „Qualität“

Im Januar werden viele deutsch-polnische journalistische Gefälligkeiten prämiert

Am 24. Januar werden auf der zwischen Deutschland und Polen geteilten Insel Usedom die neuen deutsch-polnischen Journalistenpreise überreicht. Zu dem seit 2013 den Namen des kurz zuvor verstorbenen einstigen polnischen Premiers Tadeusz Mazowiecki tragenden Preis wurden diesmal 171 Beiträge eingereicht: Bei 81 Printbeiträgen geht es mit 40 deutschen und 41 polnischen fast paritätisch zu. Bei Hörfunkbeiträgen liegt Deutschland mit 14 zu acht gegenüber Polen vorne, bei TV-Beiträgen mit 24 zu sieben noch deutlicher. Unter 18 Beiträgen in der Kategorie „Neue journalistische Formate“ gab es acht deutsche und zehn polnische, während im „Lokaljournalismus in der Grenzregion“ elf deutsche Beiträge acht polnischen gegenüberstehen.

Doch die Zahlen künden nicht davon, dass auch hier faktisch nur Beiträge eine Chance haben, die den politischen Akteuren nicht in die Parade fahren. Beteiligt sind die Grenzanrainerländer und -Woiwodschaften Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Westpommern, Lebus und Niederschlesien.

Deutsche Journalisten haben ihre Beiträge dank der kompletten Unabhängigkeit so ja auch bei der Sächsischen Staats-

kanzlei einzureichen. Neben der von beiden Staaten getragenen Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit ist ferner die „ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius“ Stifter.

Diese hatte kürzlich verlautbart: „Die Verteidigung der Pressefreiheit bleibt ein zentraler Schwerpunkt in der Presseförderung der Stiftung.“ Das Neusprech postuliert, „starke, vertrauenswürdige Inhalte (zu) publizieren und so noch mehr unabhängige Qualitätsmedien (zu) ... ermöglichen.“

Gemeinsam hatten die Stifter mitgeteilt, dass „die eingereichten Beiträge sowohl Geschichte als auch aktuelle Herausforderungen, vor denen Deutschland und Polen stehen, thematisieren, wie den Klimawandel, die Migration und das Lauterwerden radikaler Stimmen.“ Das Einreichen von Beiträgen ist damit schon im Vorfeld auf das politische Wunsch-dir-was-Prinzip geeicht und beantwortet mir damit die Frage, wieso ich mit keinem meiner etwa seit der Jahrtausendwende eingereichten Beiträge jemals eine Chance hatte. Im Grunde habe ich damit nur die Anzahl eingesendeter Beiträge erhöht und der PR-Arbeit der Stifter gedient.

Als ehemaliger Chefredakteur der Zeitung der deutschen Minderheit in Polen ging ich vermutlich leer aus, weil sich die

Herangehensweise an Aspekte der Vertreibung und kulturellen Wiederfindung nicht an Narrativen von „Migration“ orientierten. Heute als Lokalredakteur unmittelbar an der Grenze nerve ich eher damit, dass ich in deutschen Texten an deutschen Ortsnamen festhalte. Vor allem aber lassen sich bestimmte Formate auch nur mit dem meist öffentlich-rechtlich finanzierten journalistischen Raum überhaupt ausbreiten. Mit anzeigenfinanziertem minimalem Platz in einer Lokalzeitung ist man systemimmanent schon einmal schlechter gestellt.



Gut drei Jahre vor seinem Tod bei einem Besuch in Oppeln: der frühere polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki
Bild: Scholtz-Knobloch

Vor einigen Jahren meldete sich ein einst zu mir nach Oppeln entsandter

deutscher Journalist mit der Bitte, ich könnte ihm doch Tipps geben, welche deutsch-polnisch wirkenden Institutionen er in einem Radiofeature entlang der Grenze beleuchten müsse. Eins zu eins aus dieser Kompletliste entstand ein langer Beitrag im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der prompt prämiert wurde. Aus minimalem Raum für einen Text maximales Gemeinschaftsgefühl im Grenzraum zu schöpfen, schien hingegen nie ein Kriterium im Quervergleich der Jury zu sein. Wo bei Preisträgern nicht die Redaktionszugehörigkeit zu großen Tageszeitungen oder öffentlich-rechtlichen Medien genannt ist, muss mindestens Klimawandel oder Demokratieförderung draufstehen, um dieses Defizit zu kompensieren. Themengebiete also, die auch sonst in der deutschen Medienlandschaft hoffnungslos unterrepräsentiert sind.

Nach Corona habe ich umgedacht. Eigentlich kann es doch keine bessere Auszeichnung im Journalismus geben, als jedes Jahr aufs Neue keinen Preis im Sumpf des Gefälligkeitsjournalismus zu erheischen. In meine nächste Bewerbung schreibe ich stolz: „Noch nie mit dem deutsch-polnischen Journalistenpreis ausgezeichnet.“ Till Scholtz-Knobloch

STADTGESCHICHTE

„Dat was so, dat is so un dat bliwt so“

Schon der „Alte Fritz“ kümmerte sich um die Belange der Stadt Massow in Hinterpommern

VON TORSTEN SEEGERT

Massow [Maszewo], gelegen an der Stepenitz auf dem pommerschen Landrücken, etwa 55 Meter über dem Meer, hat nur einen Monumentalbau: die zentral am Rathaus gelegene Marien-Kirche. Und eigentlich wäre auch diese recht unnötig, wie schon der „Alte Fritz“ befand. Als der Präpositus Kirchstein 1735 die Erneuerung des Holzaufbaus auf dem massiven Unterbau des Kirchturmes wünschte, meinte der preußische König Friedrich II., dass es unnötig sei, an diesem Ort einen so hohen Kirchturm zu bauen, man solle einfach ein kräftiges Dach auf den Glockenstuhl setzen.

Was hatte man in ihrem Umfeld schon alles erleben müssen? Hungersnot (1624), Pest (1625), Feuersbrunst (1628), Plünderung durch die Schweden (1630), Schwarze Pocken (1765), Cholera (1835) sowie Flucht und Vertreibung (1945). Doch wie heißt es schon in Christine Brückners Roman „Nirgendwo ist Poenichen“? „Man wird vom Schicksal hart oder weich geklopft, es kommt auf das Material an!“

Wohl wahr! Sehr eigen waren die Massower und ihr Massow schon immer. Es entstand eine Stadtanlage, die sich an die Erhebung anpasste, auf der einst der Flecken angelegt wurde. So entstand der Stadtkreis von etwa 400 Metern Durchmesser.

Von Gollnow nach Stargard „rollt“ man direkt über die alte Heerstraße durch den alten Befestigungsring, vorbei an einem hohen runden Turm, dem sogenannten „Gefangenenturm“, später auch „Wilhelmsturm“ genannt. Mit seinem in Teilen noch vorhandenen Rundgang an der alten Anlage erinnert er vielleicht etwas an Barth in Mecklenburg-Vorpommern. Hier wie dort hatte man die Stadt schließlich einst befestigt und mit eigenen Zugangstoren versehen, um draußen lauernde Gefahren abwehren zu können. Zunächst wurde eine Palisadenbefestigung errichtet, die dann im 14. Jahrhundert durch eine Steinmauer ersetzt wurde. Wie lange der Bau der Stadtmauer wohl dauerte? Wir wissen es nicht. Doch an Findlingen hat es wohl nicht gemangelt.

Die Siedler, Bauern, Handwerker und Kaufleute waren einst im 12. und 13. Jahrhundert in ein weitgehend entvölkertes Land gerufen worden. Sie brachten Erfahrung und Wissen mit, stellten eigene Regeln auf und sicherten sich das Erbrecht



Die Sankt Marienkirche am Markt hat viel gesehen: Hungersnot, Pest, Feuersbrunst, Plünderung, Schwarze Pocken, Cholera sowie Flucht und Vertreibung
Foto: Seegert

an Grund und Boden sowie Steuerfreiheit in den ersten schweren Jahren der Besiedlung. 1227 soll Massow bereits eine deutsche Stadt gewesen sein und erhielt 1278 das „Magdeburger Recht“ durch Bischof Hermann Graf von Gleichen, das acht Jahre später durch das „Lübische Recht“ ersetzt wurde.

Stadt als Pfandobjekt

Doch woher kam der Name Massow? Natürlich denkt man bei diesem zuerst an die alte pommersche Adelsfamilie von Massow – aber: Ob sie nun hier den Namen begründete? Möglich ist auch, dass sich die Familie nach dem Ort nannte. Wie dem auch sei, Massow gehörte nach einem Verkauf dem Bistum Cammin und wurde später im Jahr 1451 landesfürstlich und gehörte Bogislav IX. Doch da auch die pommerschen Herzöge immer Geld brauchten, wurde Massow an den Grafen Georg von Eberstein verpfändet. Und da das Pfand nicht eingelöst werden konnte, gab man ihm Massow zum Lehen.

Das „Landbuch für Pommern“ wusste auch Folgendes zu berichten: „Graf Wolf von Eberstein baute ein Schloss, mutmaß-

lich an der Stelle des einstigen Kastums.“ Und so hatte man auch den Schlossberg umgegraben, in der Hoffnung, auf Hinweise zu diesem Schloss zu stoßen oder zu einem unterirdischen Gang, der einst Schloss und St. Marienkirche verbunden haben soll. Doch nichts! Ohnehin war das Verhältnis zwischen den Massowern und den Ebersteinern wohl angespannt. Das änderte sich auch nach der Beisetzung von Graf von Eberstein im Mittelschiff der Kirche kaum.

Gab es einmal ein Schloss?

Weiterhin blieb Massow Pfandobjekt. Allerdings darf bezweifelt werden, dass die Stadt ein gutes Pfandobjekt war, denn der Rat der Stadt soll sich gerne um jede Zahlung gedrückt haben. Man sollte daraus aber nicht schlussfolgern, dass die Massower, wenn sie immer wieder durch fremde Hände gereicht wurden, ein generelles Problem damit gehabt hätten. Schließlich sei als Gegenbeispiel an eine Schwadron der Ansbach-Bayreuthschen Dragoner erinnert, die ein Jahrhundert lang hier ihre Garnison hatten. Die Verbindung zu ihnen war so eng, dass zur Be-

zählung der Massower andere Soldaten abkommandiert wurden.

Überhaupt hatten die Massower ihren eigenen Kopf, davon zeugt die Redewendung zur Stadt: „Dat was so, dat is so un dat bliwt so“ – Oftmals standen sie sich dadurch selbst im Weg, was auch dazu führte, dass sie gegenüber anderen Städten ins Hintertreffen gerieten. Erst spät wurden Chausseen nach Gollnow (1863), nach Stargard (1865) und in Richtung der Kreisstadt Naugard (1878) gebaut – und das, obgleich Massow die erste Chaussee von Stettin nach Ostpommern hätte haben können. So aber packten die Vermesser nach der Absteckung der Chaussee von Altdamm über Ihnazoll in Massow wieder alles zusammen.

Zur Ehrenrettung der Massower sei aber angemerkt, dass sie einst ihre Stadt mit so einer guten Stadtmauer befestigt hatten, dass diese eben nicht wie in anderen Städten zusammenbrach, als die Städte sich erweiterten. Als sie jedoch später doch die alte Mauer abbrechen wollten, hatten sie Pech: Just zu dieser Zeit gab es eine Regierung, die gerade „das Alte bewahren“ wollte. So kann es sein!

● MELDUNGEN

Europaregion, Umbau und „Antismog“

Stettin – Große Herausforderung: Etwa 2870 Wohnungen in den alten Häusern Stettins verfügen noch nicht über ein eigenes WC. In den letzten fünf Jahren wurden allerdings 8,9 Millionen Euro aufgewandt, um 1700 Bäder einzubauen, damit das Etagen-WC abgelöst werden kann. TS

Löcknitz – Martin Hanf wurde nach einem Auswahlverfahren im vergangenen Jahr zum Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft Europaregion Pomerania berufen. Sein Dienst begann jetzt am 1. Januar. Der 52-jährige Hanf tritt damit die Nachfolge von Andrea Gronwald an. TS

Kolberg – Dramatischer Bevölkerungsrückgang: Wie am 2. Januar zu erfahren war, wurden in den vergangenen Monaten in Kolberg 863 Sterbefälle und nur noch 343 Geburten registriert. Das waren zudem 235 weniger Geburten als im Vorjahr. Auf eine Geburt kommen 2,5 Sterbefälle. TS

Stralsund – Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig lädt am 13. Januar zum Neujahrsempfang ins Ozeaneum ein. Petra Schwaan-Nandke aus Bartmannshagen soll dabei für ihren Einsatz zum Erhalt und zur Förderung der plattdeutschen Sprache geehrt werden. TS

Rummelsburg – Mit einer Drohne werden gerade die Luftverschmutzungen durch Kamine und Öfen in Rummelsburg überprüft. Bei Verstößen gegen die Antismog-Bestimmung und das Abfall-Gesetz drohen Verursachern drakonische Strafen von bis zu 1170 Euro. TS

Wolgast – Gute Zahlen zum Jahresende: Der Tierpark Wolgast verzeichnete im vergangenen Jahr mit 50.000 Besuchern sogar eine Steigerung gegenüber 2023. Das war selbst für Tierparkleiter Mirko Daus eine Überraschung. Schließlich erschweren Baustellen die Anfahrt. TS

Stralsund – Seit Anfang des Jahres ist der Zoo Stralsund geschlossen. Im Hausgeflügelbestand wurde Geflügelpest festgestellt. Maßnahmen gegen eine Ausbreitung wurden unverzüglich unternommen. BS

150. GEBURTSTAG

Der Gefährte eines großen Dramatikers

Freund von Gerhart Hauptmann: Arnold Gustavs – Der Inselpfarrer, Altorientalist, und Buchautor bleibt auf Hiddensee präsent

1952, und damit vier Jahre vor dem Tod des Autors, brachte der Rostocker Hinstorff-Verlag das Heimatbuch „Die Insel Hiddensee“ von Arnold Gustavs heraus. Das Buch ließ sich gut als Standardwerk für alle Inselfreunde verkaufen. Es erreichte bis in die Gegenwart viele Nachauflagen und hat bis heute seinen Reiz für Besucher behalten, zumal es umfassend aufklärt über die Insel, ihre Bewohner und Geschichte.

Der Autor Gustavs wirkte über 40 Jahre als Pfarrer auf Hiddensee. Dort erwarb er als Altorientalist überregionalen Lorbeer und unterhielt mit dem Dramatiker Gerhart Hauptmann eine langjährige Freundschaft. Die Gräber der beiden Insel-Liebhaber befinden sich in unmittel-

barer Nachbarschaft auf dem Inselfriedhof in Kloster.

Gustavs wurde am 7. Januar 1875 in Neuenkirchen geboren. Sein Geburtsort liegt nördlich von Greifswald am Greifswalder Bodden. Nach Ansiedlung deutscher Einwanderer 1285 wurde der Ort erstmals schriftlich erwähnt und gehörte lange zum Besitz des Klosters Eldena. Es folgten als Besitzer die Pommernherzöge und dann die Universität Greifswald.

Heute ist die Gemeinde mit ihrer Backsteinkirche aus dem 14. Jahrhundert Teil des Landkreises Vorpommern-Greifswald. Gustavs Vater fungierte in Neuenkirchen als Lehrer und schickte seinen Sohn nach eigener Unterrichtung auf das Greifswalder Gymnasium. Nach dem Ab-

itur studierte der Lehrersohn an der Greifswalder Universität Theologie, Germanistik Altsächsisch und Altnordisch. Seine Examenpredigt hielt er 1897 in der Inselkirche von Kloster auf Hiddensee. Es folgten aber zunächst die Anstellungen bei der Inneren Mission in Bethel bei Bielefeld und als Hilfsprediger im westfälischen Rheine, ehe er 1903 seine Wunschstellung als Pfarrer auf Hiddensee erlangte, die er jahrzehntlang beibehielt.

1905 heiratete er Helene Lützwow. Mit ihr hatte er vier Kinder. Der Seelsorger erforschte die Insel mit ihrer Geschichte und legte eine umfangreiche Sammlung von Objekten an. Außerdem befasste er sich intensiv mit der Keilschrift im Vorderen Orient.

In diesem Zusammenhang pflegte er engen Kontakt mit anderen Altorientalisten. 1923 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Altorientalischen Gesellschaft. Gustavs war es auch, der Gerhart Hauptmann half, sich mit Haus „Seedorn“ in Kloster einen Sommersitz einzurichten. Das Haus entwickelte zum Künstlertreffpunkt auf Hiddensee.

Parallel entwickelte sich eine enge Freundschaft zwischen dem Schriftsteller und dem Inselpfarrer, der später als dessen Nachlassverwalter fungierte und 1962 seine „Erinnerungen an Gerhart Hauptmann“ verfasste. Über die Rolle Gustavs während der NS-Zeit gibt es unterschiedliche Angaben, 2015 entstand hierüber ein öffentlicher Streit.

Hauptmann, 1946 in Schlesien verstorben, wurde er auf Hiddensee beigesetzt. Die Trauerrede hielt Gustavs. Den Nachlass des Schöpfers von Dramen wie „Der Biberpelz“ im Haus „Seedorn“ betreute er ebenfalls. Der Ministerpräsident der DDR dankte ihm für die Hauptmann-Pflege 1955 in einem Glückwunschsreiben zum 80. Geburtstag. Da blieb ihm nur noch wenig Zeit. Besondere Freude machte ihm sein Sohn Eggert Gustavs, der eine Laufbahn als Maler und Graphiker einschlug und sein Inselbuch von 1952 mit vielen Bildern gestaltete.

Am 19. Dezember 1956 verstarb Gustavs in Stralsund. Seine letzte Ruhe fand er auf dem Friedhof in Kloster in der Nähe seines Dichterfreundes. Martin Stolzenau

„Es wird so weitergehen wie bisher, also abwärts“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Sehr bewegend. Solcherart Geschichten, nicht bloß, aber auch von Arno Surminski, sollte die PAZ durchaus regelmäßig bringen“

Michael Eimermacher, Bergisch Gladbach
zur Weihnachtsgeschichte: „Madonna am Berg“ (Nr. 51/52)



Ausgabe Nr. 51/52

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BERÜHMTE SIEBENBÜRGER
ZU: DEUTSCHE UND ANDERE KEHREN NACH SIEBENBÜRGEN ZURÜCK (PAZ-ONLINE VOM 31.12.2024)

Es freut uns, dass Sie über Siebenbürgen, die Siebenbürger Sachsen und über einen ihrer berühmtesten und im deutschen Sprachraum sehr bewusst wahrgenommenen Söhne schreiben: Peter Maffay.

In unserer Geschichte gibt es noch einige weitere weltberühmte Persönlichkeiten. Darunter auch Hermann Oberth, einer der Professoren des Raketenkonstruktors Wernher von Braun.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 nach dem Sturz Nicolae Ceausescus Ende Dezember 1989 verließen zirka 100.000 unserer Landsleute das Land, aber eben nicht alle.

Da schreiben Sie auch über König Charles III. von England – ja, er hat hier einige Projekte und wir sind sehr stolz darauf. Und, sehr wichtig: Vlad Tepes (Dracula) ist keineswegs ein siebenbürgischer Prinz. Er war ein walachischer Herrscher, in Siebenbürgen bekannt als brutaler Invasor, der hier die siebenbürgisch-sächsischen Ortschaften verwüstet, ihre Bevölkerung großteils ausgelöscht hat und zum Teil Gefangener des ungarischen Königs war.

Albrecht Klein, Kronstadt

MIT MERZ IN DEN KRIEG?
ZUM WOCHENRÜCKBLICK: DIE FARCE WÄRE KOMPLETT (NR. 50)

Der Autor stellt ganz richtig die Glaubwürdigkeit eines Kanzlerkandidaten Merz in Frage, der den Wiedereinstieg in die Atomenergie „prüfen“ lassen will und sich auch bezüglich der finanzpolitischen immens wichtigen Thematik Schuldenbremse nur in vagen Andeutungen ergeht. Da fehlt jede Geradlinigkeit und Klarheit in der Aussage.

Über diese beiden nationalen Politikfelder hinausgehend und der nicht unwichtigen Tatsache, dass ein zukünftiger Kanzler eine gewisse charismatische Aus-

strahlung innehaben sollte, die über den Charme einer Büroklammer hinausgeht, gibt es aber ein in meinen Augen noch viel entscheidenderes Argument, dass gegen die Personalie Merz spricht: die Gefahr einer realen militärischen Eskalation mit Russland.

Wie ich darauf komme? Wladimir Putin hat mehrfach eindringlich klargestellt, dass Russland eine rote Linie habe, bei deren Überschreitung sofortige Reaktionen vonseiten Russlands erfolgen. Die Lieferung von deutschen Taurus-Raketen an die Ukraine, die damit russische Städte direkt beschießen kann, wird von Russland als das Überschreiten eben dieser roten Linie angesehen und als direkten Kriegseintritt Deutschlands aufseiten der Ukraine interpretiert.

Deshalb hat sich auch unser Noch-Kanzler Olaf Scholz genau an diesem Punkt dem parteipolitischen Diskurs widersetzt und vehement an einer Nichtlieferung dieser Raketenysteme festgehalten (so ziemlich das Einzige, was Scholz in seiner verkürzten Legislaturperiode richtig gemacht hat).

Kanzlerkandidat Friedrich Merz hat sich allerdings mehrmals für eine Lieferung ebendieser Raketenysteme als unbedingter Partner der Ukraine stark gemacht, was in der Konsequenz eine militärische Auseinandersetzung mit Russland beinhaltet, es sei denn – und diese Chance ist nicht gering zu veranschlagen – dass sich Donald Trump und Putin im Vorfeld über einen soliden Friedensplan für beide Seiten einigen.

Clemens Bauer, Augsburg

HUMORLOSE KOMÖDIE
ZUM WOCHENRÜCKBLICK: DIE FARCE WÄRE KOMPLETT (NR. 50)

Vielen Dank für die treffende Beschreibung der Duellanten des schon laufenden Wahlkampfes. Wenn die zu erwartende Komödie nicht in dem Land spielte, in dem wir leben, hätten wir sogar etwas zum Lachen. Tatsächlich jedoch könnte der Befund auch eine tiefe Depression

verursachen, denn eine andere Politik, die Deutschland wieder aus der Krise herausführt, lassen weder Olaf Scholz noch Friedrich Merz erwarten.

Natürlich müssen Politiker nach Macht streben, aber wenn darüber hinaus kein Ehrgeiz erkennbar ist, ist das traurig. Es wird deshalb so weitergehen wie bisher, also abwärts. Wir brauchen wohl den Schmerz. Gott sei Dank gibt es nichts Unumkehrbares unter dem Himmel, wie Argentiniens Präsident Javier Milei beweist.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

LECHTS UND RINKS
ZU: SEIT WANN IST DAS RECHTE DAS FALSCHER? (NR. 50)

Ich denke, mit dem Schlagwort „rechts“ soll von Karl Marx' Definition abgelenkt werden.

Die Börsen brechen dauernd Rekorde, während die Wirtschaft zerfällt. Wie kann das sein? Der Begriff „Turbo-Kapitalismus“ ist ein Schlagwort, das der verstorbene Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt geprägt hat.

In seinem Werk „Das Kapital“ hat Karl Marx die Zuordnungen aus der ideologischen Ecke geholt und materialisiert. Für Marx war der Kapitalist politisch rechts zugeordnet und der Antikapitalist links.

„Links“ und „rechts“ bezeichnen die materiellen Enden einer Geraden: Kommunismus, Sozialismus, soziale Marktwirtschaft, Kapitalismus, Faschismus. Kommunismus und Faschismus sind die Extreme, aber nur graduell verschieden. Es geht um privatisieren, verstaatlichen. Der Antikapitalismus ist das Minus, der Kapitalismus das Plus.

In der Mitte gibt es die gesuchte Freiheit, die besonders von den Parteien verteidigt werden sollte, indem sie das Volkseigentum – Energieversorger, Post, Bahn, Straßen, Wälder und Seen – als solches verteidigen und den Raum der Privatwirtschaft überwachen, damit keine Kartelle entstehen.

Die Extreme sind normativ. Das ist der Druck, den wir spüren. Die CDU wurde

rechts ins Parlament gesetzt, weil die wirtschaftsfreundlich war und vice versa.

Ralf Grottel, Hamburg

EIN EINGEKNICKTES BÜNDNIS
ZU: PFLEGELEICHT – ABER AUCH VERLÄSSLICH? (NR. 49)

Keine zwölf Monate ist das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) alt, welches eine „seriöse Alternative“ zur „Alternative für Deutschland“ sein wollte. Auch wollte Sahra Wagenknecht mit ihren Mitstreitern wieder einen deutlichen Kontrast zu den eintönigen Programmen der Altparteien verkörpern, die sich inhaltlich kaum noch voneinander unterscheiden.

Dabei setzte das BSW vor allem inhaltliche Akzente in der Friedenspolitik, womit man sich ein Alleinstellungsmerkmal geben wollte. Ebenso forderte das BSW konsequent eine Aufarbeitung der Corona-Politik und beugte etwa den sogenannten „Verfassungstreue-Check“ in Brandenburg kritisch – zumindest im Wahlkampf. Was nun in absurden Koalitionsbildungen vom BSW mitgetragen wird, grenzt an Wählertäuschung. Keine Bundesratsinitiative zur Beendigung von Waffenlieferungen an die Ukraine oder zur Verhinderung der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland sind das Resultat von zähen Verhandlungen, in denen das BSW in allen wesentlichen Punkten eingeknickt ist und zum bloßen Mehrheitsbeschaffer der etablierten Parteien gegen die AfD wurde.

Die BSW-Wähler fühlen sich zu Recht getäuscht, wie es die aktuellen Umfragen belegen, in denen die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde kratzt. Niemand hätte dem BSW einen Vorwurf gemacht, Wahlversprechen aufgrund fehlender parlamentarischer Mehrheiten nicht umsetzen zu können, aber ein Einknicken, gerade in der Friedenspolitik, dürfte selbst den größten Wagenknecht-Fan enttäuschen. Und ist das Vertrauen in die eigene Partei erst einmal angekratzt, werden selbst im Osten die Erfolge künftig ausbleiben.

Marcel Jacobs, Hamburg

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

GENUSSMITTEL

Auf eine Tasse Kaffee!

Verrückt nach braunen Bohnen – Das Heißgetränk ist das Lieblingsgetränk der Deutschen

VON ANSGAR LANGE

Bier gilt als das Kultgetränk der Deutschen. Aber noch beliebter als der Gerstensaft oder schlichtes Mineralwasser ist der Kaffee. „Der Kaffeekonsum in Deutschland ist auf Rekordniveau“, „Konsum erreicht Rekordwert“ oder auch „Die Deutschen trinken 450 Tassen im Jahr“ sind Schlagzeilen, die man in letzter Zeit häufig lesen konnte.

Der französische Schriftsteller Honoré de Balzac (1799–1850) hätte darüber nur müde gelächelt. Schließlich stimuliert er seinen literarischen Schaffensdrang an nur neun Tagen mit der Menge des heißen Trunks, den sich die Deutschen im Durchschnitt pro Jahr durch die Kehlen fließen lassen. Sein früher Tod soll denn auch nicht unwesentlich damit zu tun gehabt haben, dass sich der Autor des monumentalen Erzählzyklus „Die menschliche Komödie“ täglich mit 50 Tassen Kaffee auf Betriebstemperatur hielt.

Nun wird in Deutschland gern alles verboten oder zumindest dämonisiert, was Spaß macht und schmeckt. Das ist zurzeit vor allem bei der Berichterstattung über Alkohol zu erleben. Galt früher der Rotwein am Abend als gut fürs Herz und den Blutdruck, bezeichnen inzwischen manche „Experten“ schon die geringste Dosis Alkohol als Gift, das es tunlichst zu meiden gelte.

Doch auch beim Kaffee ist es wie so oft im Leben: Die Dosis macht das Gift. Es kommt auf das rechte Maß an. Was das rechte Maß ist, hängt von jedem Menschen selbst ab. Wer gesund ist, kann ohne Bedenken vier bis sechs kleinen Tassen – nicht aber großen Trinkbechern – über den Tag verteilt trinken: am besten Filterkaffee ohne Milch und Zucker. Für den Komponisten Ludwig van Beethoven waren anscheinend 60 Bohnen das rechte Maß. Schließlich zählte er diese Menge jeden Morgen exakt ab und braute sich daraus seinen Kaffee.

Laut aktuellen Studien ist Kaffee grundsätzlich gesund. Er soll die Aufmerksamkeit verbessern, kann das Risiko von Brust- und Prostatakrebs senken, vor Diabetes sowie Alzheimer und Demenz



Ein guter Schluck auf das neue Jahr: Mit einem Kaffeegetränk fängt die Arbeit gleich viel besser an

Bild: Shutterstock

schützen und auch bei Depressionen helfen.

Der Kaffeeforscher Professor Chahan Yeretzian, Leiter des Kompetenzzentrums für Kaffee an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, startet selbst gern mit einem Espresso in den Tag und trinkt dann am liebsten handgebrühten Filterkaffee. Das Teurere ist also auch hier nicht immer das Beste.

Während man für einen Kaffeevollautomaten locker ein paar Hundert Euro hinlegen kann, um sich dann eher ungesunde Mischgetränke zu brauen, ist ein banaler Handfilter schon für ein paar Euro zu haben. Manchmal ist eben das Einfache auch das Beste. Im Gegensatz zu einem Kaffeevollautomaten sind Reinigung und Handhabung des Filters auch kinderleicht.

„Mir geht es gut, schließlich ist Kaffee sehr gesund“, sagte Professor Yeretzian gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“

(„NZZ“). Er verweist darauf, dass in der Kaffeebohne tausend Inhaltsstoffe stecken. Besonders wertvoll sind Antioxidantien wie Polyphenole, welche die Körperzellen vor Schäden durch freie Radikale schützen.

Die besten Ideen nach einem Kaffee

Wer allerdings über die Stränge schlägt und zu viele Tassen des köstlichen Heißgetränks konsumiert, riskiert Kopfschmerzen, Nervosität, Herzrasen, Zittern oder Schlafstörungen. Gegen einen gesunden Genuss ist also nichts einzuwenden, es sei denn, man startet den Tag mit einer Zigarette und einer ganzen Kanne Kaffee auf nüchternen Magen.

Wer zu viel Kaffee trinkt, der leidet unter den Folgeschäden – und bekämpft diese oft mit der nächsten Tasse. Dies hat der deutsche Lyriker Eugen Roth (1895–1976) in seinem Gedicht „Der starke Kaffee“ beschrieben:

„Ein Mensch, der viel Kaffee getrunken,
Ist nachts in keinen Schlaf gesunken.
Nun muß er zwischen Tod und Leben
Hoch überm Schlummerabgrund
schweben

Und sich mit flatterflinken Nerven
Von einer Angst zur andern werfen.“
Während es in diesem humorvollen Ton weitergeht, schließt das Gedicht wie folgt:
„Der Mensch in selber Nacht beschließt,
Daß er Kaffee nie mehr genießt.
Doch ist vergessen alles Weh
Am andern Morgen – beim Kaffee.“

Überhaupt Kaffee und Literatur: Das scheint gut zusammenzupassen. Nicht ohne Grund gibt es ein ganzes Genre, das diese Symbiose beschreibt. Als Kaffeehausliteratur werden literarische Werke bezeichnet, die ganz oder teilweise in einem Kaffeehaus geschrieben wurden.

Das Zentrum dieser Bewegung war Wien, wo man gern einen Mokka, einen

kleinen oder großen Braunen oder eine Wiener Melange trinkt. Egon Friedell, Hugo von Hofmannsthal, Karl Kraus, Alfred Polgar, Joseph Roth, Arthur Schnitzler oder Franz Werfel sind namhafte Kaffeehausliteraten, die einem in diesem Zusammenhang einfallen und die sich auch vom Geschehen in den Kaffeehäusern für ihre Feuilletons und sonstigen literarischen Beobachtungen inspirieren ließen.

Auch Franz Kafka galt als leidenschaftlicher Kaffeetrinker ebenso wie Mark Twain, Fjodor Dostojewski oder Ernest Hemingway. Der US-amerikanische Regisseur David Lynch ist ebenfalls bekannt für seine Liebe zum Kaffee. In seiner Fernsehserie „Twin Peaks“ ist Kaffee ein zentrales Thema und wird von den Charakteren häufig getrunken. Lynch wörtlich: „Aber selbst eine schlechte Tasse Kaffee ist besser als gar kein Kaffee.“ Beinahe schon legendär ist eine Szene aus seinem Film „Mulholland Drive“, in der ein Mafioso einen seiner Ansicht nach schlecht zubereiteten Espresso während einer Konferenz angewidert in eine Serviette ausspeit.

Mittlerweile hat das braune Gold in rund vier Jahrhunderten einen beispiellosen Siegeszug angetreten. Einst galt Kaffee als Luxusgut und „wurde von der Kirche als Getränk des Orients verteufelt“ („NZZ“). In der Schweiz war Kaffee sogar zeitweise verboten. Vorurteile, dass Kaffee schlecht fürs Herz sei und den Blutdruck dauerhaft in die Höhe schießen lasse, sind wohl inzwischen kalter Kaffee und längst widerlegt.

Kaffee ist dann gesund, wenn er zu einer insgesamt möglichst entspannten Lebensweise mit viel Bewegung und gesunder Ernährung gehört. Dass kannenweises Konsumieren von Koffein in Kombination mit Nikotin nicht gerade förderlich für das Herz-Kreislauf-System ist, sagt einem schon der gesunde Menschenverstand.

Laut Statistischem Bundesamt ging der Absatz von Schaumwein in den letzten zehn Jahren um 17 Prozent zurück. Vielleicht wäre es also eine gute Idee, bei festlichen Anlässen anstelle mit Sekt, Prosecco oder Champagner mit einer guten Tasse Filterkaffee anzustoßen?

CONFISERIE

Luxus auf der Zunge

Die Dubai-Schokolade entfachte über die sozialen Netzwerke eine wahre Euphorie – Dabei gehen die Geschmäcker weit auseinander

Sie ist in aller Munde – zumindest in den sozialen Medien. Die Rede ist von der Dubai-Schokolade. Seit dem Herbst vergangenen Jahres reißen sich viele um diese Luxus-Süßigkeit, für die man gerne mal 20 Euro pro 100 Gramm ausgibt und die damit so teuer ist wie eine ganze Schachtel Pralinen. Dabei ist eine Tafel dieser Leckerei nur außen herum mit einer vergleichsweise dünnen Schicht Schokolade umrahmt. Im Inneren ist sie mit Pistaziencreme und Kadaif gefüllt. Bei letzterem handelt es sich um Teigfäden aus gemahlenden Mandeln oder Walnüssen.

Als Erfinderin dieser Schokolade gilt Sarah Hamouda, eine britisch-ägyptische Unternehmerin und Influencerin aus Dubai. Angefangen habe alles mit einem Schwangerschaftsgelüst, erzählt die Gründerin von Fix Dessert Chocolatier auf Instagram. Ihr Ehemann, so berichtet sie, konnte einfach nicht das richtige Dessert für ihren Heißhunger finden. Deshalb habe sie selbst experimentiert und die

knackige Schokolade mit der Pistaziencremefüllung und den knusprigen Kadaifi-Teigfäden, die man in Deutschland auch als Engelshaar kennt, erfunden.

Durch TikTok ging die Schokolade viral und wurde zum begehrten Kultobjekt. Aus kaum nachvollziehbaren Gründen will hierzulande fast jeder diese klebrige Kalorienbombe kaufen und kosten. Und zwar um jeden Preis. Inzwischen haben weltweit geschäftstüchtige Bäcker, Konditoren und selbst große Schokoladenhersteller den Trend aufgegriffen und verkaufen Produkte unter dem Namen „Dubai-Schokolade“, für die Menschen stundenlang anstehen und horrend Preise bezahlen. Als der Schweizer Schokoladenhersteller Lindt die Schokolade in sein Sortiment aufnahm, waren die exquisiten Tafeln in den Läden binnen weniger Stunden ausverkauft.

Pünktlich zu Weihnachten boten auch einige Discounter die Luxus-Schokolade an. Bei Lidl etwa gab es in einigen wenigen

ausgewählten Filialen eine 85-Gramm-Tafel für 3,29 Euro zu kaufen. Aber nur für kurze Zeit, denn die deutschen Anbieter

erhielten Abmahnungen, weil sie das Produkt unter dem rechtlich geschützten Namen „Dubai-Schokolade“ verkauft hatten,

das aber nur vom Urheber Fix Dessert vertrieben werden darf. Das Unternehmen Lindt hat bereits darauf reagiert und sein Produkt in „Dubai Style Chocolate“ umbenannt. Eine Tafel für 145 Gramm kostet dort 9,99 Euro. Immer noch ein stolzer Preis für eine Schokolade, die nach Luxus schmecken soll.

Dabei gehen die Geschmäcker weit auseinander. Die einen schwören auf Dubai-Schokolade wohl einfach deswegen, weil gut und lecker sein muss, was teuer ist. Andere lassen sich nicht von der Masseneuphorie anstecken und finden schon das Aussehen unappetitlich.

Aber Luxus hat eben seinen Preis, selbst wenn die Herstellungskosten gering sind. Und Dubai steht nun einmal für Luxus. Doch selbst in dem Emirat am Persischen Golf ist es nicht einfach, an die begehrte Schokolade zu kommen. Nur zweimal am Tag gibt es kleine Zeitfenster im Online-Verkauf, und die Ware ist immer schnell weg. Detlef Berg/Harald Tews



Eine Süßigkeit, auf die viele schwören: Eine Tafel Dubai-Schokolade

Bild: Berg

● FÜR SIE GELESEN

Gefahren durch Google & Co.

Die großen multinationalen Konzerne beeinflussen unser aller Leben und üben vielfach eine beträchtliche Macht aus, die manchmal größer ist als die von Staaten. Gleichzeitig sind ihre Geschäftsmodelle und -praktiken nicht selten ausnehmend schädlich oder riskant. Zu dieser Erkenntnis gelangten denn auch die beiden finnischen Wirtschaftsjournalisten Juha-Pekka Raeste und Hannu Sokala in ihrem Buch „Die 50 gefährlichsten Unternehmen der Welt“, für das sie mehr als fünf Jahre lang recherchiert hatten.

Die dabei entstandene Liste ist weitgehend subjektiv und basiert auf dem Prinzip, dass die ausgewählten Beispiele jeweils als pars pro toto für eine ganze Branche stehen. Insofern sollte das 500-Seiten-Werk keinesfalls den Eindruck erwecken, alle nicht aufgeführten Unternehmen seien weniger gefährlich für Mensch und Umwelt oder für die Demokratie und eine funktionierende Marktwirtschaft.

So rangiert bei Raeste und Sokala das Unternehmen Purdue Pharma auf Platz 49, weil sie einen gefährlichen Wirkstoff, dessen fatale Nebenwirkungen bekannt waren, trotzdem aus Geldgier unters Volk gebracht hat und so für die Opioid-Krise in den USA und anderswo verantwortlich zeichnete.

Beispiele können als pars pro toto stehen

Die Konzerne, die nach Ansicht der beiden Finnen am gefährlichsten sind, kommen aus den Branchen Bergbau, Öl- und Gasförderung, Energieerzeugung, Investmentbanking und Kreditwesen, Digitale Überwachungs- und Kommunikationstechnik, Internet und Soziale Medien, Nahrungsmittelherstellung sowie Verkehr und Rüstung.

Die Plätze zehn bis zwei belegen die größte Bank der USA, JP Morgan Chase & Co., der chinesische Online-Händler Alibaba Group, die US-Investmentbank Goldman Sachs, der russische Erdgasgigant Gazprom, die Deutsche Bank, das soziale Netzwerk Facebook, der US-Versandhändler Amazon, die saudi-arabische Erdölfördergesellschaft Saudi Aramco sowie das chinesische Internetunternehmen Tencent Holdings Ltd. Und auf Platz 1 steht der IT-Konzern Google mit Sitz im kalifornischen Silicon Valley, welcher den weltweiten Suchmaschinenmarkt dominiert.

Entscheidungshilfe bei Aktienkäufen

Warum diese und 40 andere Unternehmen auf der Liste von Raeste und Sokala landeten, wird teilweise sehr ausführlich, teilweise nur kurz begründet. Dabei verfallen die Autoren manchmal in eine marxistisch unterfütterte Kapitalismuskritik. Andererseits argumentieren sie aber derart kenntnisreich, dass ihr Buch dennoch empfohlen werden kann. Im Prinzip taugt es sogar zur Entscheidungshilfe bei geplanten Aktienkäufen.

Wolfgang Kaufmann



Juha-Pekka Raeste/Hannu Sokala: „Die 50 gefährlichsten Unternehmen der Welt“, Econ Verlag, Berlin 2023, broschiert, 525 Seiten, 21,99 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE

Unbekanntes Budapest

Ein königlicher Wartesaal im von Eiffel gebauten Bahnhof Nyugati und vieles mehr zeigt der Wahl-Budapester Geza Papp seinen Lesern



BILD: IMAGO/DEPOSITPHOTOS

Verborgenes in Budapest zu finden gelingt nur, wenn man auch von diesen Sehenswürdigkeiten erfährt. Geza Papp beschreibt in „Verborgenes Budapest“ zahlreiche solcher Orte. Abseits der Touristenströme lenkt er die

Aufmerksamkeit auf kleine Details, seien es Reliefs, Statuen oder Parks, an denen man vielleicht schon achtlos vorbeigegangen ist. Eine hoch interessante Ergänzung mit zahlreichen Fotos.

MRK



Geza Papp: „Verborgenes Budapest“, Jonglez Verlag/MairDuMont Verlag, Ostfildern 2024, broschiert, 328 Seiten, 18,95 Euro

VERTREIBUNG

Einführung in ein emotionales Thema

18 Journalisten und Historiker widmen sich in dem „Spiegel-Wissen“-Buch „Verlorene Heimat“ dem Schicksal der Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs

VON DIRK KLOSE

In Europa waren im 20. Jahrhundert rund 80 Millionen Menschen Opfer von Flucht und Vertreibung. Den größten Anteil hatten die Deutschen mit 14 Millionen, von denen über zwei Millionen auf der Flucht umgekommen sind. Diese Menschheitskatastrophe ruft das von der „Spiegel-Wissen“-Redaktion herausgegebene Buch „Verlorene Heimat. Das Schicksal der Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs“ in Erinnerung, das 20 Beiträge von Journalisten und Historikern vereint.

Thematisch reicht es von Zwangsmaßnahmen gegenüber Juden und Polen vor und im Zweiten Weltkrieg über die Vertreibung der Deutschen und die dabei zu beklagenden Opfer, finnische Opfer in den Kriegen gegen die Sowjetunion, die Integration der Flüchtlinge in Mittel und Westdeutschland sowie die Organisation der Vertriebenen bis zum Thema Erinnern, wofür ein Interview mit der Leiterin des Berliner Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Gundula Baven-damm, steht.

Alle Beiträge sind kurz und etwas selektiv, geben aber doch einen informativen Einstieg, so über Finnlands schmerzhaften Verlust Kareliens und die fabelhaft gemehrte Aufnahme von 400.000 geflüchteten und vertriebenen Landsleuten, die Vertreibung der Polen und Ansiedlung der Deutschen im Warthegau, das dänische Flüchtlingslager in Oksboel und, besonders anregend, über neue Ansiedlungen, etwa in Nordrhein-Westfalen die „Vertriebenen-

stadt“ Espelkamp oder die „jüdische Stadt“ Föhrenwald, eine ganz außerordentliche Manifestation des Überlebenswillens. Gefragt wird auch – nach einem Rückblick auf deren Anfänge in der Bundesrepublik – nach der heutigen Bedeutung der Vertriebenenverbände. Deren oft kritisierte „Revanchismus“ sei erklärbar aus dem Schmerz über den Verlust der Heimat, er spiele aber, so die Autorin, inzwischen keine Rolle mehr. Gewürdigt wird die heutige Leistung der Verbände etwa bei der Integration syrischer Immigranten.

Das Buch gefällt wegen einiger origineller „Beigaben“: So werden neun Originalrezepte von Ostpreußen bis Siebenbürgen vorgestellt, Königsberger Klopse ebenso wie Powidltatscherln aus Böhmen und Grumbieri Paprikasch von den Donauschwaben. Hinter mehreren Kapiteln gibt ein Stichwort „Schnelles Wissen“ knappe Informationen etwa zum Durchgangslager Friedland, zum Generalplan Ost oder zum Stand heutiger Immigration nach Deutschland. Am Ende stehen eine Chronik sowie Buch-, Film- und Museumsempfehlungen. Insgesamt ein guter Einstieg in dieses komplexe, hochemotionale Thema.



Felix Bohr/Solveig Grothe (Hg.): „Verlorene Heimat. Das Schicksal der Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2024, gebunden, 240 Seiten, 24 Euro

FLUCHT AUS RUSSLAND

Der Bericht eines Bauernsohnes

Berthold Kliever hat die mitreißende Lebensgeschichte seines in der Ukraine geborenen Onkels wiederentdeckt und neu herausgegeben

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Jakob Martens wurde 1897 in Petrowo/Ukraine geboren. Er wuchs im Dorf Grünfeld auf, das zur Kolonie Baratow Schlachtin im Dnjeprprowetrowsker Gebiet gehörte. Als Sohn eines Großbauern war er es gewohnt, von früh auf bei der Feldarbeit zu helfen. Die Familie führte ein relativ sorgloses Leben, bis wechselnde marodierende Banden die Siedlungen der Mennoniten heimsuchten. Zwischen 1715 und 1815 waren die Anhänger der evangelischen Freikirche nach Verfolgungen in Richtung Osteuropa und Nordamerika ausgewandert.

Wie seine Geschwister, erhielt Jakob Martens eine gute Schulausbildung. Bis zur 10. Klasse konnte er eine weiterführende Schule besuchen. Die politischen Verhältnisse sorgten jedoch für eine Unterbrechung des Schulbesuchs. Im Ersten Weltkrieg meldete er sich als freiwilliger Sanitäter und zog nach Moskau. Seinen regulären Militärdienst leistete er in den russischen Forstanlagen ab. Die dabei erworbenen Kenntnisse kamen ihm während seiner Gefangenschaft zugute.

Martens schildert die wechselvolle Geschichte des Landstrichs, in dem er zu Hause war, mit den schicksalhaften historischen Verflechtungen – deutsche Besetzung, Bandenterror, Revolution – bis zu seiner Verhaftung im Jahr 1932. Anstatt nach Deutschland ausreisen zu können, wird er in Leningrad verhaftet und als Kulak in verschiedene Lager im Norden Russlands verfrachtet.

Es beginnt eine fünfjährige Odyssee durch die Weiten Russlands. Unter unmenschlichen Bedingungen wird er bei eisigen Temperaturen auf einem offenen Schiff transportiert, oder er und seine Mitgefangenen schlafen unter freiem Himmel, weil sie ihre Behausungen erst noch selbst bauen müssen. In dieser Zeit erlebt Martens sowohl unbeschreibliche Grausamkeit als auch Zusammenhalt und Freundschaft. Nur selten erfährt er etwas von zu Hause. Als Holzfäller und später als Arztgehilfe versucht er, das Beste aus seiner Situation zu machen. Erst 1945 gelingt es ihm, in den Westen zu fliehen. Von Nordrhein-Westfalen aus kann er seiner bereits in den 30er Jahren ausgewanderten Familie nach Südamerika folgen.

Sein sachlich geschriebener und detaillierter Lebensbericht ist ein wichtiges Dokument der erlittenen Qualen vieler Deutscher in der Sowjetunion. Unzählige Vertriebene mussten ähnliche Erfahrungen machen. Zur Veranschaulichung von Verbreitung und Wanderungsbewegungen der Deutschen in Russland sind erläuternde Karten beigelegt.

Jakob Martens: „Am Ende die Freiheit. Durch Zarenreich und Sowjetunion nach Südamerika“, neu herausgegeben von Berthold Kliever, Kliever Verlag, Kaiserslautern 2022, gebunden, 506 Seiten, 24,80 Euro



BEUTHEN

„Auch wenn Gott schweigt, ist er trotzdem da!“

Nicht wirklich gewöhnlich: Ein pallottinischer Schlesier als Erzbischof von Warschau

VON BODO BOST

Adrian Galbas hat es geschafft. Dieser beeindruckende Mann ist Erzbischof von Warschau geworden, und das trotz seines eher ungewöhnlichen Hintergrunds.

War er doch seit Ende 2021 bereits Erzbischof-Co-Adjutor und seit Mai 2023 Metropolit der Erzdiözese Kattowitz. In der Polnischen Bischofskonferenz verantwortete er bisher das Laienapostolat und war zugleich in den Bereichen der Seelsorge der polnischen Auswanderer, für das Krankenapostolat und für die Schönstatt-Bewegung in Polen tätig.

Geboren wurde Galbas am 26. Januar 1968 in der oberschlesischen Stadt Beuthen. In dieser Stadt gibt es auch heute immer noch eine starke deutsche Minderheit mit sieben Ortsgruppen. 1987 trat er in den Pallottinerorden ein. Dieser Orden ist eine im Jahr 1848 von dem heiligen Vinzenz Pallotti in Rom gegründete Gesellschaft apostolischen Lebens. Galbas wurde 1994 zum Priester geweiht. Nach kurzer Zeit in der Pfarrseelsorge studierte er in Lublin zudem noch Journalismus. Von 2003 bis 2011 war er Pfarrer in Posen, 2012 promovierte er dann in spiritueller Theologie in der Hauptstadt Polens.

Ab 2011 war Galbas Ordensprovinzial der Pallottiner in Polen, bis er am 12. Dezember 2019 von Papst Franziskus zum Weihbischof der Diözese Lyck im südlichen Teil Ostpreußens in Masuren ernannt wurde.

Pallottiner Wurzeln in Deutschland

Bereits 1892 kamen die Pallottiner von Rom aus erstmals nach Deutschland und bezogen in Limburg an der Lahn ihre Zentrale. Ihr Ziel war es zunächst, die ihnen 1890 übertragene Mission in der deutschen Kolonie Kamerun zu leiten. In Kamerun waren auch zwei Priester aus der Diözese Ermland – Pater Alojzy Majewski und Pater Alojzy Hubner – tätig.

Pater Majewski schloss sich 1901 den Pallottinern an und kam nach einigen Jah-



Immer für ein Lachen, einen Scherz und eine liberale Auslegung gut: Auch wenn Pallottiner Adrian Galbas als Erzbischof von Warschau ein hoher klerikaler Würdenträger ist, so sind ihm doch weltliche Dinge nicht fremd
Bild: Roman Koszowski/Foto Gość

ren missionarischer Arbeit in Kamerun in das durch die Teilung zerrissene Polen, das erst 1916 wiedererstand.

Nach vielen vergeblichen Versuchen erhielt er vom damaligen Metropolit von Lemberg die Erlaubnis, sich niederzulassen. Er begann seine Arbeit in der Pfarrei Kochawina in dem Dorf Jajkowce, etwa 90 Kilometer südöstlich von Lemberg. Der Ort war damals ein bekannter Marienwallfahrtsort. Das berühmte Gemälde der Muttergottes von Kochawina wurde nach der polnischen Westverschiebung in die Jesuiten-Niederlassung nach Gleiwitz gebracht.

1909 verlegten die Pallottiner ihre Zentrale dann nach Wadowitz in die Nähe Oberschlesiens, dem Geburtsort von Papst Johannes Paul II. Diese polnische Provinz gehörte bis 1935 zur deutschen Diözese, mit Zentrum in Limburg/Lahn.

Von Anfang an lag der Schwerpunkt der Arbeit der Pallottiner im Presseapostolat. Ab 1925 gaben sie neben der Monatszeitschrift „Rodzina Polska“ (Polnische Fami-

lie) auch eine ganze Reihe von weiteren Tageszeitungen heraus.

Im Zweiten Weltkrieg starben 28 polnische Pallottiner. Zwei von ihnen, Pater Jozef Jankowski (gestorben als Auschwitz-Häftling) und Pater Jozef Stanek (gestorben als Kaplan der Heimatarmee im Warschauer Aufstand), wurden bereits von Rom seliggesprochen. Sechs weitere sind Kandidaten für die Ehre der Altäre.

Unter ihnen ist auch Pater Stanislaw Szulmiński, ein Opfer der sowjetischen Gulags. Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten die Pallottiner zwar ihre beiden Gymnasien und ihre Zeitungen schließen und einstellen, aber durch die Förderung des Kultes der göttlichen Barmherzigkeit, dessen Ursprünge mit Tschenstochau verbunden sind und mit der Person von Pater Stanislaw Wierzbica, einem Opfer der kommunistischen Verfolgung, erhielt

„Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Leute den Bischof mit Gott verwechseln“

Adrian Galbas
Erzbischof von Warschau

ROSSITTEN

Legendär: Der Samland-Küstenflug von 1924

Versierte, mutige Segelflieger glitten über Land und See hinweg – Wer am längsten in den Lüften schwebte, hatte gewonnen

Wer wird der schwebende König der Lüfte? Diese Frage beschäftigte junge Piloten und Schaulustige zwischen dem 10. und 16. Mai 1924. Um die luftige Frage zu beantworten, veranstaltete der Ostpreussische Verein für Luftfahrt Königsberg in Ostpreußen im Auftrag des Deutschen Luftfahrt-Verbandes in Rossitten den Zweiten Deutschen Küstensegelflug-Wettbewerb. Hier stellte am 11. Mai der Pilot Ferdinand Schulz auf seiner „Besenstielkiste“ mit acht Stunden und 42 Minuten einen Dauerflug-Weltrekord im Segelflug auf.

Ebenfalls vom Ostpreussischen Verein für Luftfahrt Königsberg durchgeführt, fand am 18. Mai 1924 auf dem Flugplatz Devau ein Kleinflugzeug-Wettbewerb unter der Bezeichnung „Samland-Küstenflug“ statt. Die „Kölnische Zeitung“ vom 5. Mai 1924 vermerkte, dass „die Höchstzahl der zuzulassenden Reichsdeutschen, deren Fluggeräte mit Motoren in Deutschland hergestellt sein müssen“, zwölf betrage. „Wenn keine acht Bewerber melden, kann der Veranstalter die Konkurrenz ausfallen lassen. Die gemeldeten Flugzeuge und ihre Piloten müssen vom Reichsluft-



Kamen beim Samland-Küstenflug zum Einsatz: das Segelflugzeug „Hannover H6“ und dahinter der Doppelsitzer „Liegmitz DI, Baujahr 1924 Foto: Bildarchiv Ostpreußen

amt zugelassen sein, damit es gewährleistet ist, dass die Flugzeuge den von den Alliierten festgelegten Begriffsbestimmungen entsprechen. Schon der Anflug zum Flugplatz Devau bei Königsberg kann als Wettbewerb preisgekrönt werden. Es soll nämlich derjenige Teilnehmer, der

beim Einflug gemäß der Formel ‚Geschwindigkeit mal Zuladung durch Brennstoffverbrauch‘ den besten Wert erzielt, 400 Goldmark erhalten. Unter Zuladung ist die auf der amtlichen Zulassungsbescheinigung des Reichsluftamts des gemeldeten Flugzeugs vermerkte zulässige

Belastung zu verstehen.“ Die Flüge begannen um 12.30 Uhr mittags mit einem Küstenrundflug über 140 Kilometer Länge von Devau über Cranz, Brüsterort und Pillau zum Ausgangspunkt zurück. An diesem Wettbewerb nahmen sechs Flugzeuge (Motortypen Haake, Mark, Siemens; Motorstärke 30 bis 70 PS) teil (in Klammern die Namen der Piloten): Albatros (Ungewitter), Dietrich-Gobiet (A. Raab), Junkers (Zimmermann), Stahlwerk Mark (Gnädig), Udet I (Udet) und Udet II (Major Franz Hailer).

Goldige Preise winkten den Siegern

Der Flug, der über Land in etwa 1000 Meter Höhe, über See dagegen nahe der Wasseroberfläche vor sich ging, wurde von allen Beteiligten ohne Unfall ausgeführt. Kriterien für die Bewertung waren Belastung, Betriebsstoffverbrauch und Flugzeit. Für den Rundflug waren drei Preise von 3000, 1600 und 1000 Goldmark ausgesetzt. In der endgültigen Ergebnisliste belegten Udet und Major Hailer mit ihren Udet-Eindeckern die ersten beiden Plätze, Zimmermann mit der Junkers den ehrenvollen dritten Platz.

der Orden mit der Zeit wieder neuen Zulauf. Ab 1970 durften die polnischen Pallottiner sogar auch wieder in die Afrika-Mission gehen, dorthin, wo unter deutscher Zeit ihr Wirken einst überhaupt erst begonnen hatte.

Da seit 2019 die deutschen Pallottiner in der Person von Richard Henkes SAC (gestorben 1945 im KZ Dachau) einen Seligen haben, der in Oberschlesien gewirkt hat, haben sich die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Pallottinern wieder spürbar intensiviert. Der Ruf nach Warschau kam daher für Adrian Galbas überraschend. Schließlich wurde er erst vor einem Jahr zum Metropoliten von Kattowitz ernannt.

Erstaunlich liberale Töne

Galbas gilt im Gegensatz zum weitgehend klerikal und konservativ eingestellten polnischen Episkopat als liberal. Er respektiert Andersdenkende, ist bescheiden und legt keinen Wert auf irgendwelchen Pomp. „Der Feind des Glaubens ist der religiöse Fundamentalismus, der glaubt, die Antwort auf alle Fragen zu kennen, für den Gott eine Ideologie ist und der Gläubige und Nicht-Gläubige gleichermaßen bedroht“, sagte Erzbischof Galbas vor einem Jahr während einer Frauenwallfahrt zum St. Annaberg bei Piekary in Schlesien. Über den Klerikalismus sagte er vor Kurzem: „Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Leute den Bischof mit Gott verwechseln!“

Der Weg zur Erneuerung der Kirche führte über eine Rückkehr zur Spiritualität. In seiner Predigt, die er im September 2024 auf dem St.-Annaberg in Schlesien hielt, kam er auf das Thema der Glaubenskrise zurück. „Nur weil Gott schweigt, heißt das nicht, dass er nicht da ist“, erklärte er. Pallottiner spielen im polnischen Episkopat eine immer wichtigere Rolle. Denn neben Galbas ist auch der derzeitige Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Tadeusz Wojda, Metropolit von Danzig, ein Pallottiner.

Um 15 Uhr startete der Aufstiegs- und Landungswettbewerb (Preise 1000 und 500 Goldmark). Hier belegte Willy Polte, der Leiter der Fliegerschule Altpreußen in Königsberg, mit einer D-334 den zweiten Platz. Willy Polte und Hans Lange waren in Königsberg stationierte Verkehrspiloten beim Deutschen Aero Lloyd und betätigten sich nur in ihrer Freizeit flugsportlich.

Für den Meldungsabwurf, Beginn um 15.45 Uhr, Preise 600 und 400 Goldmark, bestimmte die Sportleitung die Einzelheiten. Die Wertungen erfolgten beim Rundflug ebenso wie beim Anflug, beim Aufstiegs- und Landungswettbewerb unter Berücksichtigung von An- und Auslauf, der Motorstärke und der Steigezeit.

Das nach eher freiem Ermessen des unabhängigen Preisgerichts prämierte Kunstfliegen mit Siegerpreisen von 600 und 400 Goldmark dominierte Antonius Raab mit seiner Dietrich-Gobiet. Der vom Stahlwerk Mark, Breslau, gemeldete Reinhold Gnädig mit einer D-383 belegte den zweiten Platz beim Kunstflug sowie den fünften Rang im Aufstiegs- und Landungswettbewerb.
Jürgen Ehmman

● AUFGESCHNAPPT

Im Lichte des anstehenden Regierungswechsels in Washington will Mark Zuckerberg der Meinungsfreiheit auf seinen Plattformen Facebook und Instagram wieder weit mehr Raum geben. Meist linkslastige sogenannte Faktenchecker sollen über Bord geworfen werden, da sie politisch voreingenommen gewesen seien. Facebook war über Jahre von der US-Regierung unter Druck gesetzt worden, was in eine klar linke Dominanz und die Unterdrückung abweichender Meinung in dem Forum mündete. In einem Video bezeichnet Zuckerberg den Regierungsantritt von Donald Trump als „kulturellen Wendepunkt“ zu mehr Meinungsfreiheit. Beiträge, die Drogenmissbrauch oder andere Vergehen fördern könnten, sollen dessen ungeachtet weiterhin streng moderiert werden. Als Vorbild für die weitreichenden Reformen bei Facebook nannte Zuckerberg die Plattform X von Elon Musk, der nach seiner Übernahme das früher Twitter genannte Forum bereits massiv in Richtung mehr Meinungsfreiheit reformiert hat. H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Striptease in Berlin

Wie Musk die linke Blase zur Offenbarung treibt, und warum sich die Union nicht so sicher sein sollte

VON HANS HECKEL

Hysterie und Größenwahn treten schon seit Kaiser Neros Zeiten gern gemeinsam auf. Wer gefürchtet hatte, dass unsere demokratische und aufgeklärte Epoche dieses Traumpaar des politischen Irrsinns endgültig von der Bühne gefegt hat, darf sich seit dem Jahreswechsel erleichtert in den Sessel fallen lassen. Die Show geht weiter und erfreut uns mit immer neuen, reizvollen Höhepunkten.

Diesmal war es Elon Musk, der das Bühnenpersonal der deutschen Politikszene zu Höchstleistungen in beiden Disziplinen animiert hat. Wir reden natürlich von dessen Plädoyer für die AfD, das unser politisches und mediales Establishment derart zwischen die Augen getroffen hat, dass man sich gar nicht mehr beruhigen will. Was wir bei dem Theater serviert bekommen, übertrifft jede Erwartungshaltung. Vor allem ist da der vollkommen schambefreite Ideologie-Striptease, den Musks deutsche Widersacher nach dem Artikel hingelegt haben und bei dem sie uns lauter aufschlussreiche Dinge über sich selbst enthüllten.

Nun endlich wissen wir ganz genau, was sie meinen, wenn sie sagen, sie müssten „die Demokratie verteidigen“. Und auch die ständigen Beschwörungen zum Wert der „Meinungsfreiheit“ vermag der deutsche Normalwahlbürger jetzt viel besser einzuordnen. Die Schönredner selbst waren es, die den dichten Wolkenschleier ihrer sanften Rhetorik weggeblasen haben, auf dass wir die dunkle Wirklichkeit dahinter ganz unverstellt bestaunen mögen. Musk hat das alles herausgekitzelt wie keiner vor ihm, dafür unseren aufrichtigen Dank!

Das geht schon mal los mit der Empörung über die angeblich unstatthafte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik, die sich der US-Milliardär da geleistet habe. Dieser Vorwurf kommt aus einem Staat, dessen Außenministerin kreuz und quer durch die Welt jettet, um jedem Land Vorträge zu halten, wie es sich gesellschaftlich zu positionieren habe – Stichwort „Feministische Außenpolitik“.

Selbst CDU-Chef Merz konnte das Wasser nicht halten und zeterte: „Ich kann mich nicht erinnern, dass es in der Geschichte der westlichen Demokratien einen vergleichbaren Fall der Einmischung in den Wahlkampf eines befreundeten Landes gegeben hat.“

Kaum drei Wochen zuvor hatte der Kanzlerkandidat der Union eine kaum verklausulierte Empfehlung an unsere rumänischen Freunde abgeliefert, wen sie zum Präsidenten wählen sollten. Und wir hatten gedacht, Scholz sei der mit den Gedächtnislücken.

Unser Bundespräsident Steinmeier ist auch unvergessen, wie er Donald Trump im US-Wahlkampf 2016 als „Hassprediger“ etikettierte. Da war Steinmeier immerhin Außenminister. SPD-Chef Klingbeil trat sogar persönlich auf dem Demokraten-Parteitag 2024 in Chicago auf und empfahl Kamala Harris, während Grünen-Ikone Luisa Neubauer in den USA Haustürwahlkampf für Trumps Gegenkandidatin machte. Und was ist umgekehrt mit dem US-Milliardär George Soros, der 2019 bei der EU-Wahl für die Grünen warb und weltweit mit seinem Netzwerk politischen Einfluss nimmt? Hat nie jemanden gestört.

Ausländische Einflussnahme ist also gut, solange sie einem nützt, aber böse und demokratiefeindlich, wenn sie aufs Konto der anderen geht. Womit wir einen Punkt weiter wären, bei der Demokratie an sich nämlich.

Selbst Orwell käme kaum mehr mit

„Finger weg von unserer Demokratie, Herr Musk!“, donnert Robert Habeck im „Spiegel“ und starrt uns vom Titelbild kampffenschlüssen an. Aber was meint er eigentlich? „Demokratie“ lebt doch von offener Debatte, und nichts anderes praktiziert „Herr Musk“. Eben: Wer diese Debatte nicht will, der meint mit „Demokratie“ nur seinen eigenen Machtanspruch, sonst nichts.

Um das zu verschleiern, werden die Begriffe derart auf den Kopf gestellt, dass selbst der Despotie-Warner George Orwell kaum noch mitkäme. Grünen-Politiker Konstantin von Notz wirft Musk vor, den öffentlichen Diskurs mithilfe der Plattform X „gleichschalten“ zu wollen. Das Gegenteil ist richtig: Musk hat das von Zensur verseuchte Twitter wieder frei für alle gemacht. Auch von Notz schreibt da, und er darf dort reinpinseln, was immer er will. Was den Grünen stört ist, dass dies seit Musks Übernahme von X wieder alle dürfen, also auch solche, die ganz anderer Meinung sind als Konstantin von Notz und seine Grünen.

Aus Sorge um die „demokratische“ Reinheit unseres Berufszweigs hat sich sogar Mika Beuster, der Chef der Deutschen Journalisten-Verbandes, in die Schlacht geworfen und

damit das „Demokratie“-Verständnis linker Machteliten schonungslos bloßgestellt als alle derzeitigen Mitdiskutanten. An die Adresse der „Welt am Sonntag“, die den schrecklichen Musk-Kommentar gebracht hatte, schäumt Beuster: „Deutsche Medien dürfen sich nicht als Sprachrohr von Autokraten und deren Freunden missbrauchen lassen.“ Dass Trump demokratisch gewählt wurde, spielt also überhaupt keine Rolle. Da er von der falschen Seite kommt, ist er automatisch „Autokrat“. Sprich: Nur wenn das Volk Linke wählt, ist das auch „demokratisch“. Aber wird die CDU/CSU nicht auch als demokratisch akzeptiert? Sicher, bislang! Nur sollte sich die Union ihrer Schonung nicht zu sicher sein: Sobald die C-Parteien damit aufhören, bürgerliche Stimmen zu schanghaien, um linker Politik den knallroten Teppich auszurollen, wie es Merkel so meisterhaft verstand, werden ihr Beuster und Co. das Prädikat „demokratisch“ schneller aberkennen, als Friedrich Merz „Rumänien“ sagen kann.

Wovor die Hysteriker wirklich Angst haben, sind allerdings weder Trump noch Musk. Es ist das deutsche Volk selbst. Nicht umsonst sinnieren Politiker von Saskia Esken bis Claudia Roth darüber nach, wie man das Internet abdichten könnte gegen oppositionelle Einflüsterungen aus dem Ausland. Ihre Sorge: Was nützt es, im Inland alles gleichzuschalten, wenn unerwünschte Positionen dann eben aus dem Ausland hereinschwappen? So bekäme man das Volk ja nie an die Leine.

Der ganze Schwindel rund um die geheuchelte Sorge um „Demokratie“ und Meinungsfreiheit“ ist dermaßen offensichtlich, dass man sich geradezu übermächtig vornehmen muss um zu glauben, man komme damit durch – mit einem Wort: größenwahnsinnig. Sie haben sich im Berliner Polit-Biotop mit ihresgleichen komplett eingemauert und bestätigen sich gegenseitig mit solcher Vehemenz in ihrer „Haltung“, dass sie vollends dem Glauben an die eigene Unübertrefflichkeit verfallen sind.

Derweil aber zieht die Außenwelt den Belagerungsring um die Festung Berlin immer enger: In Kanada stürzt der linke Premier Justin Trudeau, in Österreich übernimmt die FPÖ die Regierungsspitze, in Großbritannien ist die gerade erst ins Amt gekommene Linksinregierung schon in der Krise, bevor sie richtig loslaufen konnte, und in Frankreich dominiert längst Marine Le Pen die Debatte. Die Hysterie wird sobald kein Ende finden.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

„Welt“-Chefredakteur Jan Philipp Burgard kritisiert im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen“ (1. Januar) die Aufregung über den Gastbeitrag von Elon Musk in der „Welt am Sonntag“, wo dieser eine Wahlempfehlung für die AfD abgegeben hat:

„Als der Milliardär George Soros im Europawahlkampf 2019 eine Wahlempfehlung für die Grünen veröffentlicht hat, sah Robert Habeck darin kein Problem ... Und hat (SPD-Generalsekretär, d. Red.) Matthias Miersch schon vergessen, dass Bundeskanzler Scholz 2022 in einem Gastbeitrag in ‚Le Monde‘ unmittelbar vor der Präsidentschaftswahl den Franzosen empfohlen hat, für Emmanuel Macron zu votieren? Diese Doppelmoral empfinde ich als unerträglich.“

Moritz Eichhorn bringt in der „Berliner Zeitung“ (30. Dezember) den eigentlichen Grund für die Empörung über die Veröffentlichung von Musks Beitrag auf den Punkt:

„Es geht vielen Musk-Kritikern eben nicht um Meinungsfreiheit oder Demokratie oder den Rechtsstaat. Es geht darum, bestimmte Meinungen zu tabuisieren und ihre Vertreter niederzubrüllen.“

Auch Alexander Heiden beschuldigt die Musk-Kritiker der Unaufrichtigkeit, wenn er bei „Tichys Einblick“ (3. Januar) schreibt:

„Wenn in diesem Moment irgendetwas unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gefährdet, dann ist es nicht Elon Musk. Die wirkliche Gefahr geht von den selbst ernannten Demokraten aus, die immer nur dann für die Meinungsfreiheit sind, wenn es um ihre eigene Meinung geht.“

Für Annette Heimisch eröffnet die Musk-Kontroverse die Chance, zu einer sachorientierten, offenen Debatte zurückzukehren. Bei „Achgut“ (3. Januar) zeigt sie sich entsprechend optimistisch:

„Der Aufschrei war groß, aber die Welt dreht sich immer noch. Die gezielt emotionalisierenden Debatten, deren Zweck es ist, Menschen mundtot zu machen, führen erkennbar nicht weiter. Es ist ja nicht so, dass es in Deutschland keine klugen Köpfe gäbe. Nur nützen diese nichts, wenn man sie weder zu Wort kommen noch gar zur Tat schreiten lässt. Insoweit bin ich also zuversichtlicher als seit Jahren.“

● WORT DER WOCHE

„Hätte man mir vor ein paar Jahren gesagt, dass fast 40 verletzte Polizeibeamte und 400 Festnahmen an Silvester allein in Berlin keine große politische Debatte auslösen – ich hätte es nicht für möglich gehalten.“

Filipp Piatov in der „Bild“-Zeitung am 4. Januar über die mauen Reaktionen auf die Silvesterkrawalle von Berlin